



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerischer Städtetag:

## Positionen zum Koalitionsvertrag

**„Positive Absichten und Ziele“ attestiert der Bayerische Städtetag dem Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wählern. Allerdings bleibt nach Ansicht von Verbandschef Dr. Kurt Gribl vieles noch unkonkret und steht unter dem Vorbehalt der Finanzierung.**

Wie der Augsburger Oberbürgermeister bei einer Pressekonferenz in München mitteilte, bauten die Kommunen darauf, dass sich die neue Staatsregierung als fairer Partner von Städten und Gemeinden erweist. Stadt und Land seien nicht als Gegensatz, sondern als Partner zur Verwirklichung gleichwer-

vestitionsniveau zu verstetigen, denn die Wohnungswirtschaft benötigt Investitionssicherheit für mehrere Jahre. Für Mieter könne die im Koalitionsvertrag angekündigte Verlängerung der Bindungsfrist für Sozialwohnungen helfen.

### Konzept und Fördermittel angemahnt

Zudem habe der Freistaat Städten und Gemeinden mehr Spielräume zu einer strategischen Flächenbevorratung einzuräumen, fuhr Gribl fort. Dazu müssten die Vorkaufsrechte der Gemeinden gestärkt und der Genehmigungsvorbehalt für gemeindliche Grundstücksgeschäfte nach dem Agrarstrukturgesetz abgeschafft werden.

Viele Fragen lasse der Koalitionsvertrag auch bei der Finanzierung der IT-Ausstattung an Schulen offen. Nach Auffassung des Bayerischen Städtetags fehlt ein Konzept, welche Investitionen nötig sind. Außerdem fehlten Fördermittel für In-

vestitionen, den laufenden Betrieb und die Systembetreuung. Damit alle Kinder in allen Schulen Bayerns gleiche Chancen erhalten, brauche es einheitliche Standards für das digitale Klassenzimmer und ein pädagogisches Gesamtkonzept. Mit modernen Geräten alleine sei es nicht getan: „Technik hat eine dienende Funktion für Pädagogik. Laptops, Tablets und interaktive Whiteboards müssen im Unterricht sinnvoll zum Einsatz kommen. Der Koalitionsvertrag enthält Ansatzpunkte für zielführende Gespräche“, so der Verbandschef.

### Beitragsfreiheit nicht zu Lasten der Kommunen

Was den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung anbelangt, so setzt dieser laut Bayerischem Städtetag Fachkräfte, Finanzmittel und Flächen für den Neubau und Ausbau voraus. Notwendig seien Verbesserungen der Betriebskostenförderung und eine Beschleunigung der Ausbildung von Erziehern, da Kindergärten, Kitas und Horte unter Personalmangel leiden. Wie Gribl darlegte, „klingt die Annäherung an eine beitrags-“ (Fortsetzung auf Seite 4)

### Kommunale Spitzenverbände starteten Gemeinschaftsinitiative:

## „1000 Schulen für unsere Welt“

**Bildung zu fördern heißt, Armut zu verringern, Perspektiven vor Ort zu schaffen und Kindern eine Zukunft in ihren Heimatländern zu geben. Das ist das Ziel der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“, die Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund gemeinsam mit Schirmherr Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, offiziell in Berlin starteten. Das Projekt soll nun bundesweit Schule machen.**

Mit der Strategie „Global denken, lokal handeln“ wollen deutsche Kommunen im Zusammen-

wirken mit dem Ehrenamt vor Ort und gemeinsam mit ihrer Bürgerschaft einen wirksamen



Landrat Stefan Rößle, Bundesentwicklungsminister Gerd Müller und Franz Xaver Wieninger (v.l.) beim Startschuss zum Projekt „1.000 Schulen für unsere Welt“ in Berlin. Franz Xaver Wieninger finanziert nunmehr ebenfalls einen Schulbau. Der Pfarrkirchener war gerade in seinem Auto unterwegs, als er im Radio zum ersten Mal von den Schulbauprojekten im Landkreis Donau-Ries hörte. Mit Afrika oder Entwicklungshilfe verband ihn davor nichts. Rößles Initiative fand er aber so gut, dass er kurzfristig Kontakt mit dem Landrat aufnahm. Im gemeinsamen Gespräch wurde dann kurzerhand der Bau einer Vorschule in Kenia beschlossen. Bild: Franziska Sperling



Rund 330 Teilnehmer besuchten das 6. Bayerische BreitbandForum in Günzburg.

Bild: Jessica Kassner

### 6. Bayerisches BreitbandForum in Günzburg:

## Fahrplan für Gigabit-Initiative

**Leistungsfähige Breitbandnetze sind ein entscheidender Faktor im nationalen und internationalen Standortwettbewerb der Regionen und für die Schaffung der Gigabitgesellschaft. Den kommunalen Entscheidern fällt hierbei die Aufgabe zu, die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen. Mit dem 6. Bayerischen BreitbandForum im Forum am Hofgarten in Günzburg schuf die Bayerische GemeindeZeitung erneut eine Plattform, über die wertvolle Kontakte zu Dienstleistern, Finanzpartnern und Netzbetreibern ermöglicht wurden.**

In einem Digitalen Grußwort wies Staatsministerin Dorothee Bär, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, darauf hin, dass Digitalisierung ohne Kommunen nicht möglich ist. Deshalb freue sie sich auf ei-

nen regen Erfahrungsaustausch mit Städten und Gemeinden.

Insgesamt folgten rund 330 Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen und von branchenrelevanten Unternehmen der GZ-Einladung, darunter 41 Aussteller und Partner.

### Hochkarätige Referenten, kompetente Aussteller

Die hochkarätigen Referenten Stefan Graf/Bayerischer Gemeindetag, Gerald Swarat/Key Note präsentiert von LEW TelNet GmbH, Reinhard Wrchlavsky/LEW TelNet GmbH, Julian Behnen/MRK Media AG, Karsten Micke/hotspots GmbH, Rolf-Peter Scharfe/Vodafone GmbH, Andreas Weber & Stefanie Wagner/REHAU AG + Co., Udo Harbers/Deutsche Telekom AG, Armin Kumpf/Laser Components GmbH, Peter Reisinger/Deutsche Glasfaser, Andreas Lange, Roland Werb & Michael Rübiger/Rödl & Partner GbR zusammen mit Corwese GmbH, Dr. Henrik Bremer/WIRTSCHAFTSRAT RECHT Bremer Weitag Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, Daniel Öfele/

Esri Deutschland GmbH, Willi Stähle/gabo Systemtechnik GmbH sowie Bernd Geisler, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, boten den Besuchern wegweisende Entscheidungshilfen bei ihren individuellen Fragen.

### Wichtiger Bestandteil kommunaler Infrastruktur

Wie Günzburgs 2. Bürgermeister Anton Gollmitzer nach der Begrüßung durch Verlegerin Theresa von Hassel ausführte, hat eine schnelle und leistungsstarke Internetverbindung (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von *Sabrina*

**Was deutschlandweit nicht gelang, hat Bayern geschafft: Mit gutem Beispiel ist der Freistaat vorangegangen und hat ein ganzes Jahr unter das Motto „Wir feiern Bayern“ gestellt, um an 100 Jahre deutsche Republik zu erinnern. Dabei geht es um nichts weniger als um das Bekenntnis zu demokratischen und humanitären Traditionen und eine klare Absage an dumpfen Nationalismus und Ausgrenzung. Vielleicht wird im kommenden Jahr die Chance genutzt und der 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung für Deutschland gedacht.**

Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

**Bayerische GemeindeZeitung**

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

## Sie lesen in dieser Ausgabe

|                                                                                       | Seite          |
|---------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| Söders Ministerriege deutlich verjüngt . . . . .                                      | 2              |
| Deutscher Landkreistag: Für emanzipierte Kommunen . . . . .                           | 2              |
| Weiterer Ausbau der Palliativversorgung . . . . .                                     | 2              |
| <b>GZ-Kolumne Gabriele Bauer:</b><br><b>Hoffnung auf Digitalministerium . . . . .</b> | <b>3</b>       |
| Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern . . . . .                           | 3              |
| Kulturpreis Bayern 2018 . . . . .                                                     | 3              |
| <b>Kommunale Energiethemen . . . . .</b>                                              | <b>5 - 9</b>   |
| <b>Schulungen • Kommunale Entwicklungszusammenarbeit . . . . .</b>                    | <b>10 - 12</b> |
| <b>Katastrophenschutz • Sicherheitstechnik. . . . .</b>                               | <b>13</b>      |
| Aus den bayerischen Kommunen. . . . .                                                 | 14 - 16        |



Landtag stimmt neuem Kabinett zu:

# Söders Ministerriege deutlich verjüngt

Mit den Stimmen von CSU und der Fraktion Freie Wähler hat der Bayerische Landtag das neue Kabinett von Ministerpräsident Dr. Markus Söder (CSU) bestätigt. Berufen wurden 13 Minister bzw. Ministerinnen sowie vier Staatssekretäre bzw. Staatssekretärinnen. Mit sechs Politikerrinnen bleibt der Frauenanteil in der Staatsregierung unverändert. Gleichzeitig ist Söders neue Regierungsmannschaft deutlich verjüngt. Der Altersdurchschnitt beträgt jetzt 47,6 Jahre und ist damit der niedrigste in der Geschichte des Freistaats.

Bei der Vereidigung der Minister und Staatssekretäre durch die neue Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) sagte Söder, sein neues Kabinett habe den höchsten Frauenanteil und sei mit 47,6 Jahren, „das jüngste aller Zeiten“. Darüber hinaus sei es ein „sehr ausgewogenes Kabinett“, das die „richtige Mischung aus Stabilität und Erneuerung“ darstelle. Zudem repräsentiere es sowohl die neue Koalitionsregierung als auch alle Regionen Bayerns und setze auf bewährte und junge neue Kräfte gleichermaßen sowie ein „wichtiges Miteinander von Männern und Frauen“.

## Kritik aus der Opposition

Die Opposition stimmte wie üblich der Aufstellung des neuen Kabinetts nicht zu. Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann würdigte einzelne Projekte des Koalitionsvertrags als „Schritt in die richtige Richtung“, etwa die Rücknahme der Eingriffe in den Alpenplan. Auch lobte er die Verjüngung des Kabinetts, warnte die Regierung aber vor einer Politik des „Weiter so“. Zugleich kritisierte er den geringen Frauenanteil bei den Ämtern der Freien Wähler, die neben drei Ministern und einem Staatssekretär lediglich eine Staatssekretärin stellen. Dies sei wirklich ein „Armutszeugnis“, betonte Hartmann.

Für die SPD rügte Fraktionsvorsitzender Horst Arnold, dass Söder bei der Aufstellung seiner Regierungsmannschaft Regionalproporz vor Fachkompetenz gegangen sei. Er spielte dabei u.a. auf die Personalie von Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU) an, der als fachlich anerkannter bisheriger Justizminister nicht mehr dem neuen Kabinett angehört.

Markus Plenk, Fraktionsvorsitzender der AfD, kritisierte das neue Digitalministerium, das unnötig sei. Auch bemängelte er, dass es kein eigenes Ministeri-

um für Raumfahrt gebe. Zudem forderte er mehr Bürokratieabbau. Und der FDP-Fraktionschef Martin Hagen kritisierte vor allem, dass der Bereich Integration im Innenministerium bleibe und nicht zurück in das Sozialministerium wechsele. Außerdem zeigte er sich darüber erstaunt, dass die neue Staatsministerin für Digitales nicht einmal über einen Twitter-Account verfügt.

Der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Florian Streibl, wies die Kritik der Opposition zurück. Man müsse den Menschen nahe sein, um gut regieren zu können — und die neue Staatsregierung sei den Menschen nahe.

## Das neue Kabinett

Ein Überblick über die bayerischen Minister und Staatssekretäre des neuen Kabinetts:

- Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien: Dr. Florian Herrmann (CSU)

## ConSozial 2018 in Nürnberg:

# Digitalisierung menschlich gestalten

Auf der ConSozial in Nürnberg, der führenden Fachmesse für den Sozialmarkt, fanden interessierte Besucher auch heuer wieder ein einzigartiges Spektrum an Dienstleistungen, Produkten und Entwicklungen rund um Management und Organisation Sozialer Arbeit und Pflege. Über 5.000 Fachbesucher nutzten dieses Portal mit über 250 Ausstellern, Bühnenprogramm, Fachforen und Kongressprogramm, um fachkundige Investitionsentscheidungen oder auch Kooperationen mit externen Dienstleistern vorzubereiten.

In den Sozialmarkt hat die Digitalisierung längst Einzug gehalten. Deshalb feierte die ConSozial ihr zwanzigjähriges Jubiläum unter dem Motto „Digitalisierung menschlich gestalten“ und hielt auch selbst viele neue digitale Lösungen bereit.

Wie Bayerns Arbeits- und Sozialministerin Kerstin Schreyer bei der Eröffnung der Messe hervorhob, „verbinden viele Menschen mit der Digitalisierung diffuse Ängste“. Sie sorgten sich, von der Technik beherrscht

- Finanzen und Heimat: Albert Füracker (CSU)
- Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie: Hubert Aiwanger (FW), Stv. Ministerpräsident), Staatssekretär: Roland Weigert (FW)
- Inneres, Sport und Integration: Joachim Herrmann (CSU), Stv. Ministerpräsident), Staatssekretär: Gerhard Eck (CSU)
- Wohnen, Bau und Verkehr: Dr. Hans Reichhart (CSU)
- Justiz: Georg Eisenreich (CSU)
- Unterricht und Kultus: Prof. Dr. Michael Piazolo (FW), Staatssekretärin: Anna Stolz (FW)
- Wissenschaft und Kunst: Bernd Sibler (CSU)
- Umwelt und Verbraucher-schutz: Thorsten Glauber (FW)
- Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Michaela Kaniber (CSU)
- Familie, Arbeit und Soziales: Kerstin Schreyer (CSU), Staatssekretärin: Carolina Trautner (CSU)
- Gesundheit und Pflege: Melanie Huml (CSU)
- Digitales: Judith Gerlach (CSU)

Nicht mehr im Kabinett vertreten sind der bisherige Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback, der bisherige Umweltminister Dr. Marcel Huber sowie der bisherige Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer. Neben diesen drei etablierten Ministern gehört auch die seit März als Wissenschaftsministerin amtierende Prof. Dr. Marion Kiechl nicht mehr dem neuen Regierungsteam Söders an. Sie hat bei der Landtagswahl den Einzug ins Parlament nicht mehr geschafft.

rm

## Deutscher Landkreistag:

# Für emanzipierte Kommunen

Im Zusammenhang mit der Finanzierung der kommunalen Integrationskosten hat sich der Deutsche Landkreistag für eine Änderung der Verteilung des kommunalen Umsatzsteueranteils ausgesprochen. Hintergrund ist ein entsprechendes Votum des Finanzausschusses des Bundesrates, das eine Forderung des Deutschen Landkreistages aufgreift.

Aus Sicht des DLT-Hauptgeschäftsführers Prof. Dr. Hans-Günter Henneke wäre es „ein Erfolg, in eine gerechtere Steuerverteilung zwischen den Kommunen einzutreten“. Dies sei nicht zuletzt vor dem Hintergrund gleichwertiger Lebensverhältnisse von elementarer Bedeutung. Denn gleiche Chancen für Stadt und Land hingen auch entscheidend davon ab, was Landkreise, Städte und Gemeinden an finanziellen Handlungsmöglichkeiten haben.

## Gerechtere Umsatzsteuerverteilung

Derzeit werde die Umsatzsteuer nur nach Wirtschaftskraft verteilt mit der Folge, dass gerade Kommunen mit Strukturproblemen an der guten wirtschaftlichen Entwicklung nur wenig teilhaben. „Daher fordern wir die Länder auf, im Bundesrat den Einstieg in eine gerechtere Umsatzsteuerverteilung zu beschließen, um eine gemessenen an den Einwohnern gleichmäßigere interkommunale Verteilung zu erreichen“, so Henneke.

Bund und Länder müssten alles ihnen Mögliche tun, um zu emanzipierten, eigenständigen und tatkräftigen Landkreisen, Städten und Gemeinden beizutragen. „Wir treten seit jeher dafür ein, dass ausreichende originäre kommunale Steuereinnahmen für die vielfältigen Aufgaben und Investitionserfordernisse der Kommunen zur Verfügung stehen. Dazu gehört auch eine gerechte interkommunale Verteilung. Angesichts der Soziallastigkeit der kommunalen Ausgaben ist daher nicht nur der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer zu erhöhen,

sondern diese Steuer muss auch nach Einwohnern oder – soweit möglich – nach Soziallasten verteilt werden“, hob Henneke hervor. In diesem Zusammenhang stehe auch die Kernforderung des Deutschen Landkreistages nach einer direkten Umsatzsteuerbeteiligung der Landkreise.

## Dezentrale Potenziale stärken

Daher sei das Votum des für diese Frage federführenden Finanzausschusses ein guter erster Schritt hin zu einer gerechteren Steuerverteilung. „Außerdem würde so der Weg geebnet für einen neben den SGB II-Wohnkosten dauerhaften und besser handhabbaren finanziellen Transferweg zwischen Bund und Kommunen.“ Gerade in den ländlichen Räumen komme es im Hinblick auf höchst unterschiedliche Herausforderungen etwa infolge demografischer Veränderungen oder wirtschaftlichen Strukturwandels darauf an, dezentrale Potenziale und Autonomie zu stärken und so zu einer tragfähigen Basis für eine gedeihliche Eigenentwicklung beizutragen. „Der Schlüssel für eine Stärkung der ländlichen Räume ist mehr – auch finanzieller – Freiraum und weniger wohlmeinende Fürsorglichkeit in Gestalt paternalistischer Bundesprogramme“, verdeutlichte der Hauptgeschäftsführer.

## Eigene Strategien fördern

Wohlvollend zur Kenntnis genommen hat der DLT die jüngsten Beschlüsse im Deutschen Bundestag zum Teilhabechancengesetz. Laut dem aktuellen Gesetzentwurf können nun auch Personen über Lohnkos-

tenzuschüsse gefördert werden, die innerhalb der vergangenen sieben Jahre für sechs Jahre Leistungen der Jobcenter erhalten haben.

Zudem sind nach Darstellung von Landkreistagspräsident Reinhard Sager auch Menschen zumindest nicht generell von der Förderung ausgeschlossen, die z. B. wegen Zeiten von Haft, befristetem Hilfebezug im SGB XII, Zeiten von Erwerbsminderungsrenten oder früheren Förderprogrammen nicht im SGB II waren. „Auch das ist ein guter Fortschritt, wobei von grundlegendem Interesse ist, den Personenkreis nicht zu eng zu wählen. Auch muss den Jobcentern vor Ort die Möglichkeit gegeben werden, eigene Strategien zu entwickeln“, kommentierte Sager. Die Erfahrung habe nämlich gezeigt, dass die Jobcenter bei der Auswahl der zu fördernden Personen passgenau vorgehen und dabei auch die örtliche Arbeitsmarktlage sowie die Branchenstruktur berücksichtigen.

Von daher sei auch als Erfolg zu werten, dass nun nicht mehr der gesetzliche Mindestlohn die Höhe der Förderung begrenze: „Wir sind vehement dafür eingetreten, Förderungen auch bis zur Höhe des jeweiligen Tariflohns zu ermöglichen. Das ist wichtig, um gerade die Wirtschaft davon zu überzeugen, über dieses Instrument Langzeitarbeitslosen eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt zu geben“, betonte der DLT-Chef.

## Strategische Richtungsentscheidung bei 5G

Mit Blick auf den flächendeckenden Ausbau von 5G fordern Deutscher Landkreistag und der Verband kommunaler Unternehmen die Bundesregierung auf, eine strategische Richtungsentscheidung zu treffen und ein Gesamtkonzept vorzulegen. Dieses dürfe allerdings nicht bei der Auktion erster Frequenzen im Jahr 2019 stehenbleiben. Anspruch müsse der Anschluss für alle sein. Menschen und Unternehmen hierzulande hätten ein berechtigtes Interesse, schnellstens und verbindlich zu erfahren, wann die nächste Mobilfunkgeneration 5G zur Verfügung stehen wird, so Reinhard Sager.

Für die praktische Umsetzung sei es zunächst vonnöten, die zügige Nutzung der Flächenfrequenzen zu ermöglichen. Die Frequenzen, die für den Ausbau in der Fläche besonders gut geeignet sind, werden erst in den nächsten Jahren frei. Für Planungssicherheit beim 5G-Ausbau sollten sie schon jetzt vergeben werden.

## Rechtliche Grundlagen für flächendeckendes Netz

Im Dezember tritt die Neuregelung der EU für den Rechtsrahmen für digitale Infrastruktur in Kraft, wodurch zum Beispiel Antennenstandorte gemeinsam genutzt werden können. Diese Regelungen für flächendeckendes Netz sollten nach Auffassung von DLT und VKU schnell in deutsches Recht umgesetzt werden.

Zudem müssten alle relevanten Akteure am Ausbau beteiligt werden. Dies fördere den Wettbewerb wie bei 3G und verhindere ein Oligopol zulasten von Verbrauchern, wie es bei 4G der Fall gewesen sei. Kommunen müssten die Möglichkeit haben, den Mobilfunkausbau allein oder in Kooperation mit Dritten voranzutreiben. Dies funktioniere zum Beispiel über lokale und regionale Frequenzen für kommunale Unternehmen. **DK**

| Wir gratulieren                                                                                                                                   |                                                                                               |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>ZUM 65. GEBURTSTAG</b><br>Bürgermeister Erich Schmid<br>94447 Plattling<br>am 3.12.                                                            | Bürgermeister Franz Kröninger<br>93197 Zeitlarn<br>am 25.11.                                  |
| Bürgermeister Walter Sauter<br>89347 Bubesheim<br>am 23.11.                                                                                       | <b>ZUM 50. GEBURTSTAG</b><br>Bürgermeister Armin Luther<br>96152 Burghaslach<br>am 5.12.      |
| Bürgermeister Simon Landmann<br>85232 Bergkirchen<br>am 30.11.                                                                                    | Bürgermeister Joachim Haller<br>94249 Bodenmais<br>am 26.11.                                  |
| <b>ZUM 60. GEBURTSTAG</b><br>Bürgermeister Erhard Friegel<br>89438 Holzheim<br>am 24.11.                                                          | <b>ZUM 45. GEBURTSTAG</b><br>Bürgermeister Wolfram Thein<br>96126 Maroldsweisach<br>am 28.11. |
| Bürgermeister Johann Angstl<br>84103 Postau<br>am 25.11.                                                                                          | Bürgermeister Markus Reichart<br>88178 Heimenkirch<br>am 29.11.                               |
| Bürgermeister Ludwig Lang<br>92283 Lauterhofen<br>am 28.11.                                                                                       | <b>ZUM 35. GEBURTSTAG</b><br>Bürgermeister Martin Schwandner<br>92555 Trausnitz<br>am 28.11.  |
| <b>ZUM 55. GEBURTSTAG</b><br>Bürgermeister Günter Gamisch<br>86676 Ehekirchen<br>am 3.12.                                                         |                                                                                               |
| Hinweis in eigener Sache                                                                                                                          |                                                                                               |
| Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage. |                                                                                               |



Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

# Pleiten, Pech und Pannen

**Auch in den vergangenen 12 Monaten musste der Bund der Steuerzahler in Bayern zahlreiche Fälle von Steuergeldverschwendung feststellen. „Sie reichen von Kostenexplosionen bei öffentlichen Bauvorhaben, kostspieligen Fehlern, teurer Imagepflege, Selbstbedienung auf Kosten der Steuerzahler bis hin zu „Draufzahlgeschäften“ und einem schlampigen Umgang mit Steuergeldern“, berichtete Maria Ritch, Vizepräsidentin des BdSt, bei der Vorlage des Schwarzbuchs 2018 in München.**

Jahr für Jahr sei festzustellen, dass beim Verschwendungsvolumen von einer Größenordnung von 5 % der öffentlichen Ausgaben ausgegangen werden kann, betonte Ritch. „Doch ganz gleich, ob es eine Milliarde Euro oder nur wenige tausend Euro sind, uns kommt es darauf an, durch unser Schwarzbuch das Bewusstsein für einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern zu schärfen und der öffentlichen

420.000 Euro unter anderem für Champagner, teure Menüs und Weihnachtsgeschenke ausgegeben. Der Bund der Steuerzahler fordert: „Schwelgerei und Schlamperei auf Kosten der europäischen Steuerzahler dürfen nicht folgenlos bleiben. Eine Rückzahlung wäre das Mindeste!“

Kein sehr glückliches Händchen hatte auch die Gemeinde Herrsching am Ammersee mit

in München. Fünfeinhalb Jahre lang dauerten die Arbeiten, die über 50 Mio. Euro mehr als ursprünglich geplant verschlangen. Bereits in seinem Schwarzbuch 2016 hatte der Bund der Steuerzahler die Kostensteigerung bei der Sanierung des „Gärtnerplatztheaters“ von zunächst 70,7 Mio. Euro auf rund 97 Mio. Euro kritisiert. In der Folge verteuerte sich das Projekt um weitere 24,7 Mio. Euro.

## Neue Daseinsberechtigung für So-da-Bauwerke

Kritik übt der BdSt auch an folgendem Fall: Eine an der Bundesautobahn A 99 – Autobahnring um München – bestehende „So-da-Brücke“ bei Unterföhring, die vorn und hinten gleichsam im Nichts endet, wird für rund 1 Mio. Euro zu einer sogenannten Tierquerung umgebaut. Zudem wurde eine weitere, seit rund 40 Jahren ungenutzte „So-da-Unterführung“, die unter der A99 bei Grasbrunn hindurchführt, für rund 3 Mio. Euro zurückgebaut und ebenfalls zu einer Tierquerungshilfe umgestaltet. Der BdSt hofft, dass die neue Grünbrücke sowie die umgestaltete „So-da-Unterführung“ auch tatsächlich von Füchsen, Hasen, Rehen, Mardern und Fledermäusen angenommen werden.

## Verspäteter Zuschussantrag

Dumm gelaufen ist für die Stadt Augsburg schließlich das verspätete Absenden eines Zuschussantrags für nichtstädtische Kindertagesstätten (Kitas) durch das städtische Amt für Kinder, Jugend und Familie (Jugendamt). Dadurch drohte die Rückzahlung eines fest eingepflanzten staatlichen Zuschusses von über 28 Mio. Euro. Am Ende hatte die Fuggerstadt noch Glück, allerdings mit einem Wermutstropfen: Immerhin sind 96 Prozent der gewährten Fördermittel (ca. 26 Mio. Euro) nicht mehr zurückzahlen.

„Auch wenn die Stadt Augsburg mit einem blauen Auge davongekommen ist, sind auf alle Fälle in der Stadtverwaltung Kontrollmechanismen sicherzustellen, damit es in Zukunft zu keinen ärgerlichen und folgenreicheren „Verfristungen“ mehr kommen kann“, rät der BdSt.

Kleinkariertes Denken, falsche Prioritätensetzungen, politische Egoismen oder schlicht Fahrlässigkeiten führen Vizepräsidentin Ritch zufolge regelmäßig zur Steuergeldverschwendung. Hier sei dringend ein Umdenken erforderlich, denn: „Steuergeldverschwendung reißt Haushaltslöcher, Steuergeldverschwendung ist verantwortungslos, Steuergeldverschwendung kostet Vertrauen.“

## Strafbare Haushaltsuntreue

Um eine Sensibilisierung beim öffentlichen Ausgabegeben zu erreichen, muss aus Ritch's Sicht „derjenige, der die in den Haushaltsgesetzen festgelegten Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit missachtet, genauso zur Rechenschaft gezogen werden, wie jemand, der Steuern hinterzieht“. Nach dem bisher geltenden Strafrecht sei dies jedenfalls noch nicht der Fall. Aber beides – Steuerhinterziehung und Steuergeldverschwendung – sei gleichermaßen sozialschädlich und müsse gleich geahndet werden. Denn der Effekt für die Staatsfinanzen, ob geschuldete Steuern vorenthalten oder eingenommene Steuern verschwendet werden, sei derselbe.

Aus diesem Grund fordert der

GZ

KOLUMNE  
Gabriele Bauer

## Liebe Leserinnen und Leser,

wie 1970 mit dem Umweltministerium hat Bayern nunmehr mit dem Digitalministerium ein komplett neues Ressort geschaffen. In dem Ministerium von Judith Gerlach, dem bundesweit ersten seiner Art, werden zukünftig nicht nur die digitalen Bereiche anderer Ministerien koordiniert, auch die Digitale Verwaltung fällt in den Zuständigkeitsbereich der neuen Ministerin. Die Erwartungen der Kommunen an Ministerium und Ministerin sind hoch.

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass ab Ende 2020 für die wichtigsten Anwendungen flächendeckende Online-Services für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen bereitgestellt werden sollen. Diesen Service will die Staatsregierung mit einem noch nicht näher



sprechpartner.

Ein Beispiel: Im Masterplan BAYERN DIGITAL II der Bayerischen Staatsregierung ist unter Punkt 9 das Ziel formuliert, dass Bayern mit E-Government Spitze bei moderner und digitaler Verwaltung werden soll. Gerade im Hinblick auf die Umsetzung dieses Masterplans auf kommunaler Ebene stellen sich viele Fragen: Wie genau soll das genannte Ziel erreicht werden? Welcher Beitrag wird von den Kommunen konkret erwartet? Welche Unterstützung können die Kommunen ihrerseits von der Staatsregierung erwarten?

Die Hoffnung ist groß, dass das Bayerische Digitalministerium nicht nur all diese Fragen beantworten kann, sondern die Kommunen bei der Digitalisierung nachhaltig einbindet und der Weg in die Digitalisierung gemeinsam offensiv beschritten werden kann. Die Tage ohne klare, einheitliche Digitalisierungsstrategie und ohne dementsprechend finanzielle Ausstattung müssen der Vergangenheit angehören.

Auf zu neuen digitalen Ufern – der Anfang ist gemacht!

**Ihre Gabriele Bauer**

*Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim*

## Hoffnung auf Digitalministerium

konkretisierten Förderprogramm unterstützen. Bis 2023, so der Wunsch der Landespolitik, soll Bayern die deutschlandweite Führungsrolle bei der Bereitstellung elektronischer Behördendienste einnehmen. Dann sollen möglichst alle Verwaltungsdienstleistungen elektronisch verfügbar gemacht werden.

An der Bereitschaft, diese Ziele umzusetzen fehlt es den Kommunen nicht. Vielmehr mangelt es an verlässlichen Informationen und konkreten Handlungsvorgaben. Die Hoffnung



Unser Bild zeigt den Präsidenten des Bundes der Steuerzahler in Bayern e. V., Rolf von Hohenhau (Mitte) gemeinsam mit seinen Vizepräsidenten Maria Ritch und Klaus Grieshaber.

Verschwendung präventiv entgegenzutreten.“

In seiner Veröffentlichung listet der Bund der Steuerzahler zehn bayerische Verschwendungsfälle auf, die jedoch nur „die Spitze des Eisbergs“ darstellen. Dazu zählt eine fast 50-prozentige Kostensteigerung bei der Erneuerung eines Brückenbauwerks mit Geh- und Radwegen im Zuge des Ausbaus der A6 bei Schwabach. Das Brückenbauwerk war am Ende mehr als rund 1 Mio. Euro teurer als ursprünglich angenommen.

## Teure Derivat-Geschäfte

Die Stadt Füssen wiederum machte mit sogenannten Zinswap-Geschäften die Erfahrung, dass eine Zinssicherung in lang anhaltenden Niedrigzinsphasen in einer nachträglichen Betrachtung teuer sein kann. Aus beendeteten Swap-Geschäften zahlte sie 936.991,17 Euro. Bei noch laufenden Geschäften betrug der aktuelle negative Marktwert im Juli 2018 2.796.700 Euro.

Nach Auffassung des BdSt sollte man sich bei Zinssicherungsgeschäften nicht nur auf die Beratung der die Swapgeschäfte selbst verkaufenden Banken verlassen. Vielmehr kann nur eine unabhängige Beratung das Eigeninteresse der Banken am Verkauf von Swapgeschäften aufdecken und die exakte Abstimmung zu den zu sichernden Darlehen und den Swaps sicherstellen.

Riskante Derivatgeschäfte führten auch in der Stadt Landsberg am Lech zu einem Schaden in Millionenhöhe. Trotz eines Rechtsstreits durch zwei Instanzen gelang es bislang nicht, die verlorenen Millionen von dem beratenden Bankhaus zurückzuholen. Laut BdSt hätte man sich nach dem Motto „Schuster bleib bei deinen Leisten“ von vornherein gar nicht erst auf hoch riskobehaftete Finanzderivatgeschäfte einlassen dürfen.

## Schwelgen auf Steuerzahlers Kosten

„Außer Spesen nichts gewesen“ – nach diesem Motto hat offenbar die Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF) im Europäischen Parlament gehandelt und mehr als

ihrem neuen Verkehrskonzept. Rund 145.000 Euro hat man allein für Pflanztröge und deren Bepflanzung ausgegeben. „Weniger an Grün und Kosten in der idyllisch gelegenen Gemeinde wäre hier vielleicht mehr gewesen“, meint der BdSt.

## Gesalzene Preise beim Brückenbau

Ein weiterer Fall: Über den „Arnulfsteg“ in München sollen künftig Fußgänger und Radfahrer die Bahngleise zwischen der Donnersbergerbrücke und der Hackerbrücke queren können. Doch die Kosten für dieses Brückenbauprojekt sind davongelaufen – statt rund 18 Mio. Euro soll die Brücke nun mehr als 26 Mio. Euro kosten. Die mit den Brückenbauarbeiten beauftragte ARGE hatte die fristgerechte Leistungserbringung verweigert und die sodann erfolgte europaweite Neuausschreibung der Brückenbauleistungen führte zu erhöhten Preisangeboten.

Nach Ansicht des Bundes der Steuerzahler „werden letztlich wieder einmal die Münchner Steuerzahler – wie so oft – die Betroffenen der nicht unerheblichen Kostensteigerung sein. In ihrem Interesse bleibt zu hoffen, dass die Stadt München wenigstens einen Teil des ihr entstandenen und gegenüber der ARGE bereits dem Grunde nach geltend gemachten Schadens ersetzt bekommt.“

## Aufwändige Venusgrotte

Auch die Restaurierung der Venusgrotte auf Schloss Linderhof stellt finanziell eine Herausforderung dar: Die Kosten für das ehrgeizige und beileibe nicht einfache Projekt stiegen bis jetzt von ursprünglich rund 24 Mio. Euro auf mehr als 33 Mio. Euro an. Laut BdSt werden diese Kosten wohl noch weiter in die Höhe steigen. Ob der Fertigstellungstermin im Jahr 2022 eingehalten werden kann, bleibe abzuwarten. Fest stehe aber jetzt schon, dass die Steuerzahler die nicht unerhebliche Kostensteigerung schultern müssen.

Zu einer gewaltigen Kostensteigerung von über 70 Prozent kam es bei der Sanierung des Staatstheaters am Gärtnerplatz

BdSt die Einführung eines neuen Straftatbestands der sog. Haushaltsuntreue in das Strafgesetzbuch, um verschwenderisches Ausgabegeben und Verstöße

gegen Haushaltsrecht zu ahnden. „Nur so können die Rechte der Steuerzahler gestärkt und verteidigt werden“, machte Ritch deutlich.

DK



Die Kabarettistin Martina Schwarzmann (l.) nahm den diesjährigen Sonderpreis aus den Händen von Bayerns Wissenschafts- und Kunstministerin Prof. Dr. med. Marion Kiechle entgegen.

Bild: Bayernwerk AG

## Kulturpreis Bayern 2018:

# Von „Teufelsmusik“ zum bayerischen Kulturgut

**100.000 Euro für große Künstler und Nachwuchsstars der Wissenschaft: Der Kulturpreis Bayern zählt zu den höchst dotierten Auszeichnungen für herausragendes künstlerisches Wirken und besondere wissenschaftliche Leistungen in Deutschland. Jetzt haben die Stifter die diesjährigen Preisträger geehrt.**

München/Regensburg (obx) - „Dass unsere Musik einmal bayerisches Kulturgut wird, habe ich mir niemals vorstellen können“, sichtlich bewegt nahm Günther Sigl, der Frontmann der Spider Murphy Gang im Münchner Kesselhaus den Kulturpreis Bayern 2018 in Empfang.

Ihre Rock'n'Roll-Musik sei einst als „Teufelsmusik“ kritisiert worden, erinnerte sich Sigl, der die Gruppe vor 41 Jahren gemeinsam mit drei weiteren Musikern gründete. Neben dem Münchner Bandleader zeichneten das Bayernwerk und das Bayerische Wissenschafts- und Kunstministerium in diesem Jahr fünf weitere Kulturschaf-

fende und 32 Nachwuchs-Wissenschaftler mit dem renommierten, mit insgesamt rund 100.000 Euro dotierten „Kulturpreis Bayern“ aus.

Als „locker, leicht und lebensfroh“ würdigte Richard Loibl, der Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, in seiner Laudatio die Musik Günther Sigls und seiner Band. Wenn es jemals eine Münchner Gruppe gegeben habe, die das Lebensgefühl der Stadt verkörpere, dann sei es die Spider Murphy Gang. Mit einem Überraschungsauftritt bei der Preisverleihung begeisterte die Band die rund 350 Gäste mit Hits wie „Schickeria“ und „Skandal im Sperrbezirk“.

Ebenfalls mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet wurde in diesem Jahr der niederbayerische Architekt Peter Haimmerl. Er gestaltete unter anderem das Konzerthaus in Blaibach im Landkreis Regen, mit dem die kleine Bayerwald-Gemeinde bundesweit Schlagzeilen machte. Der gebürtige Schwandorfer Bildhauer Christian Schnurer erhielt den Preis für seine internationalen Projekte im öffentlichen Raum. Ebenfalls geehrt wurden der Klarinettist Klaus Hampl und die Rapperin „Fiva“, die mit bürgerlichem Namen Nina Sonnenberg heißt. Den diesjährigen Sonderpreis, wie die weiteren Kulturpreise mit 5.000 Euro Preisgeld verbunden, erhielt die Kabarettistin Martina Schwarzmann. Sie nahm die bronzenen Statuen in Form eines „Gedankenblitzes“ aus den Händen von Bayerns Wissenschafts- und Kunstministerin Marion Kiechle entgegen.

Laudator Richard Loibl sagte, es sei die Verbindung aus Ökonomie, Kultur und Kunst, die Bayern erfolgreich gemacht habe - und genau dafür stehe dieser Preis. Das Bayernwerk, Bayerns größter regionaler Stromnetzbetreiber, ist Stifter der Auszeichnung. Seit 2005 bietet das Unternehmen Künstlern und Nachwuchs-Forschern jedes Jahr eine Bühne. Aus dem Bereich der Wissenschaft erhalten in diesem Jahr 32 Absolventen und Doktoranden der bayerischen Kunsthochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Universitäten den Kulturpreis. Die Auszeichnungen sind jeweils mit 2.000 Euro dotiert.

„Die ausgezeichneten Künstler und Wissenschaftler geben unserem Kulturstaat Bayern wertvolle gesellschaftliche Impulse“, sagte Kunstministerin Kiechle. Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender des Bayernwerks, nannte den Brückenschlag zwischen Kunst und Wissenschaft, zwischen Tradition und Moderne und zwischen Etabliertem und Neuem als Motivation für die Auszeichnung. □



100 Jahre Freistaat Bayern:

# Ein kurzer Rückblick aus der amtlichen Statistik

Doppelte Einwohnerzahl, mehr als 20 Jahre höhere Lebenserwartung, vierzigfache Stromerzeugung und fast 90 Prozent weniger landwirtschaftliche Betriebe

Am 8. November 1918 wurde der Freistaat Bayern gegründet. In den vergangenen 100 Jahren hat sich das Gesicht Bayerns stark verändert, wie zahlreiche historische Zeitreihen des Bayerischen Landesamts für Statistik belegen. So verdoppelte sich die Bevölkerung nahezu, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft erleben einen signifikanten Wandel.

Einer der größten Erfolge ist die drastische Reduzierung der Säuglingssterblichkeit, die vor 100 Jahren noch sehr hoch war. 1911/1913 überlebten von 100.000 neugeborenen Buben nur knapp 78.900 das erste Lebensjahr, bei den Mädchen waren es knapp 82.600. 1924/1926 starben noch immer 15 Prozent der männlichen und zwölf Prozent der weiblichen Säuglinge innerhalb des ersten Jahres. Heute (Sterbetafel 2014/2016) überleben von 100.000 Babys 99.682 (Buben) bzw. 99.746 (Mädchen) die ersten zwölf Monate.

Dazu kommt die allgemeine Zunahme der Lebenserwartung. Die Sterbetafel der Jahre 1911/1913 wies für einen einjährigen Buben eine mittlere Lebenserwartung von weiteren 57,5 Jahren aus, für ein gleichaltriges Mädchen waren es 58,8 Jahre. Gut ein Jahrzehnt später hatte ein einjähriges Kind gemäß der Sterbetafel 1924/1926 eine weitere mittlere Lebenserwartung von 62 (Buben) bzw. knapp 63 Jahren (Mädchen). Die aktuelle Sterbetafel 2014/16 weist für ein einjähriges Kind eine weitere mittlere Lebenserwartung von über 78 (Buben) bzw. fast 83 (Mädchen) Jahren aus, ein Anstieg um nahezu 21 bzw. 24 Jahren in einem Zeitraum von etwas mehr als 100 Jahren.

Einen großen Beitrag zum An-

stieg der Lebenserwartung leistete dabei die verbesserte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Im Jahr 1860 betreuten umgerechnet nur 28 Ärzte und 43 Bader (einschl. Zahnärzte) 100.000 Einwohner. 2015 kamen dagegen 428 Ärzte und 88 Zahnärzte auf je 100.000 Einwohner.

Auch die Todesursachen der Gesamtbevölkerung veränderten sich. So waren 1918 rund sieben Prozent der Sterbefälle tuberkulosebedingt, 2015 lag dieser Anteil nur noch bei 0,4 Promille. Bösartige Neubildungen waren dagegen vor 100 Jahren nur für 4,5 Prozent der Todesfälle ursächlich, 2015 betrug ihr Anteil 23,5 Prozent.

## Veränderte Altersstruktur

In der Folge veränderte sich die Altersstruktur der Bevölkerung. Lag das Durchschnittsalter 1919 bei 29,5 Jahren, betrug es 2017 43,7 Jahre. 1919 waren rund 49 Prozent der Bevölkerung unter 25 Jahre alt und weniger als neun Prozent hatten das 60. Lebensjahr überschritten. 2017 war nur noch jeder Vierte (24,5 Prozent) unter 25 Jahre alt, der Anteil der über 60-jährigen ist dagegen erheblich angestiegen und beträgt mittlerweile 26,4 Prozent.

Auch die Todesursachen der Gesamtbevölkerung veränderten sich. So waren 1918 rund sieben Prozent der Sterbefälle tuberkulosebedingt, 2015 lag dieser Anteil nur noch bei 0,4 Promille. Bösartige Neubildungen waren dagegen vor 100 Jahren nur für 4,5 Prozent der Todesfälle ursächlich, 2015 betrug ihr Anteil 23,5 Prozent.

## Bevölkerungswachstum

Das Historische Gemeindeverzeichnis weist für das Jahr 1919 eine Einwohnerzahl von 7,15 Millionen aus. Dabei ist zu beachten, dass sich diese Zahl auf das damalige Staatsgebiet bezieht und somit unter anderem auch das ehemalige bayerisch-pfälzische Territorium beinhaltet. Seitdem wuchs die Bevölkerung im Freistaat stark an, bereits 1965 wurde die 10-Millionen-Grenze überschritten. Ende 2017 lebten 12.997.204 Menschen im Freistaat, rund 82 Prozent mehr als im Jahr 1918. Im Januar 2018 wurde dann erstmals die 13-Millionen-Marke übersprungen.

## Wohnungsneubauten

Die Bevölkerungszunahme erforderte ein erhebliches Ausmaß an Wohnungsneubauten. Im Mai 1918 gab es in Bayern gemäß der Kriegswohnungszählung in den erfassten 148 Gemeinden 628.617 Wohnungen, in denen durchschnittlich 3,6 Personen lebten. Es wurden dabei 158.629 Wohngebäude gezählt, die überwiegend sogenannte Kleinwohnungen aufwiesen. Als Kleinwohnung galten Wohnungen mit bis zu drei Wohnräumen. 1950 bestanden in Bayern etwas über eine Million Wohngebäude und gut 1,7 Millionen Wohnungen.

Ende des Jahres 2017 wies der Freistaat 6,37 Millionen Wohnungen auf, die Zahl der Wohngebäude hat sich allein seit 1950 auf 3,04 Millionen fast verdreifacht. Jede Wohnung wird heute im Schnitt von nur noch 2,04 Personen bewohnt, während es Ende 1950 noch 5,3 Personen waren.

## Wachsender Energiebedarf

Im Juni 1918 beschloss der Bayerische Landtag den Bau des Walchensee-Kraftwerks, das 1924 in Betrieb ging. Damals hatte die Wasserkraft einen Anteil von 75 Prozent an der 1925 erzeugten Strommenge von 2,05 Mrd. Kilowattstunden. An der heutigen

Stromerzeugung von 81,53 Mrd. Kilowattstunden (2016) hat die Wasserkraft noch immer einen Anteil von 14,9 Prozent.

## Wachsende Industrialisierung

Aus kleinen Anfängen entwickelte sich die Automobilindustrie, die heute im produzierenden Gewerbe im Freistaat eine herausgehobene Stellung hat. Die Zulassungszahlen von Kraftfahrzeugen stiegen rasant an. Im Jahr 1907 waren im damaligen bayerischen Gebiet ganze 757 Pkw und 1.510 Motorräder zugelassen. 1921 fuhrten auf den bayerischen Straßen 4.413 Pkw und 3.661 Motorräder. Anfang 2018 waren in Bayern fast zehn Millionen Kraftfahrzeuge angemeldet, darunter 7,8 Millionen Pkw.

## Technischer Fortschritt

Der technische Fortschritt und der gesellschaftliche Wandel führten seit 1925 zu einem erheblichen Rückgang der Landwirtschaft. Im Jahr 1907 gab es in Bayern knapp 670.000 landwirtschaftliche Betriebe, die eine Fläche von 4,24 Millionen Hektar bewirtschafteten. Lag die Zahl der Betriebe 1925 noch auf nahezu unverändertem Niveau, wurden 1949 nur noch etwas über 500 000 nachgewiesen. 1991 überstieg ihre Zahl nur noch geringfügig die Marke von 200 000 und im Jahr 2017 gab es schließlich 88.610 landwirtschaftliche Betriebe. Gegenüber 1907 ist dies ein Rückgang um fast 87 Prozent. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche sank dagegen deutlich geringer und betrug 2017 noch knapp 3,13 Millionen Hektar (-26,2 Prozent).

Entsprechend wandelte sich das Verhältnis zwischen den drei Wirtschaftssektoren. 1916 arbeiteten über ein Drittel (35,4 Prozent) der Erwerbstätigen im primären Sektor, also der Land- und Forstwirtschaft. Weitere gut 20 Prozent waren im produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor) beschäftigt und gut 42 Prozent in den sonstigen Bereichen, unter anderem in Handel und Dienstleistungen (tertiärer Sektor).

## Wirtschaftlicher Wandel

Der wirtschaftliche Wandel veränderte diese Zahlen in den folgenden Jahrzehnten. So erreichte der Anteil der im produzierenden Gewerbe arbeitenden Erwerbstätigen um das Jahr 1970 nahezu die 50-Prozent-Marke, um anschließend sukzessive zurückzugehen auf heute gut 31 Prozent. Der Anteil der in Land- und Forstwirtschaft Erwerbstätigen ging erheblich zurück und beträgt nur noch 1,7 Prozent, während über zwei Drittel der Erwerbstätigen 2017 im tertiären Sektor tätig waren.

## Veränderungen in der Landwirtschaft

Aus der Erhebung von Feldfrüchten liegen für das Jahr 1833 erste Zahlen vor. Auf insgesamt 1.225.647 Hektar wurden Weizen, Roggen, Gerste und Hafer angebaut. 1918 lag die entsprechende Fläche bei 1.498.482 Hektar, außerdem waren weitere 296.686 Hektar mit Kartoffeln bepflanzt. Hopfen wuchs auf 7.362 Hektar, wobei er zehn Jahre davor noch auf mehr als der dreifachen Fläche kultiviert wurde. Weitere 17.409 Hektar waren im Jahr 1918 mit Wein bestockt. Im Jahr 2015 wurden die vier Getreidearten auf 957.800 Hektar angebaut, wobei fast 94 Prozent davon auf Weizen und Gerste entfielen. Nur noch 35.400 bzw. 23.800 Hektar waren mit Roggen und Hafer bestellt, deren Anbauflächen sowohl 1833 wie

# Fahrplan für Gigabit...

(Fortsetzung von Seite 1)

heute einen Stellenwert wie fließendes Wasser oder eine Eisenbahnanbindung in früheren Jahren. Flüssiger Verkehr auf der Datenautobahn sei unerlässlich für die wirtschaftliche Weiterentwicklung. Mit Hotspots im öffentlichen Raum und entsprechender IT-Ausstattung der Schulen habe die Stadt Günzburg bereits Zeichen gesetzt.

## Ausbau läuft auf Hochtouren

Regierungsdirektor Bernd Geisler vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat verwies darauf, dass der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Bayern auf Hochtouren läuft. Über 98 Prozent der bayerischen Gemeinden seien in das Förderprogramm eingestiegen.

In 1.726 Kommunen laufe aktuell der geförderte Breitbandausbau. Staat und Kommunen investierten dabei bereits über eine Milliarde Euro im Rahmen des bayerischen Förderprogramms. Gefördert würden über 733.000 Haushalte, davon 107.000 mit Glasfaseranschluss bis in die Gebäude.

Auch der Bund hat Geisler zufolge seine Verantwortung erkannt und Ende 2015 mit einem eigenen Förderprogramm zum Breitbandausbau nachgezogen. Um das Bundesprogramm für bayerische Kommunen nutzbar zu machen, hebe der Freistaat die niedrigen Fördersätze des Bundes mit seiner Kofinanzierung auf bayerisches Niveau an. Damit stünden den Kommunen noch einmal ihre individuellen bayerischen Förderhöchstbeträge zur Verfügung.

Laut Direktor Stefan Graf vom

Bayerischen Gemeindetag bestehen für reine FTTB-Projekte zwar durchschnittliche Wirtschaftlichkeitslücken von ca. 4.000 Euro pro Anschluss, jedoch sind bei der Erschließung von Weilern über den sog. Höfebonus Wirtschaftlichkeitslücken von 10.000 bis 40.000 Euro zu verzeichnen. Zudem sei die Zahl der förderbedürftigen Anschlüsse nicht linear zur Einwohnerzahl.

Auch wies Graf darauf hin, dass Förderquoten von 80 bzw. 90 Prozent (im RmbH) und hohe Förderhöchstbeträge zur finanziellen Überforderung von Gemeinden führen können. Die gerechteste Lösung wären aus seiner Sicht „nach Einwohnerzahl gestaffelte Höchstsummen für den kommunalen Eigenanteil sowie ggf. die Berücksichtigung der Finanzsituation“.

Aufgrund des hohen finanziellen Engagements der Gemeinden sollte auch das bayerische Förderprogramm ein Betreibermodell zur Wahl stellen. Darüber hinaus sollte auch beim Wirtschaftlichkeitslückenmodell über eine Bindungsfrist hinaus eine Neuvorgabe der geförderten Infrastruktur bei gravierenden Problemen mit dem Netzbetreiber möglich sein.

## Doku in GZ 24

In Ausgabe 24/2018 der Bayerischen Gemeindezeitung (Erscheinungstermin: 20. Dezember) wird eine Sonderdokumentation der Veranstaltung veröffentlicht. Im GZ-Netzwerk <http://www.anmelden.gemeindezeitung.bayern> stehen die bereits freigegebenen Vorträge zum Download bereit. **DK**

### Staatsminister Füracker:

## Neue Fachschule für Familienpflege

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat hat dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus seine Zustimmung zur Errichtung einer Staatlichen Fachschule für Familienpflege am Staatlichen Beruflichen Schulzentrum Ansbach-Triesdorf erteilt. „Mit der Errichtung der neuen Fachschule für Familienpflege sollen alle interessierten Schülerinnen und Schüler in Nordbayern in der Zukunft die Chance bekommen, eine Fachschule in ihrer Nähe zu besuchen. Der Bedarf an Familienpflegern ist groß und neben der neu zu errichtenden Fachschule in Ansbach existiert in Bayern lediglich noch in München eine Schule, welche dieselbe Ausbildungsrichtung anbietet. Hinzu kommt eine große Nachfrage auf Seiten der Schüler und eine ausreichende Anzahl an Zubringerschulen vor Ort“, hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker aus Anlass der Zustimmung zu der Errichtung hervor. Rund ein Drittel des gesamten Haushaltsvolumens steht weiterhin für die Bildung zur Verfügung, einem Schwerpunkt bayerischer Politik.

Triesdorf und seine vielfältigen Bildungsrichtungen sind ein Leuchtturm in der Bildungsregion in der Region des Landkreises Ansbach. Triesdorf hat sich zu einem der führenden Bildungszentren für Landwirtschaft, Umwelt, Ernährungs- und Versorgungsmanagement entwickelt. **□**

## Kompensation für entgangene Straßenausbaubeiträge

Eine weitere Forderung des Kommunalverbandes lautet: „Der Freistaat muss den Kommunen zur Abdeckung der durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge entfallenden Einnahmemöglichkeiten eine ausreichende Kompensation schaffen.“ Dafür seien staatliche Haushaltsmittel jährlich nötig. Zwar stellt der Koalitionsvertrag laut Gribl Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro im Jahr 2019 und 150 Millionen Euro im Jahr 2020 in Aussicht, jedoch werden die Mittel in der Praxis nicht genügen.

Auch die Vereinbarung des Koalitionsvertrags zur Sanierung von kommunalen Schwimmbädern, die lediglich bei einer Förderung von 20 Millionen Euro pro Jahr liegt, werde dem bayernweiten Sanierungsbedarf für Hallenbäder und Freibäder in Höhe von 1,2 Milliarden Euro nicht gerecht, monierte der Verband. Der Sanierung von kommunalen Bädern müsse im Doppelhaushalt 2019/2020 eine höhere Priorität eingeräumt werden.

Unerwähnt blieben im Koalitionsvertrag Gribl zufolge die auf kommunaler Ebene anfallenden Integrationskosten, ob-

gleich eine Beteiligung des Freistaates hier überfällig sei. Der Freistaat müsse die kommunalen Flüchtlings- und Integrationskosten anerkennen und ersetzen sowie die teilweise Kostenersatzung des Freistaats für junge Volljährige, ehemalige unbegleitete minderjährige Ausländer auf eine Vollkostenerstattung erhöhen. Trotz zugesagtem „Open-book-Verfahren“ und nachgewiesenen Flüchtlings- und Integrationskosten allein der kreisfreien Städte und Landkreise von 550 Millionen Euro stünden Anerkennung und Erstattung dieser Kosten durch den Freistaat nach wie vor aus.

Wie Gribl erläuterte, müsse sich die Bayerische Staatsregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass am Auslaufen der erhöhten Umlagen festgehalten wird. Die kommunale Ebene könne die Fortführung der erhöhten Gewerbesteuerumlage nicht hinnehmen, denn die Kämmerer rechneten bereits mit den größeren finanziellen Spielräumen. „Wenn nun dieses Thema im Koalitionsvertrag nicht erwähnt ist, werten wir das als positives Zeichen, dass der Freistaat Bayern am Auslaufen der Gewerbesteuerumlage nicht rütteln will.“ **DK**





Dr. Wolfgang Hell, Erster Bürgermeister der Stadt Marktoberdorf (2.v.r.), und Markus Last, Geschäftsführer erdgas schwaben (2.v.l.), nahmen im Beisein von Lars Leveringhaus, stellvertretender Landrat im Ostallgäu (r.), die neue Ladesäule für Elektroautos in Marktoberdorf offiziell in Betrieb. Links: Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben.

Bild: erdgas schwaben

erdgas schwaben weiht Ladesäule in Marktoberdorf ein:

## Ins Konzert gehen und Elektroauto laden

Dr. Wolfgang Hell, erster Bürgermeister der Stadt Marktoberdorf, und Markus Last, Geschäftsführer erdgas schwaben, nahmen im Beisein von Lars Leveringhaus, stellvertretender Landrat im Ostallgäu, die neue Ladesäule für Elektroautos in Marktoberdorf offiziell in Betrieb.

Bürgermeister Dr. Hell freut sich, dass jetzt direkt gegenüber dem Modeon – das Veranstaltungshaus der Stadt – eine öffentliche Elektroladesäule steht: „Diese Ladesäule ist ein weiterer Schritt in Richtung klimaneutraler Mobilität. Gerade hier am Modeon ist die Säule richtig platziert, da sie für alle prima erreichbar ist.“

### Großer Schritt in Richtung Zukunft

„erdgas schwaben ist ein hervorragender Partner mit sehr innovativen Konzepten“, sagte Lars Leveringhaus, stellvertretender Landrat im Ostallgäu. „Genau solche Lösungen brauchen wir hier im ländlichen Raum.“

Für die Menschen, die in Marktoberdorf leben, arbeiten und wohnen, bedeutet die Elektro-Ladesäule noch mehr Lebensqualität. Wer mit dem Elektroauto in die Stadt zum Shoppen fährt, einen Bauantrag im Rathaus abgeben will oder zum Kaffeetrinken geht, hat in dieser Zeit ebenfalls Gelegenheit zum Laden und den kostenlosen Parkplatz gleich dazu – ein großer Schritt in Richtung Zukunft für Marktoberdorf.

„Marktoberdorf ist für uns ein wichtiger Partner“, sagte Markus Last, Geschäftsführer erdgas schwaben. „Wir werden das Ladesäulen-Netz rasch ausbauen, um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten. Wir brauchen mehr Elektro-Autos, um die CO<sub>2</sub> Belastung in unseren Städten spürbar zu senken.“

Wichtiger Beitrag zur Energiewende

### Wichtiger Beitrag zur Energiewende

An den Elektro-Ladesäulen von erdgas schwaben laden die Elektro-Fahrerinnen und -Fahrer Strom aus 100 Prozent regionaler Wasserkraft. Die beiden Ladepunkte vom Typ 2, der sich als Standard in Europa durchgesetzt hat, haben eine Leistung von jeweils 22 Kilowatt (kW). Das bedeutet einmal aufladen, während wir im Rathaus einen Bauantrag abgeben, einkaufen gehen oder Freunde besuchen.

Das Parken ist während des Ladevorgangs am Parkplatz gegenüber dem Modeon in Markt oberdorf kostenlos. □

BDEW-Chef Stefan Kapferer:

## Mautbefreiung von Erdgas-LKW

Der Bundestag hat das novellierte Mautgesetz (5. Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes) in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Der Gesetzentwurf sieht nun auch eine Mautbefreiung für LKW vor, die mit Flüssigerdgas (LNG) oder komprimiertem Erdgas (CNG) fahren.

Hierzu erklärt Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung: „Es ist positiv und konsequent, dass jetzt auch mit Erdgas betriebene LKW von der Autobahnmaut befreit werden sollen. Der Güterverkehr ist mit Blick auf die Umweltbelastungen eine besondere Herausforderung: Dieser Sektor wächst besonders stark, hier drohen erhebliche zusätzliche CO<sub>2</sub>- und Feinstaub-Emissionen. Bei LNG werden im Vergleich zu Diesel die Schwefeloxid- und Feinstaub-Emissionen um fast 100 Prozent reduziert, Stickoxid-Emissionen um 80 bis 90 Prozent. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß liegt um bis zu 15 Prozent niedriger.“

Zudem wies Kapferer darauf hin, dass es LKW mit Gasantrieb bereits heute im europäischen Markt gebe. Sie könnten sofort erheblich zur Schadstoff- und Lärmreduzierung beitragen. „Wir begrüßen deshalb, dass der

Bundestag die Potenziale dieser alternativen Antriebsformen im Schwerlastverkehr anerkennt. Die Mautbefreiung kann aus Sicht des BDEW erheblich dazu beitragen, die Zahl der mit Erdgas betriebenen LKW Schritt für Schritt zu erhöhen.“

### Konsequentes politisches Signal

Nach Kapferers Auffassung sollte der Gesetzentwurf allerdings nachgebessert werden: „Die Tankstelleninfrastruktur für LNG in Deutschland befindet sich gerade erst im Aufbau. Um dies zu berücksichtigen und im Sinne der Planungssicherheit sollte die Befreiung von der Mautpflicht analog zur Regelung für Elektro-LKW ausgedehnt werden. Dies wäre ein konsequentes politisches Signal für eine Unterstützung dieser CO<sub>2</sub>-sparenden Antriebstechnologie.“ □

Maßnahmen der Fernleitungsnetzbetreiber:

## Verfügbarkeit von Gas zu jeder Zeit an jedem Ort

Marktraumumstellung L- auf H-Gas im Zeitplan

Die deutschen Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) haben heute zum dritten Mal ihren Ausblick auf den kommenden Winter veröffentlicht. Der Winterausblick 2018/2019 ist durch eine weiter reduzierte L-Gas-Produktion in den Niederlanden sowie die weiterhin eingeschränkte Verfügbarkeit der Trans Europa Naturgas Pipeline (TENP) in Süddeutschland geprägt.

Das technisch verfügbare Speichervolumen in den deutschen Gasspeichern entspricht dem des Vorjahres. Der aggregierte Füllstand der Speicher am deutschen Fernleitungsnetz ist jedoch derzeit niedriger als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Daher ergreifen die FNB schon zu Beginn des Winters alle notwendigen Maßnahmen zum Sichern des Transportsystems und der Verfügbarkeit von Gas zu jeder Zeit an jedem Ort.

### Risikobezogene Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten

Die neue Verordnung über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung (EU) 2017/1938 (SoS-Verordnung) sieht u. a. eine verstärkte risikobezogene Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten vor. Dabei zeigt sich die deutsche Gasversorgung als ausreichend flexibel aufgestellt. So stuft die FNB die weitere Verringerung der niederländischen L-Gasproduktion nach wiederholten Erdbeben in der Förderregion Groningen als unkritisch ein, da sich zum einen die Produktion am temperaturgeführten Bedarf orientiert. Zum anderen entlastet auch die im Zeitplan liegende Marktraumumstellung von L- auf H-Gas die Versorgungslage. Bis Ende 2018 werden kumuliert rund 270.000 Geräte auf H-Gas umgestellt sein. Allerdings minimiert die Reduktion die vorhandene Flexibilität.

### Preisspitzen in der vergangenen Winterperiode

Die vergangene Winterperiode mit ihrer europaweiten Kältewelle Ende Februar/Anfang März 2018 führte zu hohen Preisen an den Handelsplätzen. Davon waren auch die beiden deutschen Marktgebiete NetConnect Germany (NCG) und GASPOOL mit Preisspitzen bis zu 285 EUR/MWh betroffen. Verstärkt wurde die Knappheit durch die bereits zu Beginn der Kältewelle relativ niedrigen Speicherfüllstände in Deutschland, die Ende Februar noch bei einem Füllstand von rund 30 Prozent lagen. Die FNB sind aufgrund der aktuellen Marktsignale - sowie gegenüber dem Vorjahr zusätzlich getroffenen Maßnahmen – zuversichtlich, dass sich diese Situation im kommenden Winter so nicht wiederholen wird.

### Steigerung der Versorgungssicherheit

Beispielsweise werden NCG und GASPOOL zur weiteren Steigerung der Erdgasversorgungssicherheit für Februar und März 2019 in erhöhtem Maße Long Term Options (LTO) kontrahieren. Basis dafür ist das Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie über Vorsorgemaßnahmen im Regelenergiemarkt, das eine ausreichende Verfügbarkeit von lokalen Regelenergieprodukten in außergewöhnlichen Bedarfssituationen sicherstellen soll. Der erhöhte Bedarf an LTO für den kommenden Winter basiert ins-

besondere auf den angestiegenen Regelenergieeinsätzen der vergangenen Jahre.

### Ansteigende Kapazitätsnachfrage in Süddeutschland

In Süddeutschland setzt sich der Trend zu ansteigender Kapazitätsnachfrage auch für das kommende Jahr fort. Allerdings ist das TENP-System weiterhin nur eingeschränkt nutzbar. Bis die in den Netzentwicklungsplänen Gas hinterlegten erforderlichen Netzausbaumaßnahmen ihre volle Wirkung entfalten, müssen daher weiterhin Lastflusssusagen (LFZ) zur Erhöhung der Einspeisung sowie in Form von Abschaltverträgen (LiFA) in nachgelagerten Netzen zur Reduzierung der Ausspeisung kontrahiert werden, um diese besonders in Baden-Württemberg steigende Kapazitätsnachfrage abbilden zu können.

Der Winterausblick 2018/2019 steht Ihnen auf der Website der Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber unter [www.fnb-gas.de](http://www.fnb-gas.de) zum Download zur Verfügung. □



Von links: Peter Kneipp, erster Bürgermeister in Amberg, Marko Melev, Leiter Vertrieb schwaben netz, Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz und Hubert Wagner, zweiter Bürgermeister in Amberg, Bild:erdgas schwaben

erdgas schwaben sichert weiterhin klimaschonende Energieversorgung:

## Amberg verlängert Wegenutzungsvertrag

Die Energiezukunft in Amberg im Landkreis Unterallgäu ist gesichert. Das Unternehmen erdgas schwaben mit seiner 100prozentigen Tochter schwaben netz ist auch in Zukunft für Planung, Bau und Betrieb des Erdgasnetzes in der Gemeinde zuständig.

Peter Kneipp, erster Bürgermeister in Amberg, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz unterzeichneten den neuen Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde.

### Verlässlicher Partner

„Mit dieser Entscheidung stellen wir die nachhaltige, preisgünstige und umweltschonende Energieversorgung mit Erdgas und Bio-Erdgas für Amberg langfristig sicher“, sagte Bürgermeister Kneipp bei der Vertragsunterzeich-

nung. „erdgas schwaben hat sich als verlässlicher Partner für uns erwiesen. Mit der Vertragsverlängerung können unsere Hauseigentümerinnen und -eigentümer sehr gut planen.“

Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, betonte: „Erdgas ist eine zukunftssichere, umweltschonende und preiswerte Energie. Da ist es verständlich, dass Erdgas in diesen Tagen einen gewaltigen Nachfrageboom erlebt und wir auch in Amberg weitere Objekte an unser Erdgasnetz anschließen werden.“ Der Vertrag läuft bis 2039. □

# Kopf hoch!

Komm zu erdgas schwaben!



## Auf Dauer spart nur Schwaben-Power!

erdgas-schwaben.de



erdgas schwaben

sicher, günstig, nah



Bundeskabinett verabschiedet Energiesammelgesetz:

# Licht und Schatten

Das Bundeskabinett hat den Startschuss für das lang erwartete Energiesammelgesetz gegeben. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier begrüßt das Vorhaben, Kritik kommt von den Verbänden.

Der neue Gesetzentwurf zum Energiesammelgesetz sieht die im Koalitionsvertrag vorgesehene Sonderausschreibung für Windenergie an Land und Photovoltaik vor. Es werden aber auch weitreichende Änderungen am KWK-Gesetz und am EEG vorgenommen. Ziel der Koalition ist es, das Energiesammelgesetz bis zum Ende des Jahres zu verabschieden.

## Zahlreiche Maßnahmen

Im Energiesammelgesetz sind zahlreiche Maßnahmen integriert. Die Sonderausschreibungen in Höhe von 4 GW je Technologie für Wind (Land) und PV erfolgen zusätzlich zur laufenden Ausschreibung von 2019 bis 2021. Mit dem Netzausbeschleunigungsgesetz (NABEG) wird der Netzausbau forciert. Bei der Windenergie wird die bedarfsgerechte Nachkennzeichnung eingeführt, die das nächtliche Dauerblinker beendet. Bei der Photovoltaik ändert sich für PV-Anlagen bis 40 kW nichts, für Neuanlagen im Segment 40 bis 750 kW wird die EEG-Förderung um bis zu 20 Prozent deutlich reduziert.

Die EEG-Privilegierung (40 % EEG-Umlage) für KWK-Neuanlagen gilt wieder für fast alle Anlagen (98 %), und zwar rückwirkend zum 1. Januar 2018. Des Weiteren wird ein neuer Anlagenbegriff eingeführt, der die teilweise Modernisierung größerer Dampfsammelschienen KWK ermöglicht. Auch wird eine Übergangsregelung für PV- und KWK-Anlagen geschaffen, die ab jetzt gekauft werden.

Damit wird verhindert, dass Anlagen, die nun erworben werden, aufgrund von EU-Recht ab April 2019 auf den neuen Standard nachgerüstet und neu zertifiziert werden müssen. Letztendlich wird die an die beihilferechtlichen Genehmigungen angepasste Kapazitätsreserve nun zum 1. Oktober 2020 eingeführt.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt, dass der parlamentarische Prozess endlich gestartet wird. Es sei gut, dass die im Koalitionsvertrag beschlossenen Sonderausschreibungen für Windenergie an Land und Photovoltaik (PV) auf den Weg gebracht werden. Bei den Vorschlägen zu der Energieeffizienz-Technologie Kraft-Wär-

me-Kopplung (KWK), die wesentlich für die Wärmewende und damit für die deutschen Klimaziele ist, gehen laut VKU zahlreiche Vorschläge jedoch in die falsche Richtung. Im Wärmesektor entstehen rund ein Drittel aller energiebedingten Emissionen. Ziel muss daher sein, die Wärmeversorgung schrittweise auf erneuerbare und emissionsarme Quellen umzustellen.

## KWK als zentrales Element

Die KWK sei dafür das zentrale Instrument – insbesondere in den Städten sei sie die einzige Möglichkeit erneuerbare Wärme im großen Stil einzuspeisen. Doch einige im Entwurf vorgesehene Änderungen würden die Klimaschutztechnologie hemmen anstatt sie zu fördern, so der VKU. Dem Klimaschutz werde ein Bärendienst erwiesen. Der Verband plädiert für den Dreiklang „Bestandsanlagen angemessen fördern, Umrüstung von Kohle auf Gas anreizen und Perspektiven für den Zubau schaffen“.

„Es ist gut, dass das lang überfällige Energiesammelgesetz nun endlich aufs parlamentarische Gleis gesetzt wurde. Allerdings verschenkt der Kabinet-

Kraft-Wärme-Kopplung viel Energie-Potenzial“, hob auch der DVGW-Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Gerald Linke hervor. So sollte dem steigenden Anteil erneuerbarer Gase im Gasnetz auch bei der Förderung von KWK-Anlagen Rechnung getragen werden. Die geplante Nicht-Anrechenbarkeit der Mitverbrennung erneuerbarer Gase in KWK-Anlagen auf den zur Eigennutzung erzeugten Strom sende dabei ein völlig falsches politisches Signal aus. Das Mitverbrennen erneuerbarer Gase dürfe nicht behindert, sondern müsse explizit angereizt werden, um auch den Wärmesektor weiter zu defossilisieren.

Gleichzeitig sollte die Nutzung grüner Gase aus Power-to-Gas-Anlagen im Erneuerbare-Energien-Gesetz durch den zeitlich begrenzten Teil-Wegfall der EEG-Umlage angereizt werden. Dadurch könnten die notwendigen Skaleneffekte in der Kostendegression für diese zentrale Energiewende-Technologie erreicht werden. „Zudem schlagen wir vor, den Anteil erneuerbarer Gase im Gassystem etwa durch eine verpflichtende Mindestquote für erneuerbare Gase oder einen CO2-Preis zu steigern“, betonte Linke.

## Warnung vor Kollateralschaden

Der Ökostromanbieter Naturstrom AG warnt seinerseits vor einem Kollateralschaden des Energiesammelgesetzes. Die vorgesehenen Kürzungen wären für Mieterstrom ein schwerer Schlag ins Kontor, noch bevor der Markt richtig Fahrt aufgenommen hat, erklärte Dr. Tim Meyer, Vorstand der Naturstrom AG. „Das kann nicht im Sinne der Bundesregierung sein und konterkariert alle Bestrebungen, den Photovoltaikzubaum nachhaltig zu stärken und die Energiewende in die Innenstädte zu bringen.“

Neben der Kritik an den geplanten Anpassungen des Mieterstrommodells fordert Robert Busch, Geschäftsführer des Bundesverbandes Neue Energiewirtschaft (BNE), eine Reform des EEG: Grundsätzlich sei es an der Zeit, andere Investitionsmodelle jenseits des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu erarbeiten.

## Weiterentwicklung des EEG

„Damit die erneuerbaren Energien mittelfristig in einen selbsttragenden Markt kommen, muss das EEG zu einem über die Nachfrage funktionierenden marktaffinen System mit wettbewerblich ermittelten Preisen weiterentwickelt werden. Treiber dieser Nachfrage werden die dezentrale Versorgung sowie die Sektoren Wärme und Mobilität sein, die eine Sogwirkung aus dem Markt erzeugen“, erläuterte Busch. Um das Regierungsziel 65 Prozent Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 zu erreichen, müssten das bisherige Ausbautempo noch erheblich gesteigert und die Potenziale jenseits des EEGs freigesetzt werden, forderte Busch.

Im Ergebnis bestehe nun zwar für Windenergie an Land und Photovoltaik-Freiflächenanlagen zumindest bis zum Jahr 2021 eine gewisse Planungssicherheit, aber die mittel- bis langfristige Planung werde weiter herausgeschoben, urteilte Dr. Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE). „Leider wurde die Umsetzung des 65-Prozent-Ziels für Erneuerbare Energien für das Jahr 2030 vertagt, so dass es unklar bleibt, wie die Ausbaupfade für Erneuerbare Energien konkret aussehen sollen“, kritisierte Peter. Das Erreichen der Klimaschutzziele ohne deutlich höhere Ausbaumolumina der Erneuerbaren Energien sei undenkbar. **DK**

# Wieder mehr Strom in Bayern

Anstiege bei erneuerbaren Energien und Erdgas lassen die bayerische Stromerzeugung erstmals seit 2012 wieder wachsen

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, erreichte die gesamte bayerische Stromerzeugung 2017 einen Wert von 84.694 GWh (Gigawattstunden), 3,9 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Erstmals seit 2012 hat damit die Stromerzeugung in Bayern wieder zugenommen.

Erdgas steigerte seinen Anteil auf nun 13,0 Prozent an der bayerischen Stromerzeugung, der Anteil der Steinkohlen sank leicht auf 4,5 Prozent. Der Ausbau der erneuerbaren Energien führte zu einem Anstieg der Bruttostromerzeugung in diesem Bereich um 5,7 Prozent im Jahresvergleich. Ursächlich hierfür waren vor allem die Zuwächse bei der Windkraft (+1.302 GWh) und der Photovoltaik (+482 GWh). Die Erzeugung aus Wasserkraft blieb hingegen konstant. In Summe erreichten die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 44,1 Prozent an der bayerischen Stromerzeugung im Jahr 2017 einen neuen Rekordwert.

Im Berichtsjahr 2017 wurden nach vorläufigen Ergebnissen des Bayerischen Landesamts für Statistik in Bayern insgesamt 84.694 GWh Strom erzeugt und damit 3,9 Prozent mehr als im Jahr 2016, was in erster Linie auf den Anstieg bei den erneuerbaren Energieträgern zurückgeführt werden kann. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erreichte mit 37.324 GWh (+5,7 Prozent) einen Anteil von 44,1 Prozent, und damit den Spitzenplatz, an der Gesamtstromerzeugung im Berichtsjahr 2017.

Aus Kernenergie wurden in der Berichtsperiode 31.143 GWh Strom erzeugt, 0,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Während die Kernenergie im bayerischen Stromerzeugungsmix 2016 einen Anteil von 38,5 Prozent erreichte, waren es im Jahr 2017 nur noch 36,8 Prozent.

Die Stromerzeugung aus Steinkohlen sank um 4,7 Prozent auf 3.819 GWh. Dies entsprach einem

Anteil von 4,5 Prozent im bayerischen Strommix. Braunkohlen kamen im bayerischen Kraftwerkspark nicht zum Einsatz, wenn gleich deutschlandweit die Braunkohle der wichtigste Energieträger bei der Stromerzeugung ist. Die Stromerzeugung aus Erdgas stieg um 17,9 Prozent von 9.326 GWh auf 10.993 GWh im Berichtsjahr 2017. Einschließlich Kernenergie, Heizöl und sonstigen (nicht erneuerbaren) Energieträgern vereinten die konventionellen Energieträger rund 56 Prozent der Stromerzeugung auf sich.

## Wasserkraft als wichtigste regenerative Energiequelle

Wichtigste regenerative Energiequelle war auch im aktuellen Berichtszeitraum die traditionell in Bayern starke Wasserkraft (12.160 GWh), vor der Photovoltaik (11.247 GWh). Die Photovoltaik verzeichnete einen Anstieg bei der Bruttostromerzeugung um 4,5 Prozent. Zuwächse konnten auch bei den anderen erneuerbaren Energieträgern beobachtet werden, so z.B. bei der Windkraft (+1.302 GWh) und der Biomasse (+220 GWh).

Die Windkraft, bei der Bayern geo- und topographische Nachteile im Vergleich zur Mitte und zum Norden Deutschlands hat, stieg um 40,2 Prozent, blieb aber in absoluten Werten (4.537 GWh) von eher untergeordneter Bedeutung. Die Stromerzeugung aus Biomasse, zu der feste und flüssige biogene Stoffe, Biogas, Klärschlamm und biogene Abfälle gerechnet werden, konnte um 2,5 Prozent auf 8.946 GWh erhöht werden. **□**

# Sicherung der europäischen Stromversorgung

Gemeinsamer Appell von zehn Verbänden der europäischen Energiewirtschaft

Zehn nationale Verbände der Energiewirtschaft in Europa haben in Berlin einen gemeinsamen Appell zur Sicherung der europäischen Stromversorgung verabschiedet.

Die gemeinsame Erklärung wurde im Rahmen der BDEW-Konferenz „Gesicherte Leistung in Europa“ unterzeichnet, auf der u. a. Dominique Ristori, Generaldirektor der Europäischen Kommission, Kristian Ruby, EURELECTRIC-Generalsekretär, Rainer Joswig, Vizepräsident des europäischen Übertragungsnetzbetreiber-Verbands ENTSO-E, sowie Tuomo Hatakka, Vorsitzender der Geschäftsführung der Vattenfall GmbH und Rolf-Martin Schmitz, Vorsitzender des Vorstands der RWE AG, sprachen.

„Die Veranstaltung mit unseren europäischen Partner-Verbänden hat bestätigt: Mit Blick auf die Energiewende können wir in Deutschland im kommenden Jahrzehnt nicht allein auf gesicherte Kraftwerksleistung unserer europäischen Nachbarländer bauen. Vielmehr müssen wir bei einer rascheren Reduzierung der Kohleverstromung selbst für neue, energiewende-kompatible gesicherte Leistung sorgen. Deshalb muss das Gesetz zur Kraft-Wärme-Kopplung verlängert werden, deshalb müssen endlich attraktive Bedingungen für den Bau und Betrieb von Energiespeichern und für Demand Side Management geschaffen werden“, so Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung.

In der Erklärung konstatieren die Verbände eine in vielen europäischen Ländern parallel laufende Entwicklung: Während die Strom-

erzeugungskapazitäten auf Basis erneuerbarer Energien immer weiter ausgebaut werden, verringert sich in vielen Staaten die zur Verfügung stehende gesicherte Leistung: Immer mehr Gas- und Kohlekraftwerke, die – abgesehen von geringen Ausfallzeiten – jederzeit und wetterunabhängig Strom erzeugen können, gehen vom Netz.

Dieser Trend werde sich verstärken, da die derzeitigen Marktbedingungen z. B. den Bau neuer Kraftwerke oder Speicheranlagen nicht zuließen, so die Verbände. Werde dieser Entwicklung nicht entgegengewirkt, sei in nur wenigen Jahren die bisher praktizierte Solidarität zwischen den Ländern bei der Überwindung beispielsweise von Netzengpässen gefährdet, da es dann etwa an geeigneten Kraftwerks- oder Speicherkapazitäten mangeln werde.

Die Verbände bekennen sich zu den europäischen Klimaschutzzielen. Versorgungssicherheit in Europa könne nur im Zuge der Weiterentwicklung eines für die Energiewende geeigneten integrierten europäischen Energiemarktes wirksam gewährleistet werden. Erforderlich sei auch die enge Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten und Drittländer, die Teil des Verbundnetzes Kontinentaleuropas oder von mit Kontinentaleuropa verbundenen Netzgebieten sind. Vereinbart wurde zudem ein kontinuierlicher Austausch der Verbände. **□**

# KWKG-Förderung läuft aus – was nun?

Umstellung auf Biomethan rechnet sich für ältere BHKW durch EEG-Leistungsübertragung

Betreiber von älteren Blockheizkraftwerken, die bisher mit Erdgas betrieben wurden, stehen häufig vor folgendem Problem: Die Förderung nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) läuft aus. Mangels Alternativen werden technisch einwandfreie Motoren ausgetauscht oder ohne Förderung betrieben. Eine sinnvolle und wirtschaftliche Alternative dazu bietet das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG): Damit eine Anschlusslösung für das BHKW möglich ist, gibt es die gesetzlich verankerte Option zur sogenannten Leistungsübertragung.

Alexander Grad, Vertriebsexperte bei der bmp greengas GmbH, weiß: „Das macht den Einsatz von umweltfreundlichem Biomethan für ältere Blockheizkraftwerke noch über Jahre hinweg wirtschaftlich. Diese Möglichkeit und die im Hinblick auf die Förderung ideale Ausgestaltung solcher Projekte wird allerdings nur selten betrachtet, denn sie ist nur wenigen Betreibern bekannt.“

## Gute Förderkonditionen bleiben länger erhalten

Ein relativ altes Blockheizkraftwerk, das mit Biomethan nach EEG 2009 oder 2012 betrieben wird, kann diese guten Konditionen unter bestimmten Voraussetzungen auf ein anderes Blockheizkraftwerk übertragen, wenn es selbst den Betrieb einstellt. „Das kommt vor, wenn sich bei-

spielsweise eine Investition zum Erhalt einer alten EEG-Anlage für eine zu geringe Restlaufzeit nicht mehr lohnt“, erklärt Alexander Grad. „Das Tolle ist: Wenn diese guten Förderkonditionen auf ein BHKW übertragen werden, welches vor dem 01.08.2014 in Betrieb gegangen ist, dann geht es nicht nur um die geringe Restlaufzeit der Förderung des abgebenden BHKW. Die 20-jährige EEG-Förderung gilt ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme des empfangenden BHKW, wenn es fortan Biomethan einsetzt.“

Auch für Standorte, an denen bis dato noch kein BHKW betrieben wurde, bietet die EEG-Leistungsübertragung einen Weg, langfristig attraktive Wärmepreise zu realisieren: Ein vor dem 01.08.2014 in Betrieb genommenes Erdgas-BHKW kann an einen neuen Standort versetzt und

dort durch eine Leistungsübertragung zur Alt-EEG-Anlage gemacht werden.

Die Stadtwerke Amberg Versorgungs GmbH hat jüngst von der Möglichkeit der Leistungsübertragung profitiert. Ihr Blockheizkraftwerk ging 2011 mit Erdgas in Betrieb und wurde bis Mitte 2018 nach KWKG gefördert. Gemäß der Leistungsübertragung nach EEG 2017 kann dort jetzt bis 2031 die Förderung nach EEG 2009 in Anspruch genommen werden. „Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz haben im Verlauf der vergangenen Jahre einen hohen Stellenwert eingenommen. Diese Möglichkeit der Leistungsübertragung ist für uns also ideal“, erklärt Thomas Reiß, Leiter „Energiebeschaffung & Vertrieb“ der Stadtwerke Amberg. „Mit der Leistungsübertragung und Förderoptimierung des BHKW-Betriebs mit Biomethan haben wir jetzt die wirtschaftlichste Lösung für unsere Wärmeerzeugung gefunden.“

## Biomethan im BHKW bleibt wirtschaftlich

Die bmp greengas GmbH kennt als einer der größten Vermarkter von Biomethan viele Betreiber von Blockheizkraftwerken. „Daher sind wir in der Lage, diejenigen zusammen zu bringen, die durch die Leistungsübertragung profitieren“, so Alexander Grad. „Durch unsere guten Kontakte zu vielen BHKW-Betreibern – eben auch zu denen, die den Betrieb einstellen – können wir eine Leistungsübertragung für jene ermöglichen, die die genannten Voraussetzungen erfüllen.“ Der Grundgedanke, der dahinter steckt ist einen Mindestbestand an mit Biomethan betriebenen Blockheizkraftwerken zu erhalten. „Das trägt dazu bei, den CO2-Ausstoß weiter zu verringern und nachhaltige Lösungen am Markt zu halten“, so Grad. „Wir wollen dazu beitragen, denen, die sie nutzen können, diese Möglichkeit aufzuzeigen und so diesen Grundgedanken zu unterstützen.“ **□**

BDEW-Zahl der Woche:

# 30 Millionen Tonnen CO2 ...

... ließen sich einsparen, wenn veraltete Heiztechnik durch moderne Gas-Brennwertkessel ausgetauscht würden

Das Durchschnittsalter von Heizungen in Deutschland liegt in Mehrfamilienhäusern bei über 20 Jahren – rund ein Drittel wurde sogar vor 1990 eingebaut. Würde man diese veraltete Heiztechnik durch moderne Gas-Brennwertkessel ersetzen, ließen sich auf einen Schlag 30 Millionen Tonnen CO2 einsparen.

Damit wären schon zwei Drittel der CO2-Reduktionsvorgaben des Klimaschutzplans der Bundesregierung für den Gebäudesektor erreicht: Er sieht vor, dass bis 2030 im Wärmesektor 47 Millionen Tonnen CO2 reduziert werden.

Die staatlichen Förderprogramme, beispielsweise der KfW oder des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), bieten Verbrauchern finanzielle An-

reize beim Umstieg auf effiziente Heizungstechnologien. Das schont den Geldbeutel und das Klima. Schon heute lassen sich moderne Gasheizungen ohne technische Umstellung auch mit grünen Gasen, wie Biomethan, betreiben. So können Verbraucher das Potential moderner Gas-technik auf Erneuerbaren Basis weit über 2030 hinaus ausschöpfen und einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten. **□**



# Verleihung des Bayerischen Energiepreises 2018

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat in Nürnberg den Bayerischen Energiepreis 2018 überreicht: „Die Energiewende gelingt nur durch eine effiziente Energieverwendung. Wir brauchen neue Ideen, wie wir die Energienutzung intelligent steuern. Wettbewerbe wie der Bayerische Energiepreis fördern die Entwicklung der Technologien, die wir dafür brauchen“, betonte Aiwanger.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium zeichnet alle zwei Jahre herausragende Leistungen für eine effiziente Energiegewinnung und -nutzung aus. Die hohe Resonanz von 168 eingereichten Bewerbungen zeigt das starke Interesse bei Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Organisationen. Zum elften Mal wählte eine unabhängige Jury mit ausgewiesenen Energieexperten die Preisträger aus. „Wir wollen ein effizientes und nachhaltiges Energiesystem aus und für Bayern. Auch in diesem Jahr beweisen die Preisträger, dass bayerische Unternehmen und Forschungseinrichtungen hierfür hervorragend aufgestellt sind“, so Aiwanger.

Den Bayerischen Energiepreis 2018 erhält die Unterfränkische Überlandzentrale eG (ÜZ Mainfranken) für das Projekt „ÜZ – Erneuerbarer Energie einen Wert geben!“. An das Netz der Energiegenossenschaft ÜZ Mainfranken

sind über 6.350 Anlagen angeschlossen, die Strom aus erneuerbaren Energien produzieren. Gemeinsam mit Kommunen entwickelt die ÜZ Mainfranken die wärmetechnische Erschließung von Neubaugebieten, die Nutzung der oberflächennahen Geothermie mit Erdsonden und den Einsatz von Wärmepumpen mit kombinierten Speichern. Das Gesamtkonzept verbindet Strom und Wärme und vermeidet, zu viel Strom zu produzieren. Dazu stellt die ÜZ Mainfranken die Wärmequelle schlüsselfertig bereit.

## Energie Start-up Bayern 2018

Neben dem Hauptpreis vergab das Ministerium weitere Preise in sieben Kategorien. Seit 1999 konnten 113 Preisträger ausgezeichnet werden. Der Bayerische Energiepreis wird seit seiner Einführung von der Bayern Innovativ GmbH organisiert.

Ergänzend zum Bayerischen Energiepreis 2018 wird der Gewinner des Wettbewerbs „Energie Start-up Bayern 2018“ prämiert. Start-ups aus dem Energiebereich konnten sich am 18. Oktober 2018 in einem Pitch Contest beweisen. Aus den besten drei Unternehmensgründungen wählte das Publikum vor Ort den Gesamtsieger. Die drei Unternehmen sind:

- ChargeX, München, mit einem modularen Ladesystem für Elektroautos,
- ENER-IQ, Würzburg und Hamburg, zur Digitalisierung des Heizungskellers und
- Turbonik, Markt Bissingen und Dortmund, mit der Entwicklung einer Mikro-Dampfturbine zur Eigenstromerzeugung.

Die weiteren Preisträger in den jeweiligen Kategorien sind:

- Ponnath DIE MEISTERMETZGER GmbH (aus Kemnath) mit dem Projekt „Hocheffizienter KWKK-Systemverbund mit Kälte- und Dampferzeugung“ in der Kategorie Energieeffizienz in industriellen Prozessen und Produktion sowie Energieeffizienznetzwerke.
- LEW Verteilnetz GmbH (aus Augsburg) mit dem Projekt „LINDA - Lokale Inselnetzversorgung



Die Energiepreisträger 2018, die Gewinner und Partner des „Energie Start-up Bayern 2018“ mit Minister Hubert Aiwanger, MDirig. Rudolf Escheu und Dr. Rainer Seßner, Geschäftsführer der Bayern Innovativ GmbH.

Bild: S. Wawarta

und beschleunigter Netzwiederaufbau mit dezentralen Erzeugungsanlagen bei großflächigen Stromausfällen“ in der Kategorie Energieerzeugung – Strom, Wärme. LINDA wurde unter Federführung der LEW Verteilnetz GmbH mit sieben Partnern aus Wissenschaft (Hochschule Augsburg, Technische Universität München) und Industrie (Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW), Stellba Hydro GmbH & Co KG, Marquis Automatisierungstechnik GmbH, MTU Onsite Energy GmbH, PSI Software AG) entwickelt und umgesetzt.

- Stadtwerk Haßfurt GmbH zusammen mit Greenpeace Energy (aus Hamburg) mit dem Projekt „Power-to-Gas im Praxisbetrieb“ in der Kategorie Energieverteilung und -speicherung.
- Joseph-Stiftung Kirchliches

Wohnungsunternehmen (aus Bamberg) zusammen mit den Architekten Deppisch und dem Ingenieurbüro M. Vogt GmbH (beide aus Freising) mit dem Projekt „e% - Energieeffizienter Wohnungsbau in Ansbach“ in der Kategorie Gebäude als Energiesystem/Gebäudekonzept.

- Landkreis Berchtesgadener Land mit dem Projekt „Energienutzungsplan Berchtesgadener Land“ in der Kategorie Kommunale Energiekonzepte.
- Hochbauamt Stadt Nürnberg/Kommunales Energiemanagement, Nürnberg und das Institut für Pädagogik und Schulpsychologie/Umweltstation (aus Nürnberg) mit dem Projekt „Das Energiesparprogramm KEiM (Keep Energy in Mind) an Nürnberger Schulen“ sowie die Industrie- und Handelskammer für München und

Oberbayern mit dem Projekt „Qualifizierung von Auszubildenden zu Energie-Scouts“ in der Kategorie Initiativen/Bildungsprojekte.

- Dr. Florian Samweber mit seiner Dissertation „Systematischer Vergleich Netzoptimierender Maßnahmen zur Integration elektrischer Wärmeerzeuger und Fahrzeuge in Niederspannungsnetze“ in der Kategorie Energieforschung – Nachwuchsförderpreis.

Bayern Innovativ ist die Gesellschaft für Innovation, Technologie- und Wissenstransfer in Bayern. Sie unterstützt Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft in allen Stufen der Wertschöpfungskette mit maßgeschneiderten Dienstleistungen, um die Innovationsdynamik zu erhöhen. Bayern Innovativ agiert dabei an den Schnittstellen unterschiedlichster Branchen und Technologien. □

## Milliarden-Investition für die Energieversorgung von morgen:

# Das Bayernwerk macht seine Netze fit

Regensburg (obx). Das Bayernwerk hat in den vergangenen zwei Jahren rund eine Milliarde Euro in seine Netze im Freistaat investiert. Jetzt hat Bayerns größter Netzbetreiber den 10-Jahres-Investitionsplan für die Erweiterung und Verstärkung des 110 kV-Netzes vorgestellt - mit einem Budget von rund 180 Millionen Euro.

Notwendig wurden diese Ausgaben durch grundlegende Veränderungen in den Versorgungsstrukturen resultierend aus der Energiewende. Die Netzoptimierung soll trotz der Dezentralisierung der Stromerzeugung die Versorgungssicherheit der rund sieben Millionen Stromkunden auf Hoch-, Mittel- und Niederspannungsebene sicherstellen. Eine besondere Herausforderung für Bayerns größten Netzbetreiber stellt die Optimierung des 110 kV-Leitungsnetzes dar, das mit Ab-

schaltung der Großkraftwerke immer mehr zum Rückgrat der landesweiten Stromversorgung wird.

## Hoher Investitionsbedarf

Der Investitionsbedarf für die Optimierung des 110-kV-Netzes in den nächsten zehn Jahren wird bei rund 180 Millionen Euro liegen, schätzt Pressesprecher Maximilian Zängl. „Markenzeichen“ des 110-kV-Netzes sind die markanten „Hochspannungsmasten“. Es sorgt für die Grobverteilung großer

Strommengen in die Mittelspannungsnetze, aus denen dann lokale Verteiler die elektrische Energie in Ortsnetze oder beispielsweise an Stadtwerke verteilen.

Seitdem mittlerweile 270.000 regenerative Wind-, Sonnen- und sonstige Regenerativ-Kraftwerke - stark schwankend - die Leistung von bis zu zehn Großkraftwerken ins Bayernwerk-Netz speisen, werden vor allem die Anforderungen an die Regelsysteme des 110-kV-Netzes immer höher. Das erfordert die Verstärkung der vorhandenen und auch den Bau von insgesamt rund 425 zusätzlichen Stromkreiskilometern, um beispielsweise neue Umspannwerke zur Spannungsstabilisierung in den Mittelspannungsnetzen einzubinden. Zu den kostenintensivsten Projekten im 10-Jahres-Netzausbauplan zählen dabei u.a. der Neubau von Umspannwerken in Kleinschwabhausen (Kreis Dachau), in Bachl (Kreis Deggen-dorf) und Tann (Kreis Rottal-Inn) mit Projektkosten von knapp 33 Millionen Euro im Hochspannungsnetz.

Kostenaufwendig werden auch die Modernisierung der 110-kV-Leitungen von Sünching (Kreis Regensburg) nach Straubing und von Aichach nach Kothau (Kreis Ingolstadt) mit zusammen rund 5,6 Millionen Euro, die Kapazitätserweiterungen des Netzes im Raum Oberbachern (Kreis Dachau) und Aichach, mit teilweise Ersatzneubau von Freileitungen mit Investitionen von 10,4 Millionen Euro und der Neubau der 110 kV-Leitung von Weiden (Oberpfalz) nach Forst (Kreis Amberg-Weiden) mit 3,3 Millionen Euro.

Eine besondere Herausforderung in den nächsten Jahren ist überdies die Modernisierung des 110-kV-Netzes im Raum Würzburg/Schweinfurt im Umfeld des früheren Kernkraftwerks Grafenrheinfeld für insgesamt rund 22 Millionen Euro. 17 Millionen Euro kostet zudem der Neubau der rund 40 Kilometer langen 110-kV-Leitung zwischen Trennfeld (Kreis Main-Spessart) und Aschaffenburg.

„Der Gesamtaufwand für die in den kommenden zehn Jahre geplanten Verstärkungs- und Neubauprojekte allein im 110 kV-Bereich wird sich damit auf voraussichtlich 182 Millionen Euro summieren“, sagt Zängl. □

## Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft:

# Weiteren Anstieg des Strompreises schnell stoppen

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. fordert wirksame Maßnahmen gegen einen weiteren Strompreisanstieg. Deutsche Unternehmen zahlen europaweit nicht nur einen der höchsten Strompreise, sondern sind aufgrund des Nebeneinanders von europäischem Emissionshandel und nationalen Instrumenten, wie die EEG-Umlage, mit Doppelbelastungen konfrontiert.

„Der leichte Rückgang der EEG-Umlage ist keine Trendwende, sondern resultiert aus dem gestiegenen Börsenstrompreis. Ursache hierfür sind gestiegene Preise für Öl, Kohle und Gas. Das EEG und die weiteren staatlich veranlassten Kosten führen zu weiter steigenden Strompreisen und machen bereits heute mehr als die Hälfte des Strompreises aus. Das gefährdet die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts“, so vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brosardt. Sollte es zu einem vorgezogenen Ausstieg aus der Kohleverstromung kommen, wäre ein weiterer Preisanstieg die Folge.

Die vbw mahnt, dass der Strompreis dringend auf die Agenda der Bundesregierung gehört. „Die Regierung kann den Preisanstieg schnell stoppen, indem sie die Stromsteuer auf das Mindestniveau reduziert und die EEG-Umlage über einen Streckungsfonds deckelt. Eine Finanzierung der EEG-Umlage durch neue Steuern oder Abgaben auf andere Energieträger wäre dagegen der falsche Weg. Was wir brauchen, ist

nicht eine bloße Verschiebung der Kosten, sondern eine echte Kostenwende“, mahnt Brosardt. Die vbw fordert, dass die Bundesregierung umgehend ein in sich schlüssiges energiewirtschaftliches Gesamtkonzept vorlegt, das ehrlich die Kosten nennt.

## Für schlüssiges Gesamtkonzept

Neben der EEG-Umlage belasten auch die Netzentgelte zunehmend den Strompreis. Da der Leiturausbau nicht mit dem Ausbau der Erneuerbaren Schritt halten kann, sind immer mehr teure Maßnahmen zur Netzstabilisierung notwendig.

„Wichtig sind deshalb vor allem drei Dinge: Der Übertragungsnetzausbau muss deutlich beschleunigt werden, der weitere Zubau erneuerbarer Energien darf nur strikt netzsynchron erfolgen und es müssen bessere Anreize für die Nutzung digitaler Technologien im Netz gesetzt werden. Das stärkt nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern trägt auch zu stabileren Strompreisen bei“, so Brosardt. □



# Ihr Partner für die Energiezukunft.

Die Energieversorgung von morgen wird dezentral. Dafür ist das Bayernwerk gerüstet und entwickelt Lösungen für die neue Energiewelt in Bayern: von der Straßenbeleuchtung, über den EnergieMonitor bis zur effizienten Anlage zur Energieerzeugung und -verteilung. Wir sind der fachkundige Partner für Unternehmen, Privatpersonen oder Kommunen. Sprechen Sie uns bitte an, wir beraten Sie gerne!

www.bayernwerk.de

bayernwerk



# European Energy Award für neun bayerische Kommunen

Wildpoldsried mit Goldmedaille ausgezeichnet

Für einen erfolgreichen und konsequenten Klimaschutz arbeiten der Freistaat Bayern und seine Kommunen eng zusammen. Die Kommunen setzen innovative Projekte und Konzepte vor Ort um und treiben so Energieeinsparung und CO<sub>2</sub>-Minderung voran. Das betonte Umweltminister Dr. Marcel Huber bei der Verleihung des European Energy Awards (eea) an neun bayerische Kommunen.

„Der Klimawandel ist nicht zu leugnen. Wir spüren ihn Tag für Tag, besonders nach diesem Rekordsommer und dem trockenen Herbst“, erläuterte Huber. „Nur gemeinsam können wir das Ruder herumreißen und die Erderwärmung bremsen. Klimaschutz beginnt vor Ort. Mit großem Willen und innovativen Projekten gehen die Kommunen im Freistaat jeden Tag mit gutem Beispiel voran. Der European Energy Award soll Anerkennung für das Geleistete und Ansporn für die Zukunft sein.“

Die Gemeinde Wildpoldsried erhält bereits zum zweiten Mal den European Energy Award in Gold. Huber: „Während auf internationaler Ebene noch nachgedacht wird, wird vor Ort bereits gehandelt. Kleine Kommunen zeigen der großen Welt wie's geht. Wildpoldsried ist zu Recht Europas erfolgreichste Kommune. Ich hoffe, das werden ihr schon bald andere nachmachen.“ In Wildpoldsried wird achtmal so viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt, wie Bürger, Gewerbe und Kom-

mune gemeinsam verbrauchen. Und auch die Wärmegewinnung stammt zu 50 Prozent aus erneuerbaren Energien. Auf dieser Basis beteiligt sich Wildpoldsried regelmäßig an internationalen Forschungsprojekten. 80 bis 100 Besuchergruppen studieren hier jedes Jahr die kommunale Energiewende.

Außerdem wurden folgende acht Landkreise, Städte und Gemeinden mit dem eea ausgezeichnet:

Die Gemeinde Stöttwang hat besondere Erfolge im Bereich der kommunalen Liegenschaften vorzuweisen. Seit 2015 gibt es ein kommunales Energiemanagement in allen gemeindlichen Liegenschaften mit Erfassung der Verbrauchsdaten und fortlaufender Optimierung im Betrieb. Zudem wird die Straßenbeleuchtung konsequent auf LED umgestellt, wodurch der Stromverbrauch um 40 Prozent reduziert wird.

## Hoher Anteil an erneuerbaren Energien

Der Markt Buchenberg hat sich insbesondere mit einem Anteil von rund 47 Prozent an erneuerbaren Energien im Strombereich hervorgetan. Zudem stellt er 49 Prozent im Wärmebereich zur Verfügung und versorgt damit mittlerweile über 100 Abnehmer.

Der Markt Bad Grönenbach hat sich vor allem im Bereich der Förderung von energieeffizientem Bauen besonders innovativ gezeigt. Nach einem ausgeklügelten Bonussystem bekommen Bauherren, die effizient gebaut haben oder erneuerbare Energien nutzen, einen Teil des Grundstückskaufpreises von der Gemeinde zurück.

Die Gemeinde Pfronten hat mit einem umfassenden Konzept für einen ganzen Ortsteil überzeugt. Dabei wurden Energiechecks durchgeführt und systematisch die Möglichkeiten künftiger Energieversorgung geprüft. Zudem wird in der Kommune eine Biogasanlage geplant.

Die Stadt Mindelheim verfügt

über ein städtisches Fernwärmenetz, das von zwei mit Bio-Erdgas betriebenen Blockheizkraftwerken gespeist wird. Damit wird neben rund 40 öffentlichen, privaten und gewerblichen Abnehmern insbesondere ein großer Anlagen- und Werkzeugmaschinenhersteller versorgt.

Die Stadt Donauwörth hat sich insbesondere Bürgerinformation und Bürgermotivation auf die Fahnen geschrieben. Seit 2017 gibt es im November die Donauwörther Klimawoche mit Exkursionen, Filmabenden oder Aktionen in Schulen und Kindergärten, die die Bürger über das Thema Klimaschutz informieren.

Die Stadt Sonthofen zeichnet sich als engagierte Radlerstadt aus. Derzeit wird unter breiter Bürgerbeteiligung ein neues Radverkehrskonzept erstellt. Zudem werden Radwege neu gekennzeichnet und neue Stellplätze für Fahrräder gebaut.

## Klimafreundliche Mobilität

Der Landkreis Berchtesgader Land setzt einen besonderen Schwerpunkt auf klimafreundliche Mobilität. Dazu gehören unter anderem mehrere neue Bahnhaltspunkte, kostenlose Radbeförderung in den Zügen oder ein flexibles Rufbussystem in Ergänzung zum ÖPNV.

Unterstützt werden die Kommunen dabei vom Bayerischen Umweltministerium. Der Freistaat Bayern fördert beispielsweise die Teilnahme an Energiemanagementsystemen mit bis zu 30.000 Euro. Derzeit nehmen 30 Kommunen am Zertifizierungsverfahren des European Energy Awards teil. Bereits 15 Mal wurden Kommunen des Freistaats zertifiziert und ausgezeichnet. Das Qualitätsmanagementsystem erfasst, bewertet, steuert und überprüft regelmäßig die Umwelt- und Klimaschutzaktivitäten einer Kommune.

Bevor Marcel Huber die Kommunen ausgezeichnete, wies Professor Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker auf die Bedeutung und Potenziale des nachhaltigen Bauens hin. Unter anderem forderte die Bauingenieurin, die Mitglied des Sachverständigenrats der Bundesregierung ist, die Gemeinde dazu auf, mitunter Bebauungspläne zu ändern, um Hausbesitzern den bestmöglichen Einsatz von Sonnenenergie zu ermöglichen.



Die Vertreter der ausgezeichneten Kommunen mit den Gratulanten. Hintere Reihe von links: Dr. Marcel Huber (damaliger Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz), Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker (Universität Siegen), Michaela Waldmann (1. Bürgermeisterin von Pfronten), Martin Sambale (ezal-Geschäftsführer), Arno Zengerle (1. Bürgermeister von Wildpoldsried), Christian Schlegel (1. Bürgermeister von Stöttwang), Dr. Armand Dütz (Geschäftsführer der eea-Bundesgeschäftsstelle), Toni Barth (1. Bürgermeister von Buchenberg). Vordere Reihe von links: Ingrid Fischer (3. Bürgermeisterin von Sonthofen), Rudolf Schaupp (stellvertretender Landrat Landkreis Berchtesgader Land), Jörg Fischer (Bürgermeister von Donauwörth), Dr. Stefan Winter (1. Bürgermeister von Mindelheim), Bernhard Kerler (1. Bürgermeister von Bad Grönenbach).

Bild: eza

## Neue Publikation:

# Energie- und Treibhausgas-Bilanzen in Kommunen

Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz (SK:KK) hat ein Fokuspapier mit dem Titel „Energie- und Treibhausgasbilanzierung für Kommunen“ veröffentlicht. Die im Auftrag des BMU entstandene Publikation bietet eine praxisorientierte Einführung in das Thema und begleitet Kommunen bei der Erstellung der Bilanzen.

Dabei geht sie auf Fragen ein, die sich Verantwortliche in einer Kommune im Entstehungsprozess einer Bilanzierung häufig stellen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den einzelnen Arbeitsschritten, die für eine THG-Bilanzierung notwendig sind: Wie schafft man eine geeignete Arbeitsstruktur? Welche Bilanzierungssystematik gibt es und wie unterscheiden sie sich? Und natürlich: Wie geht es weiter, wenn die Bilanz erfolgreich erstellt wurde? Klimaschutzbeauftragte finden zudem erste Hilfestellungen für die Erhebung von Daten und konkrete Tipps, worauf sie bei der Auswahl einer Bilanzierungs-Software achten sollten.

Eine Energie- und THG-Bilanz gibt an, wie viele Tonnen klimarelevanter Treibhausgase (THG) in einer Kommune jährlich durch den stationären Energieverbrauch und den Verkehr verursacht werden. Zur Erstellung ist eine Sondierung aller relevanten kommunalen Einflussbereiche notwendig. Dies erfordert neben der Datenrecherche auch eine umfassende Bestandsaufnahme und befördert somit die inhaltlichen Diskussionen zum Klimaschutz in Ihrer Kommune. THG-Bilanzen bieten zudem die Grundlage für ein Controlling Ihrer kommunalen Klimaschutzstrategie und machen Erfolge sichtbar. Auch können sie genutzt werden, um den Stand des Klimaschutzengagements verschiedener Kommunen miteinander zu vergleichen (sog. Benchmarking).

Eine THG-Bilanz ist folglich ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Klimaschutzarbeit und wird für ein Klimaschutzkonzept im Rahmen der Kommunalrichtlinie ebenso vorausgesetzt wie beispielsweise für die Teilnahme am europäischen Konvent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Die Basis jeder THG-Bilanz ist eine funktionierende Arbeitsstruktur. Sind Arbeitsstruktur und grundlegende Fragen geklärt, kann mit der Datenerhebung begonnen werden. Nun gilt es, die erhobenen Daten in die THG-Bilanzierungssoftware oder ein anderes geeignetes Berechnungs-Tool einzugeben, um die Bilanz zu erstellen. Dokumentiert werden sollen Informationen zur Datengüte, statistische Phänomene, mögliche Unschärfen, besondere Fragestellungen und

potenzielle Diskussionspunkte.

Ist die Energie- und THG-Bilanz erstellt, sollten die Ergebnisse bewertet und interpretiert werden. Die Auswertung der THG-Bilanz identifiziert relevante kommunale Handlungsfelder mit besonderen THG-Einsparpotenzialen und ermöglicht eine Priorisierung der Handlungsfelder. Empfohlen wird, die eigene Bilanz mit anderen Kommunen anhand verschiedener Indikatoren („Benchmarks“) zu vergleichen, um die Validität der Ergebnisse zu überprüfen und aufzudecken, wo besondere Einsparpotenziale stecken bzw. wo die Kommune bereits auf einem guten Weg ist. Auf dieser Basis sind nun geeignete Klimaschutzmaßnahmen zu identifizieren und zu planen. Die erstellte Bilanz ermöglicht es der Kommune darüber hinaus, sich auf verbindliche Klimaschutzziele und ein daran angelegtes Klimaschutzleitbild festzulegen.

Im Anschluss sollte die THG-Bilanz öffentlich präsentiert werden. Dazu sollten Bürger, alle Beteiligten, Kommunalpolitiker und die Presse zu einer Diskussion eingeladen werden. Je verständlicher und lebendiger die Bilanz aufbereitet wird, umso mehr Aufmerksamkeit wird sie in der Öffentlichkeit bekommen. „Die Präsentation der THG-Bilanz ist für Sie die Chance, um auf die Belange des Klimaschutzes in der Kommune hinzuweisen. Sie können die Bürgerinnen und Bürger jetzt für das Thema sensibilisieren und die Akzeptanz für den Klimaschutz stärken“, heißt es in der Handreichung.

Damit die THG-Bilanz nicht nur ein kurzes Schlaglicht auf die THG-Emissionen wirft, sondern die langfristige Entwicklung im Auge behält, sei eine Fortschreibung bedeutsam: „Vernetzen Sie sich mit anderen aktiven Kommunen, denn durch den Austausch von Erfahrungen und Know-how bekommen Sie interessante Impulse für Ihre eigene THG-Bilanzierung, die Identifizierung weiterer Einsparpotenziale und daran anschließende Klimaschutzaktivitäten.“

Das SK:KK empfiehlt, eine einmal erstellte THG-Bilanz in regelmäßigen Abständen – beispielsweise im Abstand von drei bis fünf Jahren – fortzuschreiben. Somit sei die Kommune in der Lage, die Erfolge im Klimaschutz sichtbar zu machen. **DK**

## Energiewende in Bayern:

# Kurs halten in der Energiepolitik!

Bayerische Energiewirtschaft braucht stabile Rahmenbedingungen für die Energiewende

Der Zeitplan zum Ausstieg aus der Kernenergie in Bayern ist unumkehrbar gesetzt. Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW bekennt sich zu diesem und allen weiteren Zielen der Energiewende. Um diese aber unter Aufrechterhaltung des energiepolitischen Zieldreiecks – sichere, preiswerte und umweltfreundliche Versorgung – erreichen zu können, müssen einmal vereinbarte Prämissen, wie der Ausbau der Strom- und Gasnetze, eingehalten werden.

„Wir brauchen stabile Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Energiewende, um unsere auf viele Jahrzehnte angelegten Investitionen mit vertretbaren Kosten für die Energieverbraucher tätigen zu können“, forderte Detlef Fischer, Geschäftsführer des VBEW.

## Ausbau der Gas- und Stromnetze

Grundsatzentscheidungen für die Energieversorgung sind einschneidend und von langfristiger Bedeutung. Egal welche Lösungen gefunden werden, betreffen diese Generationen und haben Auswirkungen auf Natur und Umwelt in Bayern und anderswo.

Daher hat die Bayerische Staatsregierung in den Jahren 2014 und 2015 einen intensiven Energiedialog mit allen an der Energiewende interessierten Institutionen durchgeführt. Im Ergebnis steht insbesondere der anforderungsgerechte Ausbau der Gas- und Stromnetze auf allen Druck- und Spannungsebenen. Das schließt auch den Ausbau des Stromübertragungsnetzes mit dem Bau von zwei Gleichstromtrassen nach Bayern ein.

## Klares Defizit

Der weitere Fortschritt bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf Bundes- und Landesebene hängt insbesondere vom zügigen Netzausbau ab. Bayern kann sich schon heute nicht mehr alleine mit Strom rund um die Uhr versorgen. Mit jedem weiteren Kernkraftwerk, das vom Netz geht, setzt sich diese Entwicklung fort. Es ist davon auszugehen, dass Bayern in einigen Jahren fast die Hälfte seines jährlichen Stromverbrauchs importieren muss. Es wird trotz aller Anstrengungen nicht im Ansatz gelingen, dieses Defizit durch den Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Bayern bedarfsgerecht auszugleichen.

Mit Spannung blickte der VBEW daher auf die Koalitionsverhandlungen zwischen der

CSU und den Freien Wählern. Einmal getroffene Entscheidungen für die Energieversorgung des Landes sollten quasi nicht im Jahresrhythmus immer wieder infrage gestellt werden, hieß es. Das verunsichere die Akteure der Energiewende und sei damit kontraproduktiv für die dringend erforderlichen Investitionen.

Am Ende werde alles teurer als es eigentlich sein müsste, und die Politik setze die Versorgungssicherheit sowie eine erfolgreiche Energiewende aufs Spiel. Das würde unseren Industriestandort gefährden und wäre unverantwortlich für den Klimaschutz!“, machte Fischer deutlich. **□**



## Regionale Kommunen und Energie Südbayern:

# „Informationskreis Energie 2018“

Wie alle Jahre im Herbst fand für die von der Betriebsstelle Pocking betreuten Kommunen der Informationskreis Energie statt. Energie Südbayern (ESB) und ihr Netzbetreiber Energienetze Bayern (ENB) luden die erdgasversorgten Kommunen in den Rottaler Bienenhof nach Pocking. Die Veranstaltung fand unter dem Vorsitz des Passauer Landrats Franz Meyer statt. Geschäftsführer (ESB) Marcus Böske gab Informationen zur Unternehmens- und Branchenentwicklung. Die neuesten Infos zu Wasserbetriebsführungen von Regionalleiter Herbert Schramm (ESB) wurden interessiert verfolgt. Geschäftsführer Michael Schneider (ENB) gab einen Überblick zu Netzinfrastruktur und regionalen Entwicklungen und auch zum Einsatz von Brennstoffzellen. Thomas Bauer von der ESB Wärme berichtete über Quartierslösungen für Kommunen. Anschließend zeigte Tom Weinert von der Bayerischen Polizei die Gefahren beim zu sorglosen Umgang mit den neuen Medien auf, berichtete über Internetkriminalität und die Macht der Hacker.

Unser Bild zeigt die Teilnehmer mit Vorsitzendem Landrat Franz Meyer (1. Reihe Bildmitte) und dem Geschäftsführer der ESB Marcus Böske (rechts daneben). Links die stellvertretende Landrätin von Rottal-Inn, Edeltraud Plattner. **□**







# Projekt LINDA erfolgreich abgeschlossen

LVN und Partner haben wegweisendes Konzept zur Notstromversorgung mit erneuerbaren Energien entwickelt – Feldtests bringen neue Erkenntnisse

Ein langandauernder, großflächiger Stromausfall kann in unserer modernen Gesellschaft gravierende Folgen haben. Besonders die schnelle Wiederversorgung kritischer Infrastrukturen, etwa Krankenhäuser oder Wasserwerke, ist entscheidend. Hier setzt das Projekt LINDA an: Die LEW Verteilnetz GmbH (LVN) und ihre Projektpartner aus Wirtschaft und Wissenschaft haben im Projekt bewiesen, dass dezentrale Erzeugungsanlagen, wie Photovoltaikanlagen, Wasserkraftwerke oder Biogasanlagen, zur Notstromversorgung im Blackout-Fall eingesetzt werden können.

Dafür haben die Projektpartner ein Konzept entwickelt und in den bisher umfangreichsten Inselnetzversuchen in Deutschland erfolgreich in der Praxis getestet: Beim abschließenden Feldversuch waren alle drei Kommunen Niederschönenfeld, Feldheim und Rain mit rund 1.100 Haushalten, 185 Photovoltaikanlagen sowie zwei Wasserkraftwerken und einer Biogasanlage eingebunden. Ein Großteil der Ergebnisse aus den Versuchen ist nun ausgewertet und wurde gestern im Rahmen einer Abschlussveranstaltung vorgestellt.

Das seit November 2015 ent-

wickelte LINDA-Konzept (Lokale Inselnetzversorgung und beschleunigter Netzwiederaufbau mit dezentralen Erzeugungsanlagen bei großflächigen Stromausfällen) dient insbesondere der Notstromversorgung kritischer Infrastrukturen wie Krankenhäuser oder der Wasserversorgung. Diese können mit dem LINDA-Konzept über ein vom regionalen Stromnetz unabhängiges Inselnetz versorgt werden.

Bisher wurden etwa Photovoltaikanlagen für die Notstromversorgung nicht genutzt, da diese Anlagen auf ein bestehendes Netz mit einer stabilen Spannungs- und

Frequenzvorgabe angewiesen sind.

Mit LINDA können solche dezentralen Erzeugungsanlagen nun für die Notstromversorgung erschlossen werden: Ein schwarzstartfähiges Kraftwerk, etwa ein Wasserkraftwerk oder eine Biogasanlage, übernimmt die Rolle des Führungskraftwerks und gibt die Frequenz im Netz vor. In den Feldversuchen hat diese Rolle das Wasserkraftwerk in Feldheim übernommen.

## Erfolgreiche Feldversuche

Nach und nach kann zusätzliche Erzeugungsleistung, etwa von Photovoltaikanlagen, hinzugeschaltet werden. Diese erkennen ein bestehendes Netz und beginnen wie im typischen Verbundbetrieb einzuspeisen. Bis auf eine Anpassung des Führungskraftwerks ist dabei keine technische Nachrüstung nötig. Dadurch lässt sich das Konzept vergleichsweise gut übertragen. Dass das Konzept funktioniert,

hat das Projektteam in den Feldversuchen unter Beweis gestellt. „Weiterführende Untersuchungen haben nun gezeigt, dass auch Gasmotoren, wie sie zum Beispiel in Biogasanlagen zum Einsatz kommen, für die Rolle des Führungskraftwerks geeignet sind“, sagt Dr. Georg Kerber, Projektleiter bei LVN.

## Last und Erzeugung im Gleichgewicht

Um das Inselnetz stabil zu betreiben, müssen Last und Erzeugung jederzeit im Gleichgewicht sein. Dann stellt sich eine Frequenz von 50,2 Hertz im Netz ein. Wird zu viel Strom erzeugt, gerät das Netz in den Bereich der Überfrequenz und wird instabil. Moderne Photovoltaikanlagen drosseln deshalb bei einer Frequenz über 50,2 Hertz ihre Leistung schrittweise.

Dieser Mechanismus wird im LINDA-Konzept genutzt. So kann sie das Inselnetz stabil gehalten werden, ohne dass eine Nachrüstung nötig ist. In das Netz speisen jedoch auch ältere Photovoltaikanlagen ein. Diese schalten bei Überfrequenz ab einem bestimmten Wert vollständig ab. „Wir hatten die Befürchtung, dass wir durch die vielen plötzlichen Abschaltungen in den Bereich der Unterfrequenz geraten“, sagt Kerber. „In den Feldversuchen hat sich jedoch gezeigt, dass sich die PV-Anlagen nicht synchron bei 50,2 Hertz abschalten, sondern sich die Abschaltungen auf einen größeren Frequenzbereich verteilen. Das Verhalten der älteren Anlagen ist damit nicht so kritisch für die Netzstabilität, wie angenommen.“

## Integration in Notfallkonzepte

Während der Feldversuche war zu jeder Zeit ein stabiler Inselnetzbetrieb möglich. Das Projektteam konnte so beweisen, dass dezentrale Erzeugungsanlagen für die Notstromversorgung im Blackout-Fall eingesetzt werden kann. Das LINDA-Konzept wird nun weiterentwickelt und kann in Notfallkonzepte sowie Netzwiederaufbaupläne integriert werden und ergänzt bestehende Strategien zur Wiederherstellung der Stromversorgung bei einem großflächigen Stromausfall.

Anfragen zur Unterstützung bei der Umsetzung des Konzepts in weiteren Kommunen und anderen Netzgebieten liegen bereits vor.

LINDA wurde unter Federführung von LVN mit Partnern aus Wissenschaft (Hochschule Augsburg, Technische Universität München) und Industrie (Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW), Stellba Hydro GmbH & Co KG, Marquis Automatisierungstechnik GmbH, MTU Onsite Energy GmbH, PSI Software AG) entwickelt und umgesetzt. □



V.l.: LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpfer, Peter Mahl, Bürgermeister von Niederschönenfeld, Landrat Stefan Rößle, BEW-Geschäftsführer Prof. Dr. Frank Pöhler, Prof. Dr. Michael Finkel von der Hochschule Augsburg und MdL Wolfgang Fackler freuten sich über den erfolgreichen Projektabschluss. Bild: LEW/Christina Bleier

# Starke Kommunen brauchen Manager

Masterstudiengang Public Management geht in die nächste Runde

Die öffentlichen Verwaltungen stehen vor immer komplexeren Aufgaben – bei gleichzeitig immer knapper werdenden finanziellen und personellen Ressourcen. In den Jahren zwischen 2025 und 2035 werden sich bundesweit die Personen im erwerbsfähigen Alter um 50 Prozent reduzieren. Darauf müssen die Kommunen vorbereitet sein. Die Nachwuchsqualifikation gewinnt daher zunehmend an Bedeutung.

Auch Themen wie der kommunale Finanzausgleich, die Gestaltung und Förderung der Bildungsmaßnahmen sowie neue Richtlinien auf europäischer Ebene stellen Hürden dar, die gemeistert werden wollen. Aus diesem Grund wird künftig verstärkt das Zusammenspiel zwischen Politik, Verwaltung und dem Bürger immer wichtiger. Die Frage nach dem optimalen Maß an Bürgerbeteiligung stellen sich viele kommunale Entscheider.

## Aktive Steuerung

Themen werden nicht mehr nur rein fachlich beurteilt und „abgearbeitet“, sondern brauchen eine aktive, betriebswirtschaftliche Steuerung. Einige Dienstherren gehen bereits mit positivem Beispiel voran und investieren aktiv in ihre Mitarbeiter – etwa im Rahmen des Weiterbildungsstudiums „Master Public Management“, das vom Weiterbildungszentrum der Technischen Hochschule Deggendorf in Kooperation mit der Hochschule für den öffentlichen Dienst Bayern in Hof angeboten wird.

## Fit für die Zukunft

Seit 2010 bilden sich hier am Wochenende Geschäftsleiter, Kämmerer, Fachbereichs- und Abteilungsleiter, Leiter von Kommunalunternehmen und Controller weiter. „Ziel des Studiums ist es, die Studierenden auf ihre zukünftigen Herausforderungen in den öffentlichen

Verwaltungen vorzubereiten und fit zu machen“, erklärt Corina Brunner, Weiterbildungsreferentin am Weiterbildungszentrum der THD.

Nach Abschluss des Studiums sind die Absolventen in der Lage, die Positionierung ihrer Kommunen zu verbessern und komplexe fachliche Problemstellungen eigenständig und in Vertretung für die Amtsleitung zu lösen. Außerdem qualifizieren sich die Teilnehmer mit dem Master für den Aufstieg in die 4. Qualifikationsebene. Aus diesem Grund ist der Studiengang vor allem für Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen interessant, wie z.B. Kämmerer, Geschäftsleiter, Leiter kommunaler Eigenbetriebe sowie Nachwuchsführungskräfte mit einem abgeschlossenen Erststudium (Diplom, Staatsexamen oder Bachelor) und mindestens einjähriger Berufserfahrung.

## Praxisnahe Ausrichtung

„Die praxisnahe Ausrichtung des Studiengangs können wir vor allem dadurch gewährleisten, dass unsere Dozenten selbst zum Großteil aus der Verwaltung kommen und den Studierenden neben wissenschaftlichem Know-how auch Praxisfälle und individuelle Umsetzungsmöglichkeiten mit auf den Weg geben können“, so Brunner weiter.

Der Master richtet sich an Fach- und Führungskräfte in Kommunalverwaltungen, die ein abgeschlossenes Erststudium (Diplom oder Bachelor) und mind. ein Jahr Berufserfahrung haben. Nach Abschluss des Studiums qualifizieren sich die Teilnehmer für den Aufstieg in die 4. Qualifikationsebene und erhalten den Titel „Master of Arts“.

Das Studium dauert vier Semester und findet am Wochenende statt, sodass es parallel zum Job absolviert werden kann. Die Vorlesungen finden an circa zwei Wochenenden im Monat jeweils im Wechsel an der TH Deggendorf und an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern in Hof statt.

Nächster Studienstart ist im März 2019. Am 12. Dezember 2018 um 18:00 Uhr können sich Interessierte kostenlos beim Informationsabend mit Studiengangsleiter Prof. Dr. Konrad Schindlbeck am Weiterbildungszentrum der THD, in Deggendorf, näher informieren. □

Juris Onlineportal:

# Partner der Kommunalverwaltung

Die konsequente Orientierung am Bedarf der Kunden, eine enge Zusammenarbeit mit den höchsten Gerichtsbarkeiten und 1.900 eigenen Autoren und Dokumentaren sowie eine starke übergreifende Allianz mit führenden Rechtsverlagen haben juris zum führenden Onlineportal für Rechtsinformationen in Deutschland gemacht. Das Portal verfügt über eine bis 1879 zurückreichende Sammlung relevanter Entscheidungen.

Mit seinen Informationslösungen unterstützt juris neben Öffentlichen Verwaltungen alle deutschen Gerichte, zahlreiche Kanzleien, Universitäten, Unternehmen, Notare, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Mit einem Klick erhalten Nutzer Zugriff auf mehrere Millionen Dokumente aus allen Rechtsgebieten.

Auf juris.de sind die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, des Bundespatentgerichts und der fünf obersten Bundesgerichte, aller Instanzgerichte in Deutschland sowie des Europäischen Gerichtshofes abrufbar. Zudem können Nutzer über das Rechtsportal sämtliche Normen des Bundes- und Länderrechts, Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder sowie Gesetz- und Verordnungsblätter recherchieren. Hinzu kommen Informationen zum EU-Recht, zu Tarifverträgen sowie weiteren Wirtschaftsthemen.

Weitere zentrale Bestandteile des Angebots sind hunderte juristische Kommentare, Zeitschriften, Arbeitshilfen und Handbücher der jurisAllianz Partner sowie weiterer Verlage. Eigene Produkte wie die „juris PraxisReporte“, die „juris Praxis-Kommentare“ oder „juris - Die Monatszeitschrift“ ergänzen das Onlineangebot.

## Intelligente Datenbank

Die Öffentliche Verwaltung hat besondere Anforderungen an ein Rechtsinformationssystem, das den Mitarbeitern schnell zu den gesuchten Informationen verhilft. Viele Kommunen haben ihr Kosten- und Servicemanagement mit den zielgenauen und intelligenten Suchmöglichkeiten der juris Datenbank bereits erheblich optimiert. Die juris Kommune-Angebote wurden speziell an die Anforderungen der Kommunalverwaltung angepasst.

TECHNISCHE HOCHSCHULE DEGGENDORF THD

Beruf & Studium

## MASTER PUBLIC MANAGEMENT

Führungskräfteausbildung für Ihre Karriere in der öffentlichen Verwaltung

- ▶ Vermittlung von verwaltungsspezifischem Management-Wissen
- ▶ Hoher Praxisbezug - bringen Sie Ihre Themen aus der Praxis ein
- ▶ Gegenseitiger Erfahrungsaustausch
- ▶ Qualifikation für den Aufstieg in die 4. Qualifikationsebene
- ▶ Abschluss: Master of Arts (M.A.)

Start jährlich im März

In Kooperation mit: Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern

WEITERBILDUNGSZENTRUM der THD | www.th-deg.de/weiterbildung | weiterbildung@th-deg.de

## Kommunale Haftung

Der Themenbereich der kommunalen Haftung wird unter Berücksichtigung der aktuellen höchstrichterlichen Rechtsprechung diskutiert – sowohl vor dem Hintergrund aktuell bedeutsamer Haftungsrisiken wie der Verletzung von Europa- oder Wettbewerbsrecht, als auch aus der Perspektive der kommunalen Organe und ihrer Bediensteten (persönliche Haftung von Bürgermeistern, Gemeinderäten, Leitungskräften kommunaler AGs/GmbHs etc.).

Weitere hochkarätige Standardliteratur, etwa zum Kinderschafts-, Familien- und Jugendrecht oder zum 2016 umfassend reformierten Vergaberecht mit der neuen KonzVG und den Neufassungen von GWB und VgV, vervollständigt das breite inhaltliche Spektrum des Online-Moduls, so dass es in der gesamten Kommunalverwaltung eingesetzt werden kann.

Digitalisierte Fachzeitschriften halten die Anwender über aktuelle Trends und Entwicklungen auf dem Laufenden. Anschauliche Beispiele und Übersichten ermöglichen einen schnellen Überblick. Zudem helfen zahlreiche Vertragsmuster, Zeit zu sparen. DK

# KWK-Analyse kostenlos für kommunale Unternehmen

Wie gut läuft meine Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage (KWK-Anlage)? Um diese Frage zu beantworten, muss man sich alle technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Anlage ansehen und detailliert auswerten. Der Münchner KWK- und Wärmespeicherspezialist VK Energie bietet solche Analysen für Betreiber von KWK-Anlagen an. Auf Basis von historischen Daten der Anlage werden Betriebsweisen simuliert und gezeigt, wo Optimierungspotenzial besteht. Um dieses Potenzial anschließend auch zu heben, gibt es konkrete Handlungsempfehlungen.

## Sonderaktion für GZ-Leser

Bis Ende des Jahres bietet VK Energie diese Analyse für Leser der Bayrischen Gemeindezeitung in einer Sonderaktion kostenlos an. Bei Interesse schreiben Sie einfach eine E-Mail an [info@vk-energie.de](mailto:info@vk-energie.de) oder rufen Sie an unter 089-954 570 851. □





Unser Bild zeigt (v.l.) Den Besitzer der Jeita Grotte, Dr. Nabil Haddad, die Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung Prof., Ursula Männle, den stellvertretenden Botschafter Deutschlands im Libanon, Dr. Michael Reuss sowie den bayerischen Kabarettisten Christian Springer.

Bild: Orienthelfer e.V.

Deutsches Rotes Kreuz warnt:

## Zu viele Menschen in Not erhalten keine humanitäre Hilfe

Weltkatastrophenbericht 2018 des Roten Kreuzes

Millionen Menschen in Not erhalten keine oder nur unzureichende humanitäre Hilfe. Das geht aus dem Weltkatastrophenbericht 2018 der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften hervor, der in Genf veröffentlicht wurde und eine Neuorientierung in der humanitären Hilfe fordert. „Lokale Helfer sind oft die einzigen, die Menschen in entlegenen oder unsicheren Gegenden erreichen. Es ist daher wichtig, lokale und vor Ort etablierte Hilfsorganisationen gezielt zu stärken“, sagte der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Christian Reuter. Alleine durch die freiwilligen Helfer und Helferinnen der 191 nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften werden weltweit über 100 Millionen von Katastrophen und Krisen betroffene Menschen im Jahr unterstützt.

Laut Weltkatastrophenbericht werden im Jahr 2018 nach Angaben der UN voraussichtlich weltweit rund 40 Millionen Menschen im Rahmen von internationalen Hilfsmaßnahmen nicht erreicht. Insbesondere in langanhaltenden, oft vergessenen Krisen, fehlt es internationalen Helfern an Zugang zu Menschen in Not oder es stehen zu wenig finanzielle Mittel für die humanitäre Hilfe bereit.

In den vergangenen zehn Jahren sind nach dem Weltkatastrophenbericht weltweit allein 827 Millionen Menschen von

extremer Hitze und Dürren sowie weitere 730 Millionen von Überschwemmungen betroffen worden. „Die Zahlen zeigen, dass wir neue Wege in der Katastrophenvorsorge gehen und mehr als bisher vorausschauend handeln müssen. Denn vor allem klimabedingte Risiken lassen sich inzwischen häufiger vorhersagen“, sagte DRK-Generalsekretär Christian Reuter.

### Forecast-based Financing

Eine Antwort darauf sei das neue Konzept des sogenannten

Forecast-based Financing, der vorhersagebasierten Finanzierung. Dessen Kernelement sei es, dass auf der Basis von Extremwettervorhersagen und definierten Schwellenwerten bereits humanitäre Hilfe geleistet wird, bevor eine Katastrophe eintritt. Dazu gehöre zum Beispiel, Häuser sturmfest zu machen sowie Nahrung und Saatgut vor Unwettern zu sichern oder rechtzeitig Geld für Evakuierungen bereitzustellen, so dass sich Menschen rechtzeitig in Sicherheit bringen können. Solche Pilotprojekte testet das DRK derzeit in Bangladesch, auf den Philippinen, in Vietnam, Mosambik, Uganda, Togo, Ecuador und Peru.

### Mehr Bundesmittel gefordert

Frank Schwabe, menschenrechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion: „In Anbetracht der erschreckenden Zahlen des Weltkatastrophenberichts 2018 muss die internationale Hilfe ausgebaut und verstetigt werden. Der Deutsche Bundestag hat in den vergangenen Jahren die Mittel für die humanitäre Hilfe bereits deutlich erhöht. Das weltweite Leid von Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Naturkatastrophen muss dennoch einen stärkeren Niederschlag im neuen Bundeshaushalt finden und eine stetige und gezielte humanitäre Hilfe ermöglichen.“

### Lokale Hilfsorganisationen gezielt stärken

Das Deutsche Rote Kreuz erklärt, dass zahlreiche Menschen in Not nur durch lokale Helferinnen und Helfer erreicht werden. Daher sei es von enormer Bedeutung, lokale Hilfsorganisationen gezielt zu stärken. Das Internationale Rote Kreuz rechnet in seinem Bericht damit, dass rund 40 Millionen Menschen von internationalen Hilfsmaßnahmen nicht erreicht werden. Der Bericht stellt weiter fest, dass in den vergangenen zehn Jahren weltweit allein 827 Millionen Menschen von extremer Hitze und Dürren sowie weitere 730 Millionen von Überschwemmungen betroffen waren. Daher sei es notwendig, auf der Basis von Extremwettervorhersagen und definierten Schwellenwerten bereits humanitäre Hilfe zu leisten, bevor Katastrophen eintreten.“

Weitere Infos unter <https://media.ifrc.org/ifrc/world-disaster-report-2018/> sowie <https://www.forecast-based-financing.org/>

erschienen im europaticker



Bild: BRK

Rotkreuz-Gesellschaft von Bosnien und Herzegowina:

## Humanitäre Notlage

Seit Anfang des Jahres arbeitet die Rotkreuz-Gesellschaft von Bosnien und Herzegowina (nachfolgend RKBH) unter Extrembedingungen: Über 16.000 Asylsuchende durchquerten seither die neue Balkanroute. Mit dem Ziel, ihren Fluchtweg weiter Richtung Norden antreten zu können, sitzen sie fest.

Nachdem sich die RKBH in einem Hilfeersuchen an das DRK gewandt hat, haben Experten des BRK die Lage in Bosnien beurteilt. „Das Rote Kreuz arbeitet am Limit“, berichtet Günther Geiger, Leiter der internationalen Arbeit des BRK.

Die RKBH bereitet für über 5.800 Flüchtlinge in drei Flüchtlingscamps jeweils drei Mahlzeiten zu, ist für medizinische und psychologische Belange der Asylsuchenden zuständig und steht rund um die Uhr zur Verfügung. Auch die Suchdienstarbeit, also das Zusammenführen verlorengegangener Familienmitglieder, ist eine zeitintensi-

ve Aufgabe. Jedoch ist das RKBH personell nicht der Situation entsprechend ausgestattet.

Inzwischen ist ein Hilfskonvoi mit vier Lastkraftwagen mit insgesamt 11,5 Tonnen Beladung in Bihac, Bosnien angekommen. Unter den Hilfsgütern befinden sich unter anderem Feldkochherde, Betten, Schlafsäcke, Thermophoren, Großküchenu tensilien, Winterjacken, Decken und Zelte.

Spenden an: VR-Bank Handels- und Gewerbebank Augsburg Stichwort: „BRK Internationale Hilfe“

IBAN: DE61 7206 2152 0100 0909 99 / BIC: GENODEF1MTG

Festakt in Beirut:

## 100 Jahre Demokratie in Bayern

Der 100. Jahrestag der Ausrufung des Freistaats Bayern war Anlass für einen außergewöhnlichen Festakt in der libanesischen Hauptstadt Beirut. Unter dem Titel „Die Nacht, in der die Zukunft begann“ feierten zwei bayerische Organisationen, der humanitäre Hilfsverein Orienthelfer e.V., gegründet vom Kabarettisten Christian Springer und die Hanns-Seidel-Stiftung e.V., gemeinsam diesen Jubiläumsabend.

Vor einhundert Jahren, in der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918, wurde in München die Republik ausgerufen. Nach vielen Generationen war die Monarchie in Bayern für immer verschwunden. Der demokratische Freistaat Bayern war entstanden. Gleichzeitig wurden im Nahen Osten willkürliche Grenzen gezogen, die zum Teil heute noch existieren. Bayern und Libanon sind durch viele Bande verknüpft.

### Konkrete Hilfe vor Ort

Es war erklärtes Ziel der Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung, Prof. Ursula Männle, diese Kontakte zu vertiefen und konkrete Hilfe zu leisten. Zum Festakt erschienen in den Festräumen der Jeita Grotto Vertreter aus der Deutschen Botschaft, aus der Libanesischen Politik und Zivilgesellschaft, die deutschen Stiftungen mit Sitz in Beirut und zahlreiche weitere Persönlichkeiten.

In einer launigen Festrede schlug Daniel Gerlach, Chefredakteur der Zeitschrift „Zenith – Zeitschrift für den Orient“, einen weiten Bogen um Gemeinsamkeiten zwischen dem Bayern und dem Nahen Osten zu formulieren.

Springers Dank auf Facebook in Anschluss an die Reise war

überschwänglich: „Das war der Knaller! ‚100 Jahre Demokratie in Bayern‘. Gefeierte bei einem grandiosen Festakt in Beirut. Danke Frau Professor Männle und die Hanns-Seidel-Stiftung. Danke an den stellvertretenden Botschafter Dr. Reuss und die Dt. Botschaft Beirut. Danke an Daniel Gerlach für die Festrede und Zenith. Danke Cuba Boarisch 2.0 und den Hausherrn und Freund Dr. Nabil Haddad. Und natürlich herzlichen Dank an Frederic Meisner Tracht für die großartigen Janker. Die Bayernhymne in Beirut, das war einzigartig!!!“

Ziel der Reise war es, den Menschen im Libanon zu helfen, zu einem geordneten Gemeinwesen zurückzufinden.

### Zahlreiche Flüchtlinge

Vor einem halben Jahrhundert wurde die Hauptstadt an der Levanteküste verglichen mit den prächtigsten und blühendsten Metropolen an der Côte d’Azur, der Adria oder der Riviera. Sie war ein Welthandelszentrum. Dazu konnte man Vormittags im Mittelmeer baden und am Nachmittag im Libanongebirge skifahren. Die Zedern des Libanon wurden in alle Welt verschickt als Zeichen von Frieden und Freundschaft. Dann folgten Kriege, Unruhen,

Hass, Vertreibung, Mord und Totschlag.

Die jüngsten Probleme resultieren vor allem aus der immensen Anzahl von Menschen, die ihre syrische Heimat verlassen müssen, weil sie dort nicht mehr überleben können.

Der Libanon hat im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die meisten Geflüchteten aus Syrien aufgenommen. Aktuell kommt jeder vierte Einwohner aus Syrien. Die Kommunen stehen bei der Versorgung der Geflüchteten vor großen Herausforderungen: Es mangelt neben Infrastruktur und Ressourcen vor allem an Know-how, um angesichts des rasanten Bevölkerungszuwachses die Abfallwirtschaft, die Wasser- und Energieversorgung oder die kommunale Verwaltung sicherzustellen.

Die Servicestelle Kommunen in der einen Welt unterstützt mit der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ den Aufbau von kommunalen Projektpartnerschaften zur Stärkung von Kommunen vor Ort.

Die bayerische Delegation konnte mehrere Hilfsprojekte von Orienthelfer e.V. in der Bekaa-Ebene besuchen. Wie Berufsausbildung in Bar Elias funktioniert, stand ebenso auf dem Programm wie der Besuch einer von den Orienthelfern organisierten Feldküche und eines Waisenhauses.

Nach einem Treffen mit dem Bürgermeister von Baalbek, Hussein al-Laqqis, besuchte die Delegation die dortigen weltberühmten Tempel der sowie das Grab von Stammvater Noah. □

Hanns Seidel Stiftung

Institut für Politische Bildung

## Politische Bildung – Seminare 2019



WISSEN VERMITTELN | WERTEORIENTIERUNG GEBEN | DIALOG FÖRDERN

- Die HANNS-SEIDEL-STIFTUNG bietet Seminare zur politischen Bildung verstärkt dezentral in ganz Bayern an.
- WO finden WANN WELCHE Themen statt?
- Einen ÜBERBLICK dazu finden Sie in unserer Veranstaltungsdatenbank im Internet unter [www.hss.de/veranstaltungen](http://www.hss.de/veranstaltungen)



Wir nehmen Sie auch gerne mit Interessensgebieten in unseren Verteiler auf, und bitten um Mitteilung:

- Bildung und Wissenschaft | ○ Europa | ○ Geschichte und Kultur | ○ Gesellschaft und Soziales | ○ Innere Sicherheit | ○ Internationale Politik, Außen- und Sicherheitspolitik | ○ Internationale Zusammenarbeit | ○ jungeHSS – Jugend im politischen Dialog | ○ Kommunalpolitik | ○ Landwirtschaft | ○ Medien und Digitale Gesellschaft | ○ Migration und Integration | ○ Recht und Verfassung | ○ Religion und Werte | ○ Rhetorik, Öffentlichkeitsarbeit und Management | ○ Staat, Politik, Bürger und Parteien | ○ Technologie, Innovation und Verkehr | ○ Umwelt, Energie und Verbraucher | ○ Wirtschaft und Finanzen

Hanns-Seidel-Stiftung | Institut für Politische Bildung | Lazarettstraße 33 | 80636 München  
E-Mail: [ipb@hss.de](mailto:ipb@hss.de) | Fax: (089) 1258-338

[www.hss.de](http://www.hss.de)





Platz für Weltverbesserer: TeilnehmerInnen aus 55 Fair Trade Kommunen und Landkreisen kommen zur 1. Fair Trade Werkstatt der Metropolregion Nürnberg zusammen

Bild: Thomas Scherer

## 55 Fair Trade Kommunen setzen sich für faire Beschaffung ein

**Fairness zum Anfassen, Mitmachen und Mitgestalten: Am 8. November fand im Landkreis Fürth die Erste Fair Trade Werkstatt der Metropolregion Nürnberg statt. Rund 60 Teilnehmende aus dem Rat der Metropolregion, Kommunalverwaltungen, städtischen Eigenbetrieben und Agenda-Gruppen befassten sich mit der Frage: Wie können wir gemeinsam die öffentliche Beschaffung nachhaltig gestalten?**

Klammerlose Tacker, faire Warnsicherheitskleidung für Bauhöfe, biologisch abbaubare Computermaushüllen – am Markt der Möglichkeiten konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nachhaltige Produkte für den Kommunalbedarf testen und anfassen. Mit einem Beschaffungsvolumen von 330 Milliarden Euro deutschlandweit haben öffentliche Einrichtungen eine große Marktmacht. Die 55 Kommunen und Landkreise der Metropolregion Nürnberg, die sich in der Fairtrade Kampagne engagieren, sind sich einig: Fair und gerecht soll es dabei nicht nur am Einsatzort der Produkte zugehen, sondern auch bei den Produktionsbedingungen im Herkunftsland.

### Lob von Landrat Dießl

Gastgeber Landrat Matthias Dießl freute sich, die Teilnehmenden in der Alten Mine in Stein begrüßen zu können: „Der Landkreis Fürth war der erste Fairtrade-Landkreis in der Metropolregion Nürnberg – zu verdanken ist das dem großen Engagement der Akteure in unserem Landkreis. Neben der Sensibilisierung unserer Bürgerinnen und Bürger ist eine faire und nachhaltige Beschaffung innerhalb der Verwaltung ein wichtiges Ziel für die Zukunft.“

Gute Beispiele fairer Beschaffung gibt es viele in der Region: Die Stadt Langenzenn beschafft die Bauhofkleidung seit Jahren fair, der Nürnberger Stift bezieht faire Pflegekleidung. Die Landkreise Fürth und Nürnberger Land sind zwei der Vorreiter was die Beschaffung von Fairen Bällen für Schulen und Vereine anbelangt. Die Metropolregion ist nun dabei eine größere Stückzahl zu beschaffen. Die Lieferketten bis ins letzte Glied fair zu belegen, ist die größte Herausforderung. Bei der Computermaschine – ein scheinbar relativ simples Produkt – ist dies bislang nicht gelungen.

Künftig will man sich in der Metropolregion für Weiterbildungsveranstaltungen im Bereich Faire Beschaffung zusammen tun und das kostenlose Angebot der Kompetenzstelle für Nachhaltige Beschaffung des Bundes nutzen. Spannend sind auch sogenannte „Marktdialoge“, die die Thüringer Beschaffungsbündnis bereits erfolgreich

durchführt. Zu einer gefragten Produktgruppe, beispielsweise zu Bürobbedarf, werden Unternehmen eingeladen, die fair produzieren. Diese sogenannte „Markterkundung“ übernimmt die Beschaffungsbündnis im Auftrag von mehreren Kommunen. Beim Marktdialog treffen Anbieter und Nachfrager dann direkt aufeinander.

### Faires Vernetzungstreffen

Eins zeigte die Fair Trade Werkstatt: Möglichkeiten die Faire Metropolregion mitzugestalten gibt es viele – metropolregionsweit findet zweimal jährlich ein faires Vernetzungstreffen statt und ver-

OB Dr. Thomas Jung:

## Fürther Erfahrungen mit Entwicklungshilfeprojekt

**Das entwicklungspolitische Engagement von Städten ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Um diese Entwicklung zu stärken, unterstützt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) kommunale Akteure und Aktivitäten nicht nur inhaltlich und organisatorisch, sondern auch durch geeignete finanzielle und personelle Maßnahmen.**

Gibt es hierzu schon gute Beispiele aus bayerischen Städten? Ja. Es folgt die Schilderung, wie der stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister der Stadt Fürth, Dr. Thomas Jung, dazu gekommen ist, sich für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren:

„Es trifft zu, was mein früherer Oberbürgermeister-Kollege aus Erlangen, Dr. Siegfried Balles – jetzt als Beauftragter des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für kommunale Entwicklungszusammenarbeit tätig – über mich gesagt hat: die drei Prioritäten meines kommunalpolitischen Handelns würden wie folgt lauten: erste Priorität: Fürth, zweite Priorität: Fürth, dritte Priorität: Fürth.“

Spätestens seit einer Rede, die der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, beim Bayerischen Städtetag 2016 in Memmingen gehalten hatte, hat sich dies geändert. Ich bin heimgefahren und habe zu meiner Partnerschaftsbeauftragten gesagt: „Da müssen wir uns engagieren.“ Daran ist sehr schnell eine intensive Zusammenarbeit mit Midoun

schiedene Arbeitskreise haben sich bereits gebildet.

Die Faire Metropolregion Nürnberg hat sich für die Zukunft viel vorgenommen. Spannende Praxisbeispiele werden in Kürze über eine eigene Webseite und Publikationsreihe „So fair ist die Metropolregion Nürnberg“ vorgestellt und verbreitet. Geplant ist 2019 außerdem die Definition metropolregionsweiter Ziele für nachhaltige Beschaffung.

Unterstützt wird diese Arbeit durch die Entwicklungsagentur Faire Metropolregion Nürnberg, angesiedelt in der Geschäftsstelle der Metropolregion. Gefördert ist die Entwicklungsagentur Faire Metropolregion Nürnberg durch ENGAGEMENT GLOBAL im Rahmen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

## 1000 Schulen für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Zusammenarbeit und Entwicklung auf.

Hilfe vor Ort ist wesentlich effektiver und günstiger als die Versorgung von Flüchtlingen in Deutschland. Für ca. 50.000 Euro kann ein minderjähriger Flüchtling in Deutschland ein Jahr betreut werden. Mit derselben Summe ist es möglich, in Afrika, Asien oder Südamerika eine Schule zu bauen und damit pro Schule und Jahr bis zu 1.000 Schülern 1.000 Bildungs- und Zukunftsperspektiven zu bieten (siehe dazu <https://www.facebook.com/Landrat.Stefan.Roessle/videos/320010265257947/>)

Bei den Schulbauprojekten werden keine Steuermittel eingesetzt. Die Finanzierung erfolgt über Bürgerspendsen und Sponsorengelder der lokalen Wirtschaft. Die Spendengelder fließen vollständig in die Schulbauprojekte vor Ort, die anfallenden Verwaltungskosten werden durch andere Sponsoren übernommen.

### Zuverlässiger Partner

Mit der Stiftung Fly & Help steht der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ ein zuverlässiger und

### „Fairtrade-Stadt“ Erlangen

Die Stadt Erlangen erfüllt weiterhin alle fünf Kriterien der „Fairtrade-Towns“-Kampagne und trägt für weitere zwei Jahre den Titel „Fairtrade-Stadt“. Das hat das kommunale Amt für Umweltschutz und Energiefragen mitgeteilt. Die Auszeichnung wurde erstmalig im Jahr 2012 durch TransFair e. V. verliehen. OB Florian Janik freute sich: „Die Bestätigung der Auszeichnung ist ein schönes Zeugnis für die nachhaltige Verankerung des fairen Handels in Erlangen. Lokale Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft arbeiten hier eng für das gemeinsame Ziel zusammen. Wir setzen uns weiterhin mit viel Elan dafür ein, den fairen Handel auf lokaler Ebene zu fördern.“

Vor sechs Jahren erhielt Erlangen vom gemeinnützigen Verein TransFair e. V. erstmalig die Auszeichnung für ihr Engagement zum fairen Handel, für die sie nachweislich fünf Kriterien erfüllen musste.

Oberbürgermeister und Stadtrat trinken fair gehandelten Kaffee und halten die Unterstützung des fairen Handels in einem Ratsbeschluss fest, eine Steuerungsgruppe koordiniert alle Aktivitäten, in Geschäften und gastronomischen Betrieben werden Produkte aus fairem Handel angeboten, die Zivilgesellschaft leistet Bildungsarbeit und die lokalen Medien berichten über die Aktivitäten.

Das globale Netzwerk der Fairtrade-Towns umfasst über 2.000 Fairtrade-Towns in insgesamt 36 Ländern. Weitere Informationen: [www.fairtrade-towns.de](http://www.fairtrade-towns.de).

runge eines kommunalen Entwicklungshilfeprojekts finden sich auf der Homepage der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) aktuelle Informationen: <https://www.kommunal-global-engagiert.de/> <https://skew.engagement-global.de/dialog-global/> dialog-global-nr-9.html

Quelle: IBD&St

vertrauenswürdiger Partner zur Verfügung, der seit Stiftungsgründung rund 250 Schulbauprojekte weltweit realisiert hat, davon allein in den vergangenen zwei Jahren ca. 100 Schulen. Die Stiftung ist Trägerin des Spendensiegels des „Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI)“, das ein Markenzeichen für seriöse Spendenorganisationen ist. Bei Bedarf werden weitere kompetente Stiftungen oder andere Partner die Umsetzung der Initiative unterstützen. Kommunen haben darüber hinaus auch die Möglichkeit, mit anderen Stiftungen ihres Vertrauens zusammenzuarbeiten und sich unter das Dach der gemeinsamen Initiative zu stellen.

Gemeinsam mit Partnern und in Abstimmung mit den Akteuren vor Ort plant und beauftragt Fly & Help den Schulbau. Dabei handelt es sich vornehmlich um Vor- und Grundschulgebäude. Die Stiftung schließt Verträge mit Partnerorganisationen vor Ort, die nach streng vorgegebenen Richtlinien von ihnen ausgewählt werden, um den ordnungsgemäßen Bau und Schulbetrieb nach der Erbauung sicherzustellen. Voraussetzung für den Schulbau ist auch, dass Fly & Help die Schulen an die Kommune oder den Träger nach Fertigstellung übergibt, die sich zuvor verpflichten, Lehrkräfte bereitzustellen. Die Grundstücke, auf denen die Schulgebäude entstehen, werden in der Regel von den jeweiligen Gemeinden bzw. sonstigen Trägern zur Verfügung gestellt. Nach Fertigstellung eines Schulbauprojektes sichert Fly & Help mit Unterstützung seiner Partner vor Ort zu, dass die Gebäude für den vorgesehenen Zweck verwendet werden.

### Werben für die Initiative

Am Beginn steht der politische Wille der Kommunalpolitik und der Bürgerinnen und Bürger, die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ zu unterstützen. Dazu ist es erforderlich, dass die Initiative der Öffentlichkeit und der lokalen Wirtschaft vorgestellt und für ein Engagement gewonnen wird. Ein Beschluss der kommunalen Vertretungskörperschaft kann das entwicklungspolitische Engagement zusätzlich unterstreichen. Eine gemeinsame Strategie der Kommune mit lokalen Partnern zur Einwerbung von Spendengeldern erhöht die Sichtbarkeit des Engagements im öffentlichen Raum zusätzlich.

Die Stiftung bemüht sich, Vorschläge der deutschen Kommunen für Schulbauprojekte zu berücksichtigen. Ein Schulbau ist voraussichtlich möglich, wenn ein Bedarf nachweislich gegeben ist und gleichzeitig die Standards von Fly & Help sichergestellt bleiben. Alternativ haben Kommunen auch die Möglichkeit, mit anderen Stiftungen zusammenzuarbeiten und sich in die Gemeinschaftsinitiative mit eigenständigen Schulprojekten einzubringen.

Mit den eingeworbenen Geldern wird ein konkretes Schulbauprojekt über die Stiftung Fly & Help umgesetzt. Indem sich eine Kommune für ein Schulbauprojekt verantwortlich zeichnet, wird kommunale Entwicklungspolitik für die Bürgerinnen und Bürger lebendig – der Fortschritt „ihres“ Schulbauprojektes kann von den Spendern verfolgt werden und macht das Engagement der Bürgerinnen und Bürger greifbar. Die Spendengelder können auf Wunsch der Kommune direkt bei der Stiftung auf Unterkonten, die der jeweiligen Kommune zugeordnet werden können, gesammelt werden. Die Stiftung informiert

die Kommune auf Anfrage über den Kontostand. Einen konkreten Projektvorschlag unterbreitet die Stiftung den Kommunen, wenn die nahezu vollständige Fördersumme zur Verfügung steht.

Die Schulbauprojekte können und sollen ein erster Schritt für ein weiterführendes Engagement in der Welt sein. Hierbei sind Kooperationen mit der lokalen Wirtschaft, Bildungsträgern oder Nichtregierungsorganisationen bis hin zu Schul- und Städte- oder Projektpartnerschaften wünschenswert. Die kommunalen Spitzenverbände unterstützen die Kommunen bei ihrem nachhaltigen Engagement u.a. durch Beratung in Bezug auf weiterführende Förderprogramme des Bundes. Durch ihre Beteiligung an der Initiative setzen Kommunen außerdem ein starkes Zeichen für Weltoffenheit und globale Verantwortung, stoßen einen Dialog der Bürgerinnen und Bürger zu globalen Zusammenhängen an und leisten einen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und ihrer Nachhaltigkeitsziele.

### Verantwortung übernehmen

„Immer mehr Menschen wollen, dass wir als reiches Land Verantwortung für eine gerechte Globalisierung übernehmen. Ich freue mich, dass sich immer mehr Kommunen entwicklungspolitisch engagieren“, betonte Minister Müller. „Waren es vor wenigen Jahren 200, so sind es jetzt bereits 750. Das neue Großprojekt ‚1.000 Schulen für unsere Welt‘ ist ein weiterer Meilenstein. Gerade Investitionen in Bildung sind wichtig, denn Bildung ist der Schlüssel für Entwicklung und Fortschritt. Ich wünsche der Initiative der kommunalen Spitzenverbände viel Erfolg für nachhaltige Partnerschaften.“

Wie Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster hervorhob, „ist Bildung eine Schlüsselressource und hilft den Menschen vor Ort, bessere Chancen für ihr Leben zu gewinnen. Für etwa 50.000 Euro kann in Afrika, Asien oder Südamerika eine Schule gebaut werden, die pro Schule und Jahr bis zu 1.000 Schülern eine Zukunftsperspektive ermöglicht. Das ist wirksame Zusammenarbeit mit Kommunen aus dem globalen Süden.“

Laut Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistages und Landrat des Kreises Ostholstein „haben bei der Flüchtlingsintegration Städte, Landkreise und Gemeinden bewiesen, wie viel Kraft, Energie und Einsatzbereitschaft auf kommunaler Ebene mobilisiert werden kann. Dieses Engagement möchten wir auch für die Bekämpfung von Fluchtursachen mobilisieren und damit einen wirksamen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit leisten.“

### Zukunft selbstbestimmt gestalten

Nach den Worten von Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes heißt Bildung Zukunft. Weltweit. „Mit ‚1000 Schulen für unsere Welt‘ wollen wir dazu beitragen, dass Menschen auf der ganzen Welt besseren Zugang zu Bildung erhalten und so ihre Zukunft selbstbestimmt gestalten können.“

„Ich möchte, dass das Beispiel des Landkreises Donau-Ries bundesweit Schule macht und ein Zeichen für kommunale Verantwortung in der Welt setzt“, unterstrich schließlich Landrat Stefan Röble. „Auch kommunales Engagement kann sehr wirksam dazu beitragen, die Lebenschancen in anderen Teilen der Welt zu verbessern.“ **DK**



# Wetterfest gegen Naturgefahren

Versicherungskammer Bayern wirbt auf NaturgefahrenForum für mehr Versicherungsschutz von Gebäuden

Rund 150 Teilnehmer kamen zum NaturgefahrenForum der Versicherungskammer Bayern in München. Politiker und Wissenschaftler diskutierten mit Experten des führenden Gebäudeversicherers in Bayern unter dem Motto „#Wetterfest – gemeinsam vor Naturgefahren schützen“ über die sich ändernden Klimaverhältnisse und Möglichkeiten zur Absicherung gegen Naturgefahren. Unter den Teilnehmern waren auch Landräte, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und des Kommunalbeirats der Versicherungskammer Bayern. Fazit: Nachdem sich extreme Wetterlagen häufen, ist existenzieller Schutz durch eine Elementarschadenversicherung notwendiger denn je. Zumal die staatlichen Soforthilfen zum 1. Juli 2019 enden.

Barbara Schick, stellvertretende Vorsitzende des Vorstands und verantwortlich für die Schaden- und Unfallversicherung im Konzern Versicherungskammer, erläuterte, dass nach wie vor viele Immobilienbesitzer die Gefahr, Opfer von Starkregen oder Hochwasser zu werden, unterschätzten. Dies betraf alle Bereiche des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens.

„Die Schäden an Hab und Gut sind oft existenzgefährdend. In

den vergangenen Jahren haben wir das mehrfach erlebt. Und zwar gerade in Gegenden, in denen kein Mensch damit gerechnet hat, dass ein kräftiger Starkregen nahezu alles zerstören kann.“ Zu meinen, es könne einen nicht treffen, sei deshalb ein weit verbreiteter und fataler Irrglaube.

**Schäden durch gewitterbedingte Ereignisse**

Dies lässt sich empirisch belegen. Klimaexperte Prof. Peter

Höppe wies in seinem Vortrag auf die steigende globale Anzahl von schadenrelevanten wetterbedingten Naturkatastrophen hin und erläuterte mit Blick auf den Freistaat: „In Bayern sind es vor allem Schäden durch gewitterbedingte Ereignisse wie Hagel und Starkniederschläge, die einen ansteigenden Trend aufweisen.“ Ursache dafür sei mit großer Wahrscheinlichkeit der gestiegene Feuchtegehalt der Atmosphäre, der durch die globale Erwärmung bedingt ist. Für ganz Deutschland bedeutet das laut einer GDV-Studie, dass sich die Überschwemmungsschäden bis 2100 verdoppeln, wenn nicht sogar verdreifachen können.

## Zentrales Zukunftsthema

Somit wird Hochwasserschutz zum zentralen Zukunftsthema, ergänzte Prof. Martin Grambow, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, auf dem NaturgefahrenForum: „Bayern wird hier bis 2030 insgesamt 4,8 Milliarden Euro investieren.“ Dabei setze der Staat auf die Kombination von natürlichem Rückhalt, technischem Hochwasserschutz und Hochwasservorsorge.

Ein weiterer wichtiger Baustein sei die Bewusstmachung des Hochwasserrisikos im Rahmen der EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie. „Dennoch kann es einen hundertprozentigen Schutz vor Hochwasser nicht geben“, so Grambow weiter. „Wichtig ist deshalb, dass sich die Bürger vor eventuellen Schäden durch entsprechende Elementarschadenversicherungen für Gebäude und Hausrat individuell schützen.“

## Problemloses Versichern

Es sei ein weiterer Irrglaube, führte Schick weiter aus, dass viele Gebäude nicht versicherbar sind oder eine Elementarversicherung unbezahlbar sei. Die Versicherungskammer Bayern kann im Freistaat 99,8 Prozent der Gebäude problemlos

versichern. Für die verbleibenden 0,2 Prozent sind meist individuelle Lösungen nach einer Besichtigung vor Ort möglich. „Wir arbeiten daran, dass wir in Zukunft wirklich jedes Gebäude in Bayern vom Schreibtisch aus versichern können“, erklärt Schick. Für ein Standard-Einfamilienhaus koste die Elementarversicherung nur rund 100 Euro im Jahr. Das ist deutlich weniger als eine Vollkaskoversicherung für ein Auto.

Ein kleines Investment des Immobilienbesitzers bietet also große Absicherung. Sprechen doch die aktuellen Schadenszahlen eine eindeutige Sprache. In Bayern zahlte die Versicherungskammer Bayern im Jahr 2017 99 Millionen Euro für Schäden durch Unwetter an Betroffene aus. 2018 waren es bisher 92 Millionen Euro.

Die zunehmende Bedeutung einer umfassenden eigenverantwortlichen Absicherung mache zudem der Kabinettschluss der Bayerischen Staatsregierung vom vergangenen Jahr deutlich: Unwetter-Opfer werden ab dem 1. Juli 2019 keine staatlichen Soforthilfen mehr erhalten, sofern die Immobilie versicherbar gewesen wäre. „Während in Deutschland heute 41 Prozent aller Gebäude mit einer Elementarschadenversicherung gegen Naturgefahren wie z.B. Überschwemmungen, Rückstau, Starkregen, Lawinen, Schneedruck, Erdbeben und Erdrutsch versichert sind, haben in Bayern bislang nur 32 Prozent der Häuser diesen elementaren Schutz“, so Schick.

## Gemeinsame Initiative

Deshalb appelliert sie an die Bürgerinnen und Bürger – auch durch die gemeinsame Initiative mit der Staatsregierung „Vorausdenken – elementar versichern“ (<https://www.elementar-versichern.de/>) – sich selbst gegen Elementarschäden bei Naturkatastrophen abzusichern. Erfreulicherweise schließe bereits die Hälfte der Kunden der Versicherungskammer Bayern beim Erwerb einer neuen Wohngebäudeversicherung den Elementarschutz zwischenzeitlich mit ein. Etwas geringer fällt der Einschluss bei einer Hausratversicherung aus – er ist aber nicht minder wichtig. □

befinden sich laut Schmid „in einem guten Zustand, sind gespült und mehrfach gefilmt.“ Kanalsysteme sind für ein- bis fünfjährige Regenereignisse ausgelegt, „und das ist ja nicht unser Thema.“ Dass dennoch einige Kanäle eventuell vergrößert werden, liegt an der Gesamthydraulik, so Schmid – aber das sei noch Zukunftsmusik.

Angesprochen wurden auch Subventionen für Grünflächen, die anstelle von landwirtschaftlicher oder anderer Nutzung nun eben als Stauraum oder Versickerungsfläche Verwendung finden könnten. Laut Brodrecht wird derzeit geprüft, ob solche Umwandlungen subventioniert werden können.

## Auswertung im neuen Jahr

Klar ist: „Selbstverständlich werden wir kommunale Flächen nehmen, wenn sie geeignet sind“, so Bürgermeister Brandl. Er appellierte aber auch, offen für Grundstücksverhandlungen zu sein: „Wir werden Sie brauchen.“ Jetzt aber werden die persönlichen Erfahrungen und Informationen der Sandharlandener bei zurück liegenden Regenereignissen gebraucht. Die Stadtverwaltung hofft, dass bis Mitte Dezember möglichst viele Schadensereignisse geschildert sind und im neuen Jahr dann mit der Auswertung begonnen werden kann. □



NaturgefahrenForum: Harald Speil, Hauptabteilungsleiter Öffentliche Einrichtungen/Heilwesen (l.) sowie Erwin Schneider, Landrat im Landkreis Altötting (r.). □

[Reform der Integrierten Leitstellen:](#)

# Positive Wendung

Bayerisches Innenministerium geht auf kommunale Kritik ein

Die Kritik des Bayerischen Städtetags an der Reform der Integrierten Leitstellen fällt im Bayerischen Staatsministerium des Inneren auf einen fruchtbaren Boden. Die Integrierten Leitstellen nehmen alle Notrufe für Feuerwehr und Rettungsdienst entgegen, alarmieren die Einsatzkräfte und begleiten deren Einsätze. Aufgabenträger für die Feuerwehr und Rettungsdienstalarmierung sind die Zweckverbände für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ZRF).

Es gibt in Bayern 18 kommunale Zweckverbände (ZRF, Landkreis, kreisfreie Stadt) und acht integrierte Leitstellen, die das Bayerische Rote Kreuz betreibt. Vor dem Hintergrund stetig steigender Kosten hat das bayerische Innenministerium im Frühjahr 2017 Reformüberlegungen verfolgt. Das vom Innenministerium zur Begründung herangezogene Gutachten ist bei Praktikern aus den Kommunen allerdings auf massive Ablehnung gestoßen, unter anderem wegen erheblicher Bedenken hinsichtlich der Folgekosten und der Betriebssicherheit.

## Betriebssicherheit im Visier

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat im Oktober 2017 deshalb an das Bayerische Staatsministerium des Inneren den Appell gerichtet, bei den Reformüberlegungen zur Änderung der Betriebsstruktur der Integrierten Leitstellen in einen Prozess der offenen und konstruktiven Kommunikation einzutreten. Primäres Ziel sollte die Betriebssicherheit der Integrierten Leitstellen sein.

In einem Gespräch mit Innenstaatssekretär Gerhard Eck im Dezember 2017 konnten der Vorsitzende des Bayerischen Städte-

tags, Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, und der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, die Weichen für die weitere Entwicklung in die richtige Richtung stellen. Das bis dahin vorgelegte Gutachten wurde nicht mehr weiter als Basis für eine Reform der Integrierten Leitstellen verfolgt. Der Diskussionsprozess wurde nochmals neu aufgesetzt. Zwischenzeitlich hat das Innenministerium neue Überlegungen zu den künftigen Strukturen und Zuständigkeiten im Bereich der Integrierten Leitstellen vorgelegt. Sie wurden in den Fachgremien des Bayerischen Städtetags und im Vorstand begrüßt und als Fortschritt gegenüber den früheren Überlegungen gewertet.

Positiv ist aus Sicht des Städtetags hervorzuheben, dass sich der Freistaat nicht aus seiner Verantwortung zurückziehen will; 14 Personalstellen will der Freistaat für die Aufgaben der Leitstellenkoordination bereitstellen; die gesetzliche Kostenverteilung soll insgesamt unangetastet bleiben. Auch die weiteren Details der Reform sollen nunmehr mit den kommunalen Spitzenverbänden und den kommunalen Praktikern eng abgestimmt werden. **IBdBSt**

# Seehofer übergibt neuen Zivilschutz-Hubschrauber

Aus den Händen von Bundesinnenminister Horst Seehofer nahm in Traunstein der Bayerische Staatsminister des Inneren und für Integration, Joachim Herrmann im Beisein von BRK-Präsident Theo Zellner den ersten Zivilschutz-Hubschrauber (ZSH) der neuen Generation entgegen.

Dieser neue Hubschrauber mit der Typenbezeichnung H135 aus der Produktion von Airbus ersetzt nach zehneinhalb Jahren den am Luftrettungszentrum in Traunstein stationierten Rettungshubschrauber „Christoph 14“. Das Bayerische Rote Kreuz ist Betreiber dieser Luftrettungsstation, der Bund stellt die Einsatzmaschine und Piloten.

Durch eine verbesserte Triebwerksleistung und einer damit verbundenen höheren Flugsicherheit ist der neue, jetzt mit Rettungswinde bestückte Hubschrauber besonders für Einsätze in Höhen- und Bergregionen geeignet. Die Rettungswinde verfügt über eine Seillänge von 90 Metern und einer Hebekraft bis zu 272 kg. Trotz verbesserter Leistung zeichnet sich der neue ZSH durch eine geringere Lärmbelastung aus, was besonders im dicht besiedelten Gebiet von besonderer Bedeutung ist.

„Wir sind sehr dankbar und überzeugt davon, dass dieser

neue Zivilschutz-Hubschrauber die Einsatzsicherheit für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter erhöhen wird. Insbesondere für die Bergwacht ist die jetzt mögliche Nutzung der Rettungswinde von hoher einsatztaktischer Bedeutung“, so BRK-Präsident Theo Zellner in seiner Ansprache.

Bundesinnenminister Horst Seehofer: „Der Bund wird über den heute übergebenen Hubschrauber hinaus auch zukünftig seinen Beitrag im komplexen System der Luftrettung leisten und dieses System im Zusammenwirken mit den Ländern aktiv weiterentwickeln.“

Der bayerische Innenminister, Joachim Herrmann, ergänzt: „Ich bedanke mich ausdrücklich für dieses tolle Gemeinschaftswerk aller Beteiligten. Ich wünsche allen Einsatzkräften allzeit gute und sichere Einsätze, kommen Sie stets gesund und unverseht von Ihren Einsätzen zurück. □



Abensbergs 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl bei der Vorstellung des Konzepts zum Sturzflut-Risikomanagement. □

# Bürger schützen, Schäden vermeiden

Die Stadt Abensberg freut sich über das hohe Interesse am Informationsabend zum Sturzflut-Risikomanagement für den Ortsteil Sandharlanden. Vor kurzem haben Stadtwerke-Chef Hans Schmid und Florian Brodrecht vom Ingenieurbüro Speker gemeinsam mit 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl das Konzept vorgestellt, mit dem die Schäden durch Starkregenereignisse erheblich reduziert werden sollen. Das Ingenieurbüro aus Herzogenaurach ist Marktführer in der Erstellung von Starkregen-Gefahrenkarten. Diese Karten dienen als Handlungsanleitung – was muss wo getan werden, um die Auswirkungen von Starkregenereignissen zu minimieren?

Damit dies möglichst genau und detailliert erfolgen kann, sind die Sandharlandener nun zum Mitmachen aufgerufen. Wer in der Vergangenheit Wasserschäden hatte, sollte diese unbedingt melden; alle Informationen fließen in eine Datenbank, mit der dann die Verteilung des Wassers bei heftigen Regenfällen genau berechnet werden kann. Anhand dieser Fakten lassen sich in einem weiteren Schritt Maßnahmen ableiten, die den Ort – der vor zwei Jahren unter heftigen Starkregenereignissen litt – und seine Bürger besser schützen.

## Datenbank berechnet Wasserverteilung

Die Daten der Bürger können auf zweierlei Weise abgegeben werden, online oder per Fragebogen. Online ist dies unter dieser Adresse möglich: [www.starkregenmelder.de](http://www.starkregenmelder.de) Eine Teilnahme ist unkompliziert, die Schritte zum Ausfüllen selbsterklärend. Es können auch Bilder und Filme hochgeladen werden.

Wer lieber offline arbeitet, der fülle bitte einen Fragebogen aus. In der Boderei (Harlandener Straße 20) liegen bereits auf Initiative von Stadtrat Reinhard Handschuh einige Exemplare zur Gratis-Abholung auf. Die Daten werden nicht an Dritte weiter gegeben. Selbstverständlich können die

Fragebögen auch bei den Stadtwerken Abensberg im Bad Göginger Weg abgeholt werden.

## Vorreiterrolle

„Die Stadt Abensberg ist eine der ersten Kommunen Bayerns, die sich um das Förderprogramm beworben hat“, so Starkregenspezialist Brodrecht am Montagabend im vollen Hammermeier-Wirtschaftsraum. Zwei Schritte seien es nun im Wesentlichen, die in Sandharlanden getan werden: „Wo und wie sind wir gefährdet? Und wie können wir uns schützen?“ Für den einzelnen Bürger seien einige Vorkehrungen wichtig: Rückstausicherung, Lichtschacht-Erhöhung und eine Abschottung am Kellereingang, die über einschiebbare Planken recht leicht möglich ist. Brodrecht warnte: „Wenn Sie eine Kellerwohnung haben und das Wasser steht 30 Zentimeter hoch an der Türe, brauchen Sie enorme Kräfte, um da rauszukommen.“ Ein Kellerraum werde da leicht zum Gefängnis.

## Großer Informationsbedarf

Seitens der Bürger wurden an diesem Abend einige Themen angesprochen. So seien die landwirtschaftlichen Monokulturen hochproblematisch für den Versickerungsgrad in

die Böden. Ebenfalls thematisiert wurden die Sünden der Flurbereinigung – offene Kanäle, die unnötig gedeckelt und dadurch in der Aufnahmekapazität erheblich reduziert worden sind. Und, natürlich: „Freie Flächen werden mehr und mehr geschlossen“, so eine Sandharlandenerin. Ob da nicht einfach größere Kanäle helfen würden?

## Kanäle sind keine Problemlöser

Hans Schmid, der die Durchmesser aller an diesem Abend angesprochenen Kanäle genauestens kennt, antwortete: „Die Wassermassen, um die es hier geht, benötigen mannshohe Tunnels. Das geht nicht.“ Auch Bürgermeister Dr. Brandl unterstrich dies: „Wer glaubt, mit Kanälen das Problem lösen zu können, der irrt. Man muss das Wasser vorher abfangen.“ Knackpunkt für ihn seien die Mengen, die vom Kapellenberg herunter kommen: „Die dürfen wir nicht ins Dorf lassen.“

## Zukunftsmusik

Auch Brodrecht kannte die Kanal-Thematik: „Das wird immer angesprochen. Die Bürger hoffen, dass damit viel erreicht werden kann. Aber das hat seine Grenzen, ist nicht wirtschaftlich – und sie saufen trotzdem ab.“ Die Kanäle, danach gefragt,



# Wenn Eltern miteinander reden...

Sechs ELTERN-TALK-Moderatorinnen aus dem Landkreis Fürstentfeldbruck beim bayernweiten ELTERN-TALK-Kongress in Ingolstadt

Im Stadttheater geht es treppauf, treppab, es herrscht ein heiteres Gemurmel. 220 Moderatorinnen und Moderatoren, Regionalbeauftragte und Trgervertretungen aus 46 Landkreisen und kreisfreien Städten Bayerns trafen sich beim 2. ELTERN-TALK-Kongress der Aktion Jugendschutz Bayern in Ingolstadt. Mitreißend waren nicht nur die Tanzgruppe KalaSangam aus Erlangen und der Jongleur MAD-HIAS aus Beilngries. Beim vielfältigen Fachprogramm informierten sich die Gäste rund um die ELTERN-TALK-Themen Medien, Konsum und Suchtprävention.

Familienministerin Kerstin Schreyer würdigte in ihrem Grußwort ELTERN-TALK als ein sehr erfolgreiches Programm im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz: „ELTERN-TALK stärkt die Erziehungskompetenzen von Mtern und Vätern in einzigartiger Weise. In den moderierten Gesprächen erfahren Eltern, dass sie mit ihren Fragen, Sorgen und Zweifeln nicht allein sind. Hier kann jeder Rat suchen – Herkunft, Bildungsabschluss oder die familiäre Lebensform spielen keine Rolle.

Enorm ist die integrative Kraft des bayernweiten Netzwerks in 46 Landkreisen und kreisfreien Städten. Es ist gelungen, bereits über 100.000 Mütter und Väter aus 85 Herkunftsländern Werte und das notwendige Selbstvertrauen für eine gute Erziehung zu vermitteln. Damit ist ELTERN-TALK so erfolgreich wie nie! Grundlage des Erfolgs sind die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen ich für ihr großartiges Engagement herzlich danke.“

ELTERN-TALK wird seit vielen

Jahren aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales und des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege gefördert. Auch der Landkreis Fürstentfeldbruck fördert ELTERN-TALK seit 2009.

## Familiäre Vielfalt

Dr. Christiane Hofbauer richtete den Blick auf die Vielfalt und die Unterschiedlichkeiten von Familien. Sie stellt fest, dass wir alle unsere eigene Kulturbrille tragen und mit diesem Blick auf die Welt schauen. Das hat weniger mit Nationalität zu tun als mit den Rahmenbedingungen, in denen wir leben. Beispiele dafür sind: Wohnt die Familie in der Stadt oder auf dem Land? Wie groß ist die Familie? Wie viel Geld hat eine Familie zur Verfügung?

„Das, was in einer Familie normal und selbstverständlich ist, kann für eine andere fremdartig und irritierend wirken. (Nicht nur) Eltern mit Migrationshintergrund stoßen mit ihren Verhaltensweisen und Ansichten immer wieder auf Widerstand, weil diese an vorherrschenden Regeln und Werten gemessen werden. Beim genaueren Nachfragen stellt sich oft heraus, dass es gute, nachvollziehbare Gründe für die Verhaltensweisen und Ansichten gibt.“

## Umfangreiches Angebot

Es präsentierten sich viele Vereine und Organisationen mit ihrem Angebot, die Eltern in ihren Fragen zur Erziehung Orientierungshilfen bieten: Die Programmberatung für Eltern e.V.

## Landratsamt Bamberg:

# Markt der Möglichkeiten

Das Projekt „Gesunde Kommunen“ ist ein voller Erfolg

Zwei Jahre lang haben sich engagierte Freiwillige in vier Gemeinden im Landkreis Bamberg mit dem Thema „Gesundheitsförderung“ beschäftigt, Aktionen geplant und umgesetzt. Im Rahmen des Projekts „Gesunde Kommune“ fand im Landratsamt Bamberg ein „Markt der Möglichkeiten“ statt, der über sämtliche Aktivitäten informierte. „Häufig gibt es schon gesundheitsfördernde Angebote in einer Gemeinde, aber es fehlte an einem umfassenden Überblick – diese Lücke hat die ‚Gesunde Kommune‘ geschlossen“, fasste Landrat Johann Kalb zusammen.

Die Projektleitung hatten das Landratsamt Bamberg und das Freiwilligenzentrum CariThek mit der Projektleiterin Marion Hartmann ubernommen, die maßgebliche Finanzierung die AOK Bamberg. Die vier „Gesunden Kommunen“ Breitengbach, Gundelsheim, Königsfeld und Stegaurach präsentierten beim „Markt der Möglichkeiten“ ihre Erfahrungen und Erfolge, zugleich konnten sich interessierte Bürgerinnen und Bürger umfassend informieren.

## Beispiele: Breitengbach und Gundelsheim

Breitengbach bot lokale und saisonale Produkte zur Verkostung an und stellte sein gemeindliches Spektrum gesundheitsfördernder Angebote vor, das auch in einer Broschüre zusammengefasst ist. Ebenso präsentierte Gundelsheim seine druckfrische Broschüre mit lokalen Angeboten zur Gesundheitsförderung.

Zum Thema „Gesunde Ernährung“ gab es praktische Tipps von Kruterfrau Ines Schmitt und köstliche Spezialitäten eines syrischen Kochs, der in der Gemeinde eine neue Heimat fand. Königsfeld stellte einen regelmäßig erscheinenden Veranstaltungskalender mit aktuellen Angeboten zur Gesundheitsförderung vor und berichtete von den „Gesundheitstagen“ und „Willkommensfesten“, bei denen sich Alteingesessene

präsentierte den FLIMMO, das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. informierte über Kinderrechte, die Verbraucherzentrale Bayern zeigte die Ausstellung: Snacks brauchen Bewegung, das Bayerische Landesjugendamt verteilte die ELTERNBRIEFE und präsentierte die Online-Plattform Eltern im Netz. Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter und MiMi Bayern stellten ihr Angebot vor.

Schön zu hören war für die Mütter und Väter, die als Moderatorinnen und Moderatoren tätig sind, dass ihre ehrenamtliche Arbeit sehr wertvoll sei. Prof. Dr. Carola Iller, Wissenschaftlerin der Erwachsenenbildung, bestätigt in ihrem Vortrag: „Informelles Lernen, wie das bei ELTERN-TALK passiert, ist etwas ganz Besonderes. Die Gespräche, der Erfahrungsaustausch untereinander sowie die Moderatorinnen und Moderatoren als Vertrauenspersonen sind die drei wichtigsten Elemente.“ Wenn Eltern miteinander reden, lernen sie viel voneinander.

ELTERN-TALK bringt vor allem die Themen rund um Medien, Konsum und Suchtprävention ins Gespräch. Hierzu gab es beim ELTERN-TALK-Kongress viele Austauschrunden: Digitales Lernen durch Apps? Gibt es die Mediensucht: Smartphone? Warum sind Rituale in der Familie hilfreich? Mit viel Gefühl – auf die Gefühle der Kinder reagieren? Was kann ich zu kindlicher Sexualität erfahren? Hilfe, mein Kind pubertiert! Das digitale Kinderzimmer – und die Gefahren im Internet.

Im Landkreis Fürstentfeldbruck gibt es das Projekt ELTERN-TALK seit 2009. Träger ist das Jugendamt im Landratsamt Fürstentfeldbruck.

Mehr Infos unter [www.eltern-talk.net](http://www.eltern-talk.net) oder auf youtube unter: <https://www.youtube.com/watch?v=M-K2dU6X9n4>.

## Beeindruckende Vielfalt der Themen und Aktionen

Die Besucherinnen und Besucher zeigten sich beeindruckt von der Vielfalt der Themen und Aktionen. Landrat Johann Kalb lobte: „Die ‚Gesunden Kommunen‘ sind Vorbilder für alle Gemeinden im Landkreis Bamberg“ und freute sich, dass sich bereits einige Gemeinden für die Teilnahme am Nachfolgeprojekt „Gesunde Gemeinde“ beworben haben. AOK-Direktor Peter Weber ergänzte: „Durch Projekte wie die ‚Gesunde Kommune‘ fließen im bayernweiten Vergleich überdurchschnittlich viele Fördergelder in unsere Region“. Last but not least hob Horst Engelhardt, Leiter der Stabsstelle „Caritas und Pastoral“ beim Diözesan-Caritasverband, den Wert des Ehrenamtes in der Gesellschaft hervor und dankte allen Freiwilligen, die sich vorbildlich für die Gesellschaft einsetzen.

## Inklusionspreise Mittel- und Unterfranken:

# 100 Schwimmlehrer – „Mitten im Leben“

In Nürnberg bzw. Schweinfurt wurden die Inklusionspreise der Bezirke Mittel- und Unterfranken vergeben. Während die Stiftung „Deutschland Schwimmt“ für ihr Projekt „100 Schwimmlehrer – Sensibilisierung für das Schwimmen lernen mit Menschen mit Behinderung“ mit dem mit 5.000 Euro dotierten mittelfränkischen Inklusionspreis ausgezeichnet wurde, ging in Unterfranken der mit insgesamt 12.500 Euro dotierte Preis an insgesamt fünf Sieger-Gruppen.

„Deutschland Schwimmt“ wurde Anfang 2017 ins Leben gerufen, Stiftungsziel ist die Förderung der Schwimmfähigkeit in Deutschland, insbesondere bei Kindern mit Behinderung, zu verbessern. Voraussetzung dafür ist entsprechend ausgebildetes Personal. Hier will das Inklusionsprojekt ansetzen und möglichst viele Schwimmlehrer und Übungsleiter von Vereinen, Volkshochschulen, Schwimmschulen und Verbänden wie DLRG und Wasserwacht gewinnen. Sie sollen dabei unterstützt werden, ihre eventuell vorhandene Scheu, Ängste oder Vorurteile zu überwinden und eine Ausbildung zum geprüften Schwimmlehrer für Menschen mit Behinderung zu absolvieren.

Stiftungsgrnder und Vorstand Alexander Gallitz selbst unterrichtet seit eineinhalb Jahren sechs Kinder der Lebenshilfe Schönberg im Umgang mit dem Element Wasser. Mittlerweile hat er drei weitere Schwimmlehrer mit ausgebildet, die bereits bei inklusiven Schwimmkursen mitwirken. Laut Gallitz „können wir mit unserem Projekt einen großen Teil dazu beitragen, dass unser Ziel, sicheres Schwimmen ein Leben lang, rasch umgesetzt wird“.

## Konkrete Verbesserung der Lebenssituation

Auch in Schweinfurt wurden Projekte ausgezeichnet, „die die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung im Alltag nachhaltig und konkret verbessern oder einen spürbaren Beitrag zu ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft leisten“, hob Bezirksstagsprsident Erwin Dotzel in seiner Laudatio hervor. Inklusion schließe alle Lebensbereiche mit ein.

Vergeben wurden die Preise in vier Kategorien – zudem wurde an die Arbeitsgruppen Rhnrad und HipHop der St. Nikolaus-Schule, der Realschule und des Balthasar-Neumann-Gymnasiums (alle Marktheidenfeld) noch ein Sonderpreis für „vielfältiges Engagement für Inklusion“ ausgereicht. In diesen Arbeitsgruppen trainieren behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler gemeinsam „und völlig selbstverständlich miteinander“, wie die Jury betonte.

In der Kategorie „Bildung und Erziehung“ ging der Preis an das Projekt „Wir wollen einfach Mensch sein“ des AWO-Horts der Eichendorffschule in Veitshöchheim. Um zu demonstrieren, wie bei ihnen Inklusion funktioniert, hatten die Buben und Mädchen einen Film mitgebracht, in dem sie mit Worten, aber auch in Gebärdensprache erzählten, was ihnen an ihrem Hort gefllt.

Im Bereich „Arbeit“ holte sich das Projekt „Mil – Mitten im Leben“ aus Klingenberg-Trennfurt einen der mit jeweils 2.500 Euro dotierten Preise. Dieses Zuverdienst-Projekt versucht seit rund zwei Jahren „psychisch kranke Menschen ins Arbeitsleben zurückzuholen“, wie Projektleiterin Yvonne Schnellbacher darlegte.

Dank der verschiedenen Tätigkeiten, die „Mil“ im Auftrag von Firmen und anderen Einrichtungen übernimmt, erleben die Männer und Frauen das

Gefühl, wieder am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Das Jugendhilfezentrum Maria Schutz in Grafenheinfeld wurde in der Kategorie Wohnen für ihren Kindercircus „Rafeldinio – alle machen mit“ geehrt. Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung überwinden bei diesem Projekt eventuelle Barrieren und begegnen sich ganz unbekümmert. Was das konkret bedeutet, demonstrierten die Buben auf der Bühne.

Die Freiwillige Feuerwehr Hohenroth erhielt schließlich einen Preis in der Kategorie „Freizeit, Kultur und Sport, Natur und Umwelt“. Bereits vor 18 Jahren hätten Bewohner des Wohnheims für behinderte Menschen in Hohenroth nachgefragt, ob sie nicht auch Mitglied der Feuerwehr werden könnten, berichtete Vereinsvorsitzender Martin Schäfer. Seither dürfen sie nun mittrainieren, mitfeiern oder bei den Umzügen mitmarschieren. DK

BAYERISCHE

GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK • WIRTSCHAFT • SPORT • KULTUR • PRAGMA

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

**Herausgeber:**

Landrat Stefan Rle

**Redaktion:**

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chef\*in vom Dienst  
Jakob Dring  
Telefon 08171 / 9307-11

**Ständige Mitarbeiter:**

Lutz Roßmann (Landtag)  
Jrg Kunstmann (KPV)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschtzt.  
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr ubernommen.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Anzeigen- und Vertriebs:**

Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**

Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**

22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugspreis Inland:**

 76,10 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**

(Abrechnung über eine Adresse)  
 38,25 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse)  27,- zzgl. MWSt.

**Kündigung:**

zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

**Verlags- und Geschäftsleitung:**

Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:**

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)  
Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Druck und Auslieferung:**

DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



CSU-Bezirksvorstand Mittelfranken:

# Joachim Herrmann für ein „Europa der Bürger“

Die Europawahl im nächsten Jahr stand im Mittelpunkt einer Tagung des Bezirksvorstandes der CSU-Mittelfranken in Heilsbronn. Für Vorsitzenden Joachim Herrmann sei gerade angesichts zu beobachtender globaler Verwerfungen ein stabiles, sicheres und demokratisches Europa von existenzieller Bedeutung. „Auch wenn es manches zu verbessern gilt, sollten wir nicht in eine weit verbreitete Stimmungsmache gegen die Europäische Union einstimmen sondern vielmehr das große Ganze im Blick haben, nämlich unsere Freiheit in Frieden“.

„Wir wollen ein Europa der Bürger“, so der Bayerische Staatsminister des Innern und für Integration, „welches sich um die wesentlichen gemeinsamen Herausforderungen annimmt und regionale Spielräume lässt“. Gleichzeitig dürfe es aber keinen Platz für nationale Egoismen geben, wenn es um die Sicherheit der Bürger und die illegale Migration gehe. „Und Europa muss sich angesichts weltweiter Wanderungsbewegungen auch seiner globalen Verantwortung bewusst sein“.

Dass Manfred Weber mit überwältigender Mehrheit von der Europäischen Volkspartei zum Spitzenkandidaten für die Europawahl gewählt wurde und damit Kommissionspräsident werden konnte, nannte Joachim Herrmann eine „Steilvorlage für die Europawahl am 26. Mai“. Jetzt gelte es, die zweifelsfrei vorhandenen guten Argumente für ein bürgernahes Europa vernünftig zu vermitteln. Die stellvertretende CSU-Bezirksvorsitzende Marlene Mortler nannte dies eine „Riesenchance

für die CSU, Europa in unserem Sinne mitgestalten zu können“. Die wachsende Weltbevölkerung angesichts abnehmender landwirtschaftlicher Flächen gesund ernähren zu können, sei eine der zentralen weltweiten Herausforderungen.

## Kritik an Freien Wählern im Bezirkstag

CSU-Bezirksräte kritisierten, dass es ein Bündnis aus FW, Franken, Grünen, SPD und Linkspartei fertiggebracht habe, die CSU von Führungsfunktionen vollständig auszuschließen, obwohl die CSU wieder die stärkste Kraft im Bezirkstag ist. Es sei schon erstaunlich, dass der oft als „besonnerer Kommunalpolitiker“ bezeichnete Landrat Armin Kroder mit der Linkspartei gemeinsame Sache macht, um Bezirkstagspräsident zu werden. Für Bezirksvorsitzenden Joachim Herrmann „ein erstaunlicher Vorgang angesichts der Tatsache, dass die Freien Wähler wenige Tage zuvor in großem Einvernehmen im Bayerischen Landtag eine Koalition mit der CSU eingingen“.

Man dürfe gespannt sein, wie ein Teil der Freien Wähler sich die Zusammenarbeit künftig vorstellt, „in München hü und in der Region hott? Oder geht es dabei nur um Posten?“, so Sitzungsteilnehmer. Dass sich die neue Führungsriege gleichzeitig aus der Verantwortung für die Bezirkskliniken stiehlt, sei bezeichnend.

Unabhängig davon dankte Joachim Herrmann dem bisherigem Bezirkstagspräsidenten Richard Bartsch für seine fünfzehnjährige Arbeit an der Spitze des Bezirks. „Du warst ein starker Bezirkstagspräsident“. Das Viele, was der Bezirk an Sozialem, Wirtschaftlichem und Kulturellem leiste, bewirke zu meist keine Schlagzeilen, sei aber großartig und für die Bürgerinnen und Bürger, die in Mittelfranken leben, wichtig. Herrmann nannte beispielhaft auch den Einsatz von Richard Bartsch beim Aufbau der Arbeitsgemeinschaft Geriatrie in Bayern und seine Bemühungen um die deutsch-französische Freundschaft, wofür er in Frankreich mit dem nationalen Verdienstorden ausgezeichnet wurde. □

begleitet und bearbeitet werden. Der Verein für Jugend- und Familienhilfe e.V. wird dieses Angebot in Zusammenarbeit mit der Gemeinde umsetzen.

Des Weiteren wird eine interkulturelle Fachdienstberatung für pädagogisches Personal und Eltern in Kindertagesstätten für ein Jahr im Kindergarten St. George I etabliert. Die pädagogischen Fachkräfte werden bei den spezifischen Fragestellungen zu Integration, passgenauer Bildung, Erziehung und Förderung von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte unterstützt.

## Passgenaue Prozesse anstoßen

Die Evaluation des Pilotprojekts „Regionaldialog“ sowie mögliche daraus abgeleitete Planungen und Maßnahmenvorschläge für andere Kommunen im Landkreis München werden die Projektbeteiligten in den kommenden Monaten erarbeiten. Bereits jetzt ist aber klar, dass die Idee einer regionalen und dynamischen Jugendhilfeplanung bei den Akteuren vor Ort sehr gut angenommen wird.

Über den gemeinsamen Austausch können passgenaue und bedarfsgerechte Prozesse angestoßen werden. Die Vernetzung der Akteure führt bereits jetzt zu einer intensiven, effizienten und gemeinsamen Unterstützung der Kinder und Jugendlichen in Taufkirchen. □



V. l.: Konrad Körner (JU-Bezirksvorsitzender), Joachim Herrmann (Staatsminister, CSU-Bezirksvorsitzender), Marlene Mortler (MdB, stv. CSU-Bezirksvorsitzende). □

## Erfolgreicher erster Regionaldialog in Taufkirchen

Unter dem Motto: **Gemeinsam für Taufkirchen: „Planen – Handeln – Wirken“** fand im Sommer dieses Jahres der erste Regionaldialog im Landkreis München statt. Mehr als 100 Akteure der Taufkirchner Fachbasis und des Kreisjugendamtes tauschten sich im Kultur- und Kongresszentrum in Taufkirchen darüber aus, wie Bedarfslücken bei der Jugendhilfeplanung möglichst flexibel und zeitnah geschlossen werden können.

Ziel des Regionaldialogs ist es, durch die Vernetzung aller Akteure der Jugendhilfe vor Ort verbesserte Strukturen zu schaffen, über die junge Menschen gezielt gefördert und entwickelt werden können. Mittelfristig sollen so die Einzelfallhilfen reduziert werden. Im Jugendhilfeausschuss des Landkreises München wurden kürzlich die Ergebnisse der Pilotveranstaltung vorgestellt.

## Jugendhilfe braucht starke Partner

Bereits im Vorfeld der Veranstaltung hatten Mitwirkende der Fachkräftebasis vor Ort sowie aus dem Kreisjugendamt erste konkrete Problemlagen sowie Trends und Entwicklungen gesammelt und benannt. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse wurden bei der Veranstaltung vorgestellt und dienen als Grundlage für die jeweiligen Arbeitsgruppen am Nachmittag. Insgesamt standen fünf Workshops zur Auswahl, in denen es unterschiedliche Handlungsfelder zu bearbeiten galt.

Ein Schwerpunkt lag in der interkulturellen Elternarbeit und Elternbildung, ein weiterer in der Zusammenarbeit zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe. Zudem wurde an den Themen Sprachförderung für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund sowie Umgang mit abweichendem Sozialverhalten von Kindern und Jugendlichen gearbeitet. Ein weiterer Workshop befasste sich mit den bedarfsgerechten nachschulischen Betreuungs- und Bildungsangebo-

ten. Dabei stellten die Beteiligten immer wieder fest, dass die Multi-problemlagen der Familien nur im gemeinsamen Schulterschluss verändert werden können.

Die Teilnehmer des Regionaldialogs diskutierten die konkreten Herausforderungen, mit denen sie in ihrem beruflichen Kontext täglich konfrontiert werden bzw. welche Unterstützungsangebote das Leben der Kinder, Jugendlichen und Familien in Taufkirchen erleichtern könnten. In den Workshops wurden einzelne Ziele formuliert und in Maßnahmen zur Zielerreichung umformuliert. Die Ressourcen und Netzwerke vor Ort wurden in die weitere Planung miteinbezogen bzw. analysiert, wo es Bedarfslücken gibt und wie diese ggf. möglichst schnell und dynamisch geschlossen werden können.

## Erste Maßnahmen

Zwei Maßnahmen hat der Jugendhilfeausschuss zur Umsetzung noch im Jahr 2018 beauftragt und die erforderlichen Mittel in Höhe von rund 20.000 Euro genehmigt. Dazu gehört das Pilotprojekt „Sozialpädagogische Lernhilfe“. In der Gemeinde Taufkirchen wurde im Rahmen der Mittagsbetreuung an der Grundschule im Wald ein Bedarf für diese Hilfeform sichtbar. Im Rahmen eines Pilotprojekts soll diese Unterstützung nun ein Jahr lang für bis zu 24 Schüler angeboten werden. Durch die gezielte Entwicklung von Lernstrategien sollen individuelle Lernhemmnisse und -blockaden bei ausgewählten Schülern erkannt und pädagogisch

GZ

GESTERN  
hat mein Chef gesagt ...

„Jetzt sind wir also 100 Jahre Republik. Aber irgendwie nimmt das keiner so Recht zur Kenntnis.“ Mein Chef, der Bürgermeister, schaut mich ratlos an, nachdem er im Netz zum Stichwort 100 Jahre deutsche Republik recherchiert hat.

Nun gut, wir sind nicht Frankreich, das sich aus seinen Revolutionen und aus dem Konzept der einen und unteilbaren Republik definiert. Wir Deutsche lassen es mit dem Feiern staatlicher Jubiläen ebenso wie mit dem Nationalfeiertag traditionell ruhiger angehen. Aber es wurde so gut wie nichts gemacht, um an die Republikgründung zu erinnern oder sie gar zu feiern. So gab es zwar im Oktober einen Festakt „100 Jahre Finanzgerichtsbarkeit in Deutschland“, auf der auch der Bundes-

lich dringend Orientierung bräuchte.

Da lobe ich mir einen Roman Herzog, einen Horst Köhler oder einen Joachim Gauck, die bei aller selbstverständlichen parteipolitischen Neutralität immer ein mahnendes oder wegweisendes Wort fanden, mit dem sie die gesellschaftliche Debatte bereicherten.

Klar ist der 9. November, der Tag an dem die Republik geboren wurde, an dem im Dritten Reich die Synagogen brannten und an dem die Mauer fiel, ein schwieriges Datum für Feierlichkeiten. Sicher war es auch richtig, den 80. Jahrestag der Novemberpogrome würdig, nachdenklich und selbstkritisch zu begehen. Aber es gilt auch der Satz, den Frankreichs Präsident Emanuel Macron im Bundestag gesagt hat, nämlich dass Deutschland seine Vergangenheit gründlich aufgearbeitet und seine Dämonen hinter sich gelassen hat. Die Erinnerung an das Friedenswerk der Weimarer Republik hätte hier sicher nicht gestört.

Im nächsten Jahr gibt es die Chance, das heuer Versäumte nachzuholen. 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung für Deutschland und 100 Jahre Bamberger Verfassung für den Freistaat Bayern wären Daten, an denen wir uns daran erinnern könnten, dass es nach dem Zusammenbruch des Ersten Weltkrieges die Chance gegeben hätte, unser Vaterland aus eigener Kraft in eine friedliche, demokratische Zukunft zu führen. Und wir können uns am 80. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges auch daran erinnern, dass es blutrünstiger Nationalismus und Rassismus war, der dieses Land so lange am Blühen hinderte.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht es als seine Aufgabe an, im nächsten Jahr genau in diese Richtung zu arbeiten: Ja zu unseren demokratischen und humanitären Traditionen, Ja zu unserer Zukunft in Europa und Nein zu dumpfem Nationalismus und Ausgrenzung. Ganz im Sinne des Satzes von Charlotte Knobloch: „Nur derjenige, der sich des Wertes seiner Heimat bewusst ist, nur wer sein Land liebt, wird sich für dessen Existenz und Fortentwicklung engagieren.“

Ihre  
Sabrina

## Weichen für die Europaregion der Zukunft gestellt

Trägerverein tagte und brachte neue Projekte auf den Weg – Rita Röhl neue Beisitzerin im Verein

Der Trägerverein der Europaregion Donau-Moldau hat in Pfarrkirchen die Weichen für das kommende Jahr gestellt. So wurden neue Projekte auf den Weg gebracht. Besonders will sich der Trägerverein im kommenden Jahr um Social Media für die drei Europaregion-Länder Bayern, Österreich und Tschechien sowie ein grenzüberschreitendes ÖPNV-Projekt bemühen. Beides wurde, ebenso wie der Wirtschaftsplan für das kommende Jahr einstimmig abgesegnet. Die Sitzung führte Trägervereinsvorsitzender und Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Neu in den Trägerverein wurde als Beirätin Regens Landrätin Rita Röhl gewählt.

Für Trägervereinsvorsitzenden Dr. Olaf Heinrich wird von der Europaregion „ein großes Themenfeld“ bearbeitet. „Wir arbeiten aktiv daran, dass die Unternehmen im Grenzraum enger zusammenarbeiten und damit Arbeitsplätze erhalten bleiben und neu entstehen“, so Heinrich. Wichtig sei, so der Bezirkstagspräsident in seinem Bericht, sich auch weiterhin auf großzügige Unterstützung des Freistaates Bayern verlassen zu können. Eine große Anzahl von geförderten Projekten sei zustande gekommen durch die Europaregion Donau-Moldau, unterstrich Heinrich die Bedeutung des Zusammenschlusses von sieben Regionen. „Alleine an die Hochschulen in Niederbayern fließen rund 20 Millionen Euro an Fördermitteln“.

Unser Bild zeigt die Mitglieder des Trägervereins mit Vorsitzendem Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (6. v. l., Reihe hinten).

Bild: Melanie Bäumel-Schachtner





Von links: Martin Sailer, Bezirkstagspräsident von Schwaben, Vorstandsvorsitzender der SDL; Johann Huber, ehemaliger Präsident des Amtes für Ländliche Entwicklung in Krumbach; Christian Kreye, 2. Stellvertreter der SDL und Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Schwaben; Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten sowie Jürgen Reichert, scheidender Vorstandsvorsitzender und Bezirkstagspräsident a.D.

*Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten:*

## Martin Sailer gibt künftig den Ton an

Im Rahmen der jüngsten Mitgliederversammlung wurden in der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten der Vorstandsvorsitzende und der 2. Stellvertreter gewählt. Als gutes Zeichen bewerten die Mitglieder, dass der frisch gewählte schwäbi-

sche Bezirkstagspräsident Martin Sailer die Funktion des Vorstandsvorsitzenden in der SDL übernimmt. Der 2. Stellvertreter ist nun der Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Schwaben, Christian Kreye.

Es geht längst nicht mehr um

schicke Hausfassaden oder um schmucke Dorfbrunnen, so der scheidende Vorsitzende Jürgen Reichert. Die heutigen Probleme sind komplexer geworden: Überalterung der Bevölkerung; das Veröden des Dorfkerns sowie eine differenzierte Dorfgemeinschaft machen den Gemeinden zu schaffen. Gefragt ist nicht ein Gegeneinander, sondern mehr Miteinander.

### Komplexe Probleme erfordern individuelle Lösungen

Ziel der SDL ist, es wieder mehr Bewusstsein und Verantwortung für das Gemeinwesen zu entwickeln. Darauf reagieren wir mit unserem Angebot, erklärte Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten. Das Klären und Abwägen von unterschiedlichen Interessenslagen ist ein wichtiger Bestandteil für Entscheidungsprozesse. Das verlangt neue Methoden der Bürgerbeteiligung.

Ganz nach dem Motto „gemeinsam erkennen, entwickeln und handeln“ möchte die Schule der Dorf- und Landentwicklung künftig aktiv, kreativ und konsensorientiert ihr Angebot gestalten, so Geschäftsführerin Gerlinde Augustin.

### Begleitung der Kommunen durch Bausteinkonzept

Die SDL wird Gemeinden mit einem Seminarprogramm begleiten und in Abstimmung mit den Beteiligten punktgenaue Lösungen entwickeln. Je nach Fragestellung und Thema können verschiedenen Bausteine gebucht werden. Des Weiteren wird die Schule schwerpunktmäßig Qualifizierungsveranstaltungen anbieten, damit Bürgermeister und Kommunalpolitiker Handwerks- und Rüstzeug be-

kommen, um zu einem guten bzw. besseren Miteinander mit Gemeinderat, Verwaltung und Bürgern zu kommen.

Als Werkraum für zukunftsorientierte Orts- und Gemeindeentwicklungen arbeiten wir in engagierten und fachkundigen Netzwerken. Wir fühlen uns auch als wichtiger Partner der Verwaltung für Ländliche Entwicklung und begleiten deren Projekte und Verfahren.

### Eine Ära geht zu Ende

Die anschließende Feierstunde war ganz der Ehrung und Verabschiedung des hochverdienten Vorstandsvorsitzenden Jürgen Reichert gewidmet.

In einer bewegenden Rede würdigte die Geschäftsführerin Gerlinde Augustin die Verdienste Reicherts um die Entwicklung der Schule. Auch die Unterstützung des Bezirkes Schwaben war hilfreich, um ein umfassendes und sehr differenziertes Fachseminar-Angebot zu entwickeln.

### Kontinuität im Verein

Gerlinde Augustin dankte dem Vorsitzenden für 15 Jahre voller Entwicklungsdynamik. Besonders froh sind die Mitglieder, dass die Kontinuität im Verein hergestellt wurde. Martin Sailer freut sich auf die neuen Aufgaben, er schätzt die Arbeit der SDL Thierhaupten sehr.

Die Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten e.V. ist als gemeinnütziger Verein organisiert und zählt rund 100 Mitglieder. Sie ist im Kloster Thierhaupten untergebracht. Ziel der Schule ist die Entwicklung des ländlichen Raumes unter Einbeziehung aller Verantwortlichen und Betroffenen. Die SDL ist zuständig für die Bezirke Oberbayern und Schwaben.

## Immobilienangebot

### AUSGLEICHSFLÄCHE

nach BauGB v.17.11.2017, § 1a, Abs. 3, Satz 3, ca. 4 ha westliches Oberbayern zu verkaufen, Info bei [franz.u.gabriele.daxenberger@t-online.de](mailto:franz.u.gabriele.daxenberger@t-online.de)

## Integrationskonferenz in Pfaffenhofen

Das Sachgebiet Integration am Landratsamt Pfaffenhofen a.d.Ilm war Gastgeber der 7. Bayerischen Integrationskonferenz für Kommunen. Gemeinsam mit dem Verband für interkulturelle Arbeit (VIA Bayern) wurde über 150 teilnehmenden Fachexperten aus ganz Bayern die Möglichkeit geboten, aktuelle Themen in Sachen Integration zu erörtern.

„Der Landkreis Pfaffenhofen konnte dabei als erster Flächenlandkreis eine dieser landesweiten Veranstaltungen ausrichten. Neben dem fachlichen Austausch bot die Konferenz die Möglichkeit, die vielschichtige haupt- und ehrenamtliche Integrationsarbeit unseres Heimatlandkreises einem breiten Fachpublikum vorzustellen“, so Christine Pietsch, Leiterin des Sachgebiets Integration und Integrationsbeauftragte am Landratsamt.

„Integration hat bei uns einen hohen Stellenwert. Sie ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe für die Zukunft. Unser Ziel ist es, Integration für alle sichtbar zu machen, diese solide und nachhaltig aufzubauen sowie strategisch auszurichten“, so Josef Finkenzeller, weiterer Stellvertreter des Landrats bei der Begrüßung der Gäste.

Zunächst stand bei der Konferenz ein Infomarkt zur Vorstellung der diversen Akteure im Bereich Integration auf dem Programm, der die Teilnehmer mit zahlreichen Informationen und Programmen versorgte. Anschließend war der Andrang bei den vielseitigen Fachvorträgen von Ehrenamtlichen, Hauptamtlichen

und Migranten groß. Es gab zum Beispiel Erfahrungsberichte, wie „Rassismus und Diskriminierung als Herausforderung“ im Alltag bewältigt werden können, als auch technische Innovationen mit der Vorstellung einer Informationsanwendung, der „Integreat-App“.

### Workshops

Zusätzlich wurde im Anschluss in Arbeitsgruppen das praktische Wissen aus den verschiedenen Kommunen in Workshops gesammelt. Dabei wurden Wege der „Integration im Ländlichen Raum“ genauso diskutiert wie die „Einfache Sprache – als ein Schlüssel zur Teilhabe“.

„Die vielfältigen Informationen, Kontakte und Tipps der erfolgreichen Konferenz sollen die praktische Arbeit der Hauptamtlichen in der Integrationsarbeit in Bayern weiter unterstützen. Der Austausch von Ideen, aber vor allem der Lösungsansätze für die Herausforderungen in der alltäglichen Arbeit soll allen einen Zugewinn bringen“, so Integrationslotsin Katharina Blazewski vom Landratsamt.

## LIEFERANTEN



## NACHWEIS

### Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,  
71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 643

**Hugo Knödler GmbH**  
[www.absperrpfosten.com](http://www.absperrpfosten.com)

### Abzeichen



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstrasse 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

### AVA-Software



**ORCA**  
[orca-software.com](http://orca-software.com)

### Energiedienstleistung



### Fahnenmaste + Fahnen



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstrasse 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723



Fahnen  
Maste  
Roll-Ups  
Bekleidung  
uvm.

### Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,  
71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 641

**Hugo Knödler GmbH**  
[www.fahnenmast.com](http://www.fahnenmast.com)

### Gewerbebau



**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Masing  
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen  
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

[www.laumer.de](http://www.laumer.de) · [info@laumer.de](mailto:info@laumer.de)



### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**CONSTANCE VON HASSEL**

Telefon 08171.9307-13

[hassel.constanze@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.constanze@gemeindezeitung.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**

Telefon 08171.9307-10

[hassel.theresa@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.theresa@gemeindezeitung.de)

### Hydraulik Anbauelemente



POWERED BY  
HYDRAULICS

Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren,  
Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungs-  
anlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen,  
Bohrflüssigkeitspumpen

**PT-Hydraulik Vertrieb OHG**

Untereggsstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100  
[info@pt-dynaset.de](mailto:info@pt-dynaset.de) · [www.pt-dynaset.de](http://www.pt-dynaset.de)

### Kommunalfahrzeuge



### Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

**Henne Nutzfahrzeuge GmbH**  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

**Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG**  
93095 Hagelstadt, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

**Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

**Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG**  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

**Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

**KLMV GmbH**  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

### Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de)



### Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

[www.twitter.com/gz\\_aktuell](https://twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](https://www.facebook.com/GZaktuell)



### Nutzfahrzeuge



[www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden](http://www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden)

### Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



**Hailo-Werk GmbH & Co. KG** · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger  
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18  
[professional@hailo.de](mailto:professional@hailo.de) · [www.hailo-professional.de](http://www.hailo-professional.de)

### Sitzmöbelhersteller



**KRENZER**  
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG  
Sitz- und Polstermöbelfabrik  
Industriestraße 26  
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)  
Telefon: 02771/3208-0  
Telefax: 02771/3208-13  
E-Mail: [info@krenzer-sitzmoebel.de](mailto:info@krenzer-sitzmoebel.de)  
[www.krenzer-sitzmoebel.de](http://www.krenzer-sitzmoebel.de)

### Straßenbeleuchtung

### LEDIKIT® Streetlight

Digital LED-Upgrade  
bestehender Straßenleuchten  
mit Verstand und Verantwortung.



Weitere Informationen:

**T 0861 90992040** [www.laternix.de](http://www.laternix.de)

### Weihnachtsbeleuchtung



**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
[deko-jochum@t-online.de](mailto:deko-jochum@t-online.de)  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Vertragshändler für **LED-Licht**

**Wir liefern in 8-14 Tagen -  
und das bis kurz vor Weihnachten!**